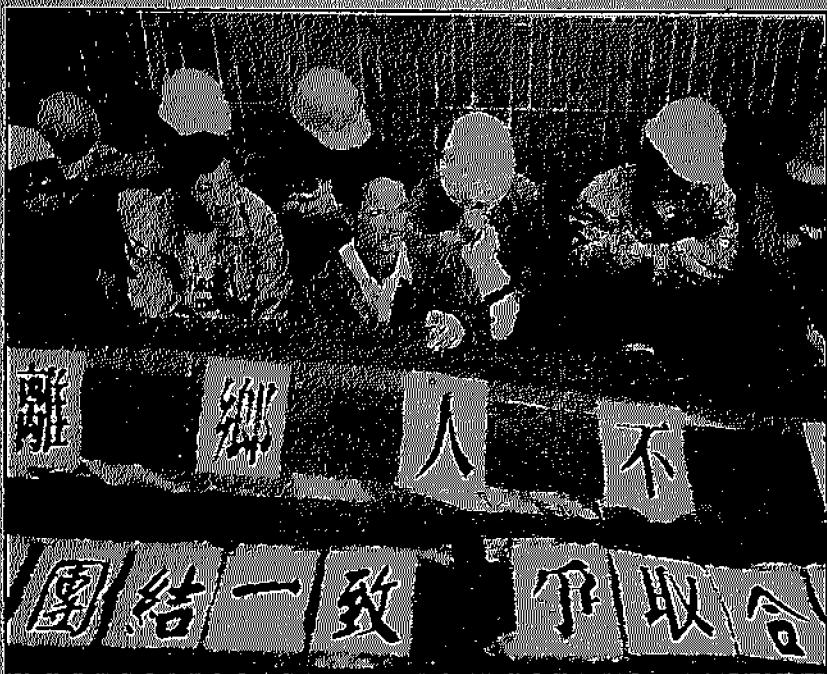


wildcat

Zirkular Nr. 24
Februar/März 1996



Wir sind zwar weit weg von zuhause, aber nicht billig.
Fremdarbeiter, vereinigt Euch!»

Wildcat-Zirkular Nr. 24 / Februar 1996

Inhaltsverzeichnis:

Editorial <i>T., Bln</i>	3
Vorschläge zur Wiederbelebung der Diskussion <i>E., Köln</i>	9
Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft? <i>E., Köln</i>	15
Streiks, Besetzungen, Demos, Krawalle – Frankreich, Dezember '95, <i>Échanges</i>	47
Kommentierter Besuch der sozialen Bewegung im Dezember 1995 in Frankreich <i>Nicole Thé, Paris</i>	53
Gegen die Schmerzsimulanten – Gedanken zu Rassismus und Revolution <i>II., FB</i>	75
Aufruf der EZLN: Für eine Internationale der Hoffnung	
Warum streiken wir nicht? Erfahrungen in einer Fahlstuhlfabrik <i>R., Bln</i>	80
Bauarbeiterstreiks in Hongkong	87

Kontakte:

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/61609393 (jaa@wildber.snafu.de)

West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
(wildcat@link-lev.dinoco.de)

Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel: 0621/657746, Fax: 0621/657747 (suba@wildcat.pfalz.de)
Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg
(a.murillo@landbox.bawue.cl.sub.de)

Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg
(wildcat-hh@cl-hh.comlink.de)

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren.
Einzellexemplar 5 Mark, 6 Ausgaben 30 Mark. Schriftliche Bestellungen an
Sisina Berlin (s.o.) und Überweisung an:
Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.
V.i.S.d.P. ist Peter Müller.

Editorial

Vor genau zwei Jahren ist das erste Wildcat-Zirkular erschienen – ein guter und notwendiger Anlaß, um die Idee, die damals dahinter stand, mit der Wirklichkeit zu vergleichen.

Vor zwei Jahren wollten wir als Wildcat-Kollektive einen Sprung nach vorn wagen: wir wollten wieder raus aus der Zuschauer-Rolle, in die wir, bedingt durch die rasante und oft nicht verstehbare Entwicklung um uns herum, gekommen waren, und hielten die Zeit für reif für eine Organisierungs-Initiative. Wir meinten, dieses Bedürfnis auch um uns herum zu spüren: die Aufmerksamkeit, die Karl Heinz Roths Referat über die »Wiederkehr der Proletarität« erfahren hatte, nahmen wir als Beispiel für ein wieder gewachsenes Interesse an einem »Gesamtansatz«, d.h. über die Möglichkeit der Revolution zu diskutieren.

Unser Vorschlag war, im Juni 1994 ein größeres Treffen zu organisieren, um über all diese brennenden Fragen zu diskutieren und praktische Konsequenzen zu ziehen. Als inhaltliche Vorbereitung wollten wir bis dahin jeden Monat ein »Zirkular« erstellen, in dem alle TeilnehmerInnen ihre Texte veröffentlichen, andere kritisieren und/oder Vorschläge machen können sollten.

Die ersten Reaktionen auf die Einladung waren nicht gerade überwältigend. Die Antworten aus dem AbonnentInnenkreis der Wildcat, an die in erster Linie das erste Zirkular verschickt wurde, blieben sehr mager. Wir verschoben deshalb die Entscheidung, ob wir ein Treffen machen sollten. Am Ende beschlossen wir, auch mit nur ca. 60 TeilnehmerInnen ein solches Treffen durchzuführen.

Dessen Vorbereitung war eine ziemliche Kraftanstrengung für den kleinen Kreis. Zu den vorgeschlagenen Themenbereichen gab es Thesenpapiere, die in Arbeitsgruppen diskutiert wurden. Und am Ende sah es so aus, als hätte sich Wildcat »politisch geöffnet«. Neue Lokalredaktionen für die abwechselnde Herausgabe des Zirkulars wurden gegründet und Arbeitsprojekte vereinbart.

Selbstkritisch haben wir später festgestellt, daß es nicht hinhaut, wenn wir Thesen und Fragen formulieren, über deren Beantwortung wir uns selber noch unsicher sind. Viele haben gedacht, wir hätten auch Antworten.

Heute wissen wir, daß vor zwei Jahren noch nicht der Tiefpunkt der Krise der Linken und der autonomen Zusammenhänge erreicht war.

Das ein Jahr später geplante Folgetreffen haben wir mangels Anmeldungen abgesagt. Übriggeblieben von der damaligen Euphorie ist allein das Zirkular, das seither jeden Monat im Wechsel von kleinen Grüppchen bzw. Einzelpersonen aus eingegangenen Beiträgen zusammengestellt wird. Was nach außen hin wie »Kontinuität« aussieht, ist in Wirklichkeit ein Zeichen

unserer Unorganisiertheit.

Die Zahl der Abonnenten stagniert bzw. ist leicht zurückgegangen. Einige haben ihr Abo einfach nicht mehr bezahlt. Das Zirkular erhalten jeden Monat ca. 120-150 Personen. Ob sie es noch alle regelmäßig lesen - ? Einige haben es inzwischen abbestellt, zum Teil, weil sie eine andere politische Position vertreten, zum größeren Teil aber wohl (so können wir nur vermuten, da inhaltliche Kritik kaum geäußert wurde), weil sie merken, daß sie das Blättchen gar nicht mehr lesen, das da monatlich zu ihnen ins Haus kommt.

Es gab innerhalb des Herstellerkreises des Zirkular von Beginn an eine Debatte darüber, wie »offen« dieses denn nun sein solle:

- zugänglich nur für namentlich/persönlich bekannte Leute, die auch mal Beiträge schreiben (Idealzustand)
- zugänglich für alle an der Diskussion Interessierten
- offener Verkauf in Buchläden und auf Büchertischen.

Die Beschlüsse dazu wurden regelmäßig wieder umgeworfen. D.h. die SchreiberInnen konnten nie sicher sein, ob nicht ihre mal so ins Unreine geschriebenen Thesen demnächst in einem Szeneblatt abgedruckt und gegebenfalls verrissen würden. Nicht gerade eine gute Voraussetzung für eine Diskussion, die mit alten Dogmatismen brechen will.

Der Abdruck eines Textes im Zirkular wurde andererseits auch von den LeserInnen als Veröffentlichung einer Meinungsäußerung der »Redaktion« betrachtet. Bestes Beispiel: nach dem Abdruck des Flugblattes der englischen Zeitschrift Wildcat (mit der »unsere« Wildcat nur den Namen teilt) hat die *Autonome Gruppe 1. Mai Stuttgart* ihr Abo abbestellt. Auf die damals angekündigte inhaltliche Kritik warten wir bis heute. D.h. das Zirkular wird gerade nicht zur Auseinandersetzung genutzt.

Der Fragebogen, den wir in der Nr. 11 abdruckten, wurde von niemandem beantwortet.

Daraus folgt:

- Die »Öffnung« der Wildcat-Diskussion für Leute »von außen«, zu der wir so oft aufgefordert worden waren, ist auf diese Weise nicht zustandegekommen. Die Möglichkeit, konträre Standpunkte einzubringen, kaum wahrgenommen worden.
- Eine wirkliche Debatte über abgedruckte Thesenpapiere hat sich nicht von selbst entwickelt, wenn man von zwei, drei Artikeln zum Thema Antifaschismus-Antirassismus absieht, die direkt aufeinander Bezug nahmen. Wenn sich Artikel sich aufeinander bezogen, war das fast immer organisiert, d.h. die Redaktionsgruppe der Folgenummer hat selbst eine Kritik ausgearbeitet, Gegenthesen geschrieben oder andere gebeten, dies zu tun.

Wir haben jeden Monat ein Diskussionsorgan herausgegeben und sind über

dieser Anstrengung kaum dazu gekommen, selbst über die Texte zu diskutieren. Mit dem Abdruck des Artikels, d.h. dem Endspurt des geplagten Schreibers, war die Diskussion meist beendet. Vorangestellt wurde meist ein kurzes Editorial der jeweiligen »Redaktion«, das die Artikel ein wenig ordnet, Kritiken austeilt und die mangelnde Diskussion einfordert. Wir haben zwei Jahre ein Diskussionsorgan herausgegeben, das praktisch keinen Leserbrief bekommen hat. War die Schwelle also doch nicht niedrig genug - oder haben/hatten die Leser einfach das Gefühl, nichts beitragen zu können, weil sie mehr Fragen als Antworten haben?

Trotzdem sind im Zirkular natürlich ich eine ganze Menge sehr guter Beiträge erschienen, die durchaus eine höhere Auflage verdienen als die fast klandestine des Zirkulars. Es haben mehr Leute Artikel und Berichte geschrieben, als in den letzten Jahren in der *Wildcat* – auch wenn beim näheren Hinsehen eine eindeutige Konzentration bei den üblichen Vielschreibern zu erkennen ist. Die regelmäßige Herausgabe des Zirkulars hat auch dazu geführt, daß in den letzten zwei Jahren nur eine einzige *Wildcat* erschienen ist – die war zwar schon dicker als ein Buch, aber damit auch so etwas wie ein Archiv des Arbeiterkampfs, das keine Diskussionen mehr provoziert, sondern eher als Nachschlagewerk verwendet wird.

Nach zwei Jahren halten wir es für richtig, Bilanz zu ziehen. Der erste Schritt dazu ist, mal genauer anzusehen, welche Artikel eigentlich erschienen sind, welche Debatten sich im Zirkular schriftlich niedergeschlagen haben. Zu diesem Zweck haben wir ein Verzeichnis aller bisher erschienenen Zirkular-Ausgaben mit den einzelnen Artikeln erstellt und im Anschluß daran thematisch geordnet. Dieses Verzeichnis ist sicher unvollständig, macht es aber möglich, die wichtigsten Diskussionsstränge zu erkennen.

Der nächste Schritt müßte jetzt sein, die Linien dieser Diskussionen herauszuarbeiten: welche Positionen wurden vertreten, wo gibt es unüberwindliche Gegensätze, wo theoretische Lücken?

Dann müßten wir uns darauf einigen, welche Auseinandersetzungen wir im Moment für so vorrangig halten, daß wir uns ganz darauf konzentrieren, statt allmonatlich ein buntes Allerlei von Theorie, Betriebsberichten, Kongreßprotokollen und Flugblättern zu präsentieren. Denn die jetzige Mischung überwindet das Auseinanderdriften von Diskussion und praktischem Handeln als Gruppe nur scheinbar. Sie zeigt zwar nach außen, daß wir nicht nur »rumlabern«, sondern auch praktisch eingreifen (wollen). Doch mit welcher Perspektive werden diese Flugis gemacht? Wie passen sie zu den theoretischen Diskussionen? Wo gibt es krasse Gegensätze, die nur nicht auffallen, weil die Texte zu leicht abgehakt werden? Es gab beispielsweise nicht *eine* Kritik an einem Flugblatt. Obwohl doch hier gerade die Gefahr groß ist, durch Vereinfachung in gewerkschaftlichen oder reformistischen Jargon zu verfallen.

Viele Artikel sind bisher nicht unbedingt so angelegt, die Diskussion zu beleben. Berichte über bestimmte Arbeitssituationen o.ä. sollten am Ende die wesentlichen Fragen benennen, die zu diskutieren wären. Der »Möbelum«-Serie hätte eigentlich eine Debatte über den Sinn und Unsinn von Betriebsräten folgen müssen, wenn wir uns selbst ernstnehmen.

Dieses Schema zieht sich durch alle Betriebsberichte: auch der Bericht über die Auseinandersetzung um die Verlagerung der Produktion in einer Fahrstuhlfabrik in diesem Heft geht kaum darüber hinaus. Er beschreibt eine Fabrik, in der die Verhältnisse der 70er Jahre noch nicht vollständig ausgerottet sind: noch erträgliche Arbeitsbedingungen, eine ungewöhnlich politisierte Belegschaft, ein Betriebsrat alter reformistischer Schule – und doch stehen die MalocherInnen ohne Ideen vor dem Unternehmerangriff: die Produktion soll nach Italien verlagert werden - welche Möglichkeiten gibt es, offensiv darauf zu reagieren?

Wir haben es bislang kaum geschafft, aus all diesen Berichten aus dem Innern der Ausbeutung verallgemeinerbare Aussagen, Thesen oder auch nur Fragestellungen zu ziehen darüber, wie heute Klassenkampf aussieht. So bleiben es Berichte, garniert mit zaghaften Aktionen, die wenig über das hinausgehen, was Linke immer im Betrieb machen. Die zwei Folgen von »Krise der Arbeiterklasse« in Zirkular 19 und 20 haben so etwas versucht; diese Diskussion wurde jedoch nicht aufgenommen bzw. war das Papier zu verschlüsselt.

Oder die vielen Berichte aus Leipzig im letzten Heft. Was sagen sie uns eigentlich? Daß in Leipzig die Arbeiter für sehr niedrige Löhne arbeiten, aber kapiert haben, daß der Kapitalismus beschissen ist. Daß die Individualisierung ganz gut gegriffen hat. Ist es da überhaupt gerechtfertigt, ständig von »Arbeiterklasse« zu reden?

Der Beitrag über Antirassismus in diesem Heft versucht immerhin, diese Fragen aufzuwerfen: was hat die Tatsache, daß Menschen ausgebeutet werden, mit der Möglichkeit der Revolution zu tun?

Den Berichten über Frankreich hätten Fragestellungen über Klassenkampf in Europa folgen müssen - denn deshalb interessieren wir uns doch dafür! Weshalb brechen unsere Berichte also immer vorher ab, als hätten wir nur eine Erfolgsstory für eine Tageszeitung schreiben wollen? Oder umgekehrt: wir veröffentlichen ein Flugblatt, erzählen aber die Geschichte nicht zuende... Oder wir trauen uns im Moment nicht zu, irgendwelche Vorschläge daraus zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen?

Wie weiter?

Für das weitermachen sehe ich eigentlich nur zwei Möglichkeiten, die sich jedoch gegenseitig nicht ausschließen:

Wir führen die Diskussion wirklich: schriftlich und v.a. intensiver wieder auf Treffen. Das Zirkular bleibt exklusives Organ eines tatsächlich bestehenden Diskussionskreises aus Menschen, die sich alle daran beteiligen und ein gemeinsames Ziel im Auge haben.

Bei der bisherigen Herstellungsweise liegt schon im Ansatz ein Fehler: jeden Monat muß von einer »Redaktion«, die häufig nur aus ein oder zwei Menschen besteht, ein Heft zusammengeschustert werden. Es wird mit »interessanten« Artikeln gefüllt und ein Vorwort geschrieben. Wichtig ist das Produkt. Gefragt wäre aber das Gegenteil: eine »Redaktion«, die die Fäden weiterspinnt, die gezielt Beiträge kritisiert bzw. kritische Beiträge organisiert. Bei einem »internen« Organ wie dem Zirkular sollte der Diskussionsprozeß selbst im Vordergrund stehen.

Und/oder:

Wir überwinden unsere Borniertheit, mit der wir wichtige Texte, Thesenpapiere und Diskussionen nur in einem mehr oder wenig zufällig zusammengesetzten, sehr beschränkten Kreis verbreiten. Wir bleiben nicht auf unserem Material sitzen, sondern stellen das, was wir an Analyse, Berichten, Diskussionsbeiträgen haben, wieder mehr Leuten zur Verfügung. Die letzte Wildcat ist vor einem Jahr erschienen. Es gibt Nachfragen in Buchläden, wo denn die neue Nummer bleibt, in der dann was zu den Streiks in Frankreich stünde. Kürzlich machte ein ehemel Wildcat nahestehender Genosse den Vorschlag eines »Jahrbuchs des Klassenkampfs« herauszugeben, dessen Inhalt fast ausschließlich aus Zirkular bzw. Wildcat-Artikeln bestand. Wir könnten eine solche Veröffentlichung zu Anlaß nehmen, um unsere Thesen auf den Punkt zu bringen.

Die Texte in diesem Heft

Die ersten beiden Texte in diesem Heft sind direkte Beiträge und Vorschläge zur Weiterführung der Debatte unter uns. Der erste Text beschreibt die Mechanismen, die bisher die Debatte im Zirkularkreis verhindert haben. Die Kritik, die der Autor gegenüber bestimmten Beiträgen äußert, sollte nicht als persönliche Anmache begriffen werden, sondern als notwendige Polarisierung, die Fehler und Schwächen in der bisherigen Auseinandersetzung deutlich macht. Es geht nicht darum, einzelnen die »Schuld« zu zuweisen, sondern die Gründe herauszuarbeiten, die die Diskussion an verschiedenen Punkten zum Abbruch brachten.

Der darauf folgende Beitrag »Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft?« versucht, den Bogen zu schlagen vom Text von Bellofiore in Zirkular Nr. 1 über den Unterschied von Marktwirtschaft und Planwirtschaft bis hin zu der Diskussion über Wallerstein, über die im vorletzten Heft berichtet wurde. Er kritisiert Vorstellungen, die die sozialen Beziehungen im Kapitalismus als Tauschvorgänge von mehr oder weniger autonomen Individuen oder Gruppen sehen statt als Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse. Er zeigt auf, wie die Vorstellungen vom »selbstbestimmten Leben« oder die Sichtweise des Arbeitsverhältnisses als »Deal« zwischen Unternehmern und ArbeiterInnen mit der herrschenden Ideologie einhergehen, die in den

»Märkten« die letztlich bestimmende Macht im Kapitalismus sehen.

Zur **Streikbewegung in Frankreich** bringen wir zum einen eine unvollständige Chronologie von hier unbekannt gebliebenen Ereignissen, zum anderen eine ausführliche Analyse einer Genossin aus Paris.

Der Beitrag **Gegen die Schmerzsimulanten Gedanken zu Rassismus und Revolution** weist auf Widersprüche in den zahlreichen Beiträgen zu Rassismus in den letzten beiden Zirkular-Jahren hin. Es ist sicher kein abschließender Beitrag zu der Debatte, aber er weist auf die offen gebliebenen Fragen hin, statt sie unter den Tisch zu kehren.

Der EZLN aus Chiapas hat einen Aufruf zu einer **Internationale der Hoffnung** verbreitet, den wir trotz seines Titels ernst nehmen sollten als Möglichkeit, über die traditionelle Soli-Arbeit hinauszugehen und zu einer gemeinsamen Diskussion zu kommen.

Was kann eine traditionell »kämpferische« Belegschaft gegen Gruppenarbeit und Auslagerung der Produktion ausrichten? Die Auseinandersetzungen in der Berliner Niederlassung eines Multis im Fahrstuhlbau schildert der Bericht »Warum streiken wir nicht?«

Den Schluß bilden Meldungen über Bauarbeiterstreiks in Hongkong

Vorschläge zur Wiederbelebung der theoretischen Diskussion

Wie im Editorial dieses Zirkulars angesprochen, ist es in der letzten Zeit immer weniger gelungen, mit dem Zirkular die anfänglich vorgeschlagene Vertiefung und Intensivierung einer politischen und theoretischen Diskussion in Gang zu bringen. Wir halten das Zirkular auf den Weg gebracht, um im Zusammenhang eines neuen Organisierungsprojekts durch eine gründliche Diskussion wieder zu einer »*Theorie, die auf der Höhe der Zeit ist*«, zu kommen (Zirkular Nr. 1, S. 2). Ausgangspunkt war dabei, daß die politische Krise der Linken und die Krise revolutionärer Projekte auch theoretische Gründe hat: »*Der historische Umbruch auf Weltebene macht es erforderlich, daß wir Vieles von Grund auf neu diskutieren.*« (ebd.) In den letzten mehr als zwanzig Wildcat-Zirkularen hat es eine ganze Reihe von Texten und Diskussionsbeiträgen gegeben, die sich auf diese Grundüberlegung bezogen und einige der »wichtigen Fragen« aufwarfen. Der Preis, der für das regelmäßige, monatliche Erscheinen gezahlt wurde, war auf der anderen Seite eine gewisse Beliebigkeit, die Füllung des Zirkulars mit Informationen, Berichten, Hinweisen. Diese Info-Funktion war auch beabsichtigt, aber sie verdrängte mehr und mehr die grundlegendere Debatte. Warum? Einer der Gründe scheint mir darin zu liegen, daß sich keine Einigkeit mehr darüber herstellen ließ, was denn unsere »wichtigen Fragen«, unsere theoretischen Probleme sind. Das Versanden der Diskussion nur auf unser aller menschlichen Schwächen - die es immer gibt - und den Druck des monatlichen Erscheinens zurückzuführen, wäre zu kurz gegriffen. Fast alle Editorials jammern über die fehlende Diskussion, fordern moralisch und folgenlos zu ihr auf.

Jede Diskussion muß scheitern, wenn keine Einigkeit über die **Fragestellungen** existiert, darüber, was überhaupt gründlich zu diskutieren ist bzw. was wir aufgrund intensiver und kollektiver politischer Klarheit nicht zu diskutieren bräuchten. Nur um uns selber besser klarzumachen, was abläuft, will ich drei Mechanismen unterscheiden, in denen sich die Uneinigkeit über die Fragestellungen ausdrückt und die so als Mechanismen der **Diskussionsverhinderung** wirken: a) Strategien der Ignorierung, b) die Methode der Relativierung und c) Dogmatismus. Ich will hier nur diese **Mechanismen** beleuchten. Dahinter steht die Frage nach den **Motiven** der Diskussionsverhinderungen. An einigen Stellen schimmern sie in Zirkular-Texten durch, aber ergründen ließen sie sich nur in dem gesamten Zusammenhang von alltäglicher Lebensweise, Erfahrungen in der politischer Praxis und jeweils individuellen Verarbeitungsweisen dessen, was wir als »politischer Krise« bezeichnen.

Ignorieren läßt sich ein Beitrag auf vielfältige Weise, zunächst einmal dadurch, daß es überhaupt keine Reaktionen gibt. Beispielhaft gilt dies für Texte aus den ersten Zirkularen (Klassenkampf-Krise-Kommunismus, Bellofiore, Kapitalismus und Hausarbeit, die Texte von Aufheben). Hier entsteht zwangsläufig der Eindruck, daß die in diesen Texten aufgeworfenen Fragen für un-

wichtig gehalten werden. Dasselbe kann auch auf vielen Seiten ausgeführt oder durch spitze Bemerkungen angedeutet werden. Beispielhaft für die wortreiche Ignoranz ist der einzige (zugegeben, das lag auch an mir!) Diskussionsbeitrag, den es zu dem umfassenden Vorschlag von Karl Heinz Roth im Zirkular gab (»Who makes the world go round?«, Zirkular Nr. 7). Ausgehend von seiner Formulierung einer »relativen Verselbständigung des Finanzkapitals« unterstellt die Kritik Roth, er habe den Boden der Arbeitswertlehre verlassen und damit auch die Orientierung am Klassenkampf. Bei aller möglichen Widersprüchlichkeit im Text von Roth, das ist keine ernsthafte Umgangsweise mit Texten, sondern ein Rauspicken zwecks billiger Polemik und Selbstbeweihräucherung. Bei Roth heißt es schon im Vortrag: »*Trotzdem ist der Postfordismus kein Deindustrialisierungsmodell, sondern (...) stellt den aktuellen Versuch der Weltfinanzmärkte dar, die einzige Form, in der Kapital sich im Gegensatz zur Geld- und zur Warenform letztlich real vermehrt, nämlich die Produktionsphase, wieder auszudehnen.*« (Die Wiederkehr..., S. 20) Was will uns die Kritik mehr sagen? Und was den Bezug auf den Klassenkampf angeht, so ist Roth gerade für seine massive Orientierung auf Klassenkampf und auf Untersuchung der Klassenzusammensetzung bis weit unter die Gürtellinie angegriffen und denunziert worden. Und was kann uns der Kritiker nun seinerseits zu dem Problem des Finanzkapitals sagen? Nichts. Eigentlich sei alles das Gleiche: Preis und Wert, Arbeit und Kapital, Geld und Maschinen (kein Wunder, daß bei soviel Einerlei am Schluß das Kapital auch noch als Herrschaftsverhältnis durchgeht!) – und eigentlich sei auch alles noch immer so wie vor 100 Jahren, Marx unterm Kopfkissen reiche also aus. Marx darauf zu reduzieren, er habe zeigen wollen, daß alles das Gleiche sei, Wert und Preis usw., ist grotesk. Warum macht er sich dann diese enorme Mühe, auf mehr als zweitausend Seiten die Unterschiede und Zusammenhänge dieser verschiedenen Gegenstände präzise zu bestimmen? Daß alles gleich ist, weil auf Arbeit beruhend, steht schon bei Adam Smith und Früheren. Marx insistiert darauf, daß diese Unterschiede eine bestimmte historische Bedeutung haben, historische Formbestimmungen sind, daß es nicht reicht – wie unserem Kritiker –, festzuhalten, daß in letzter Instanz (!) die lebendige Arbeit Bestimmungsgröße des Gesamtwertprodukts ist, daß die Frage, wie »Geld von der einen Taschen in die andere« wandert, uns sehr wohl zu interessieren hat, was der Kritiker verneint (S. 30). Damit geht die Kritik an der Fragestellung von Roth vorbei, bewegt sich gar nicht auf dem konkreten historischen Niveau, das dort angesprochen wird. Die Art und Weise, wie heute nationale und internationale Zinssätze festgelegt werden, welche Wirkung dies auf die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch auf den Verlauf von Klassenkämpfen hat, konnte Marx vor über hundert Jahren schwerlich voraussehen – aber es hat ihn bis zum Schluß brennend interessiert, z.B. welch mächtigen Hebel die Staatsschuld im Prozeß der Akkumulation bildet. Als hätten wir nicht selber sehr intensiv über die Bedeutung der inszenierten lateinamerikanischen Schuldenkrise für die Klassenkämpfe diskutiert. Die große politische Geste, mit der in der Kritik das Abweichen vom

rechten Weg des Klassenkampfs gegeißelt wird, schnurrt dergestalt zusammen in die eigene **Ignoranz** gegenüber den Bedingungen und Perspektiven der Klassenkämpfe. Vielleicht hat Roth in der Untersuchung dieser Bedingungen Fehler gemacht, darüber müssen wir diskutieren, aber er hat diese Untersuchung wenigstens angepackt, statt sich mit Plattidüden über den Kampf gegen die Arbeit zu beschieden.

Eine weitere Form der Ignoranz besteht in einleitenden Kommentierungen von Texten, die eine Diskussion darüber sogleich wieder beenden. Das können Hinweise wohlwollende Hinweise darauf sein, wie »schwierig« der Stoff ist (also laß lieber die Finger davon!), oder böswillige Abkanzlungen, daß es sich gar nicht lohne, den Text zu lesen oder sich mit den dort behandelten Fragen zu beschäftigen. In dem Diskussionsbeitrag aus Freiburg in diesem Zirkular wird ganz zu recht nochmal darauf hingewiesen, wie Leseanleitungen à la »Kopfweh und Migräne« im Zirkular Nr. 14 nur dazu dienen, sich »eine notwendige Diskussion vom Leib zu halten«.

Die Methode der **Relativierung** besteht darin, Beiträgen gleich wieder ihre Zusitzung zu nehmen, aufzufordern, alles nicht so eng oder so genau zu sehen – womit dann meistens die gesamte Fragestellung abgebügelt wird. Ein sehr prägnantes Beispiel dafür sind die einleitenden Bemerkungen zur Kritik von Sylvia Deneuve und Charles Reeve an der EZLN im Zirkular Nr. 22: *»Aber mit der Begründung, sie könnten ja bürokratisch werden, eine Bewegung auf die andere Seite der Barrikade zu verweisen, lässt uns fragen: Können wir dann überhaupt noch irgendwelche Leute, die kämpfen, unterstützen: entweder sie sind korporatistisch, haben Illusionen in die Gewerkschaften, sind von ML-Organisationen unterwandert, sind anti-kommunistisch oder gar nationalistisch. Das Problem bei den AutorInnen ist, daß sie sich eine ideologisch reine Klasse herbeiwünschen, die ›autonome und unabhängige Aktionen unternehmen möge, und sich nicht mit unreinen praktischen Aktivitäten beschmutzt. Die soziale Realität ist nun leider widersprüchlich, und so auch die zapatistische Bewegung und ihre Chefs. Um sie zu kritisieren, bedarf es schon einer differenzierten Analyse, die mit diesen Vorbemerkungen allerdings nicht geleistet werden kann.«* Die so angekündigte Kritik an der EZLN ist eine sehr präzise, zugespitzte Auseinandersetzung mit den Schwächen proletarischer Bewegungen, den Gründen dafür, warum es ihnen nicht gelingt, eine revolutionäre Umwälzung einzuleiten. Der Text versucht, Kriterien für revolutionäre Brüche zu entwickeln. Darüber kann gestritten werden, die einleitende Kommentierung tut aber etwas ganz Anderes. Sie verwirft die Frage nach Revolution und geht mit dem eigenen, subjektiven Problem hausieren: Wir möchten gerne irgendwelche kämpfenden Menschen »unterstützen«, und um das zu können, müssen wir über Fehler und Schwächen großzügig hinwegblicken (Warum? Weil es so wenig Kämpfe gibt? Weil wir uns schon damit abgefunden haben, uns einer schlechten Realität anzupassen?). Wir sollen also ein Auge zudrücken, nicht zu genau und kritisch prüfen. Der Aufruf zur Oberflächlichkeit verbirgt sich paradoixerweise gerade in der Forderung

nach einer »differenzierten Analyse«, die leider noch nicht geleistet werden könne. Dies ist ein aus der bürgerlichen Wissenschaft und dem akademischen Betrieb bekanntes Verfahren der Relativierung. Auf die – aus Zeitgründen leider unergründliche – Kompliziertheit der Welt wird immer dann hingewiesen, wenn eindeutigen und präzisen Aussagen ihre Brisanz genommen werden soll. Damit verlieren sie nämlich ihre praktische Bedeutung. Wenn alles viel komplizierter ist mit der EZLN, als es Deneuve und Reeve sagen, dann bleibt es der persönlichen Beliebigkeit überlassen, wie wir uns zu ihr verhalten. Die einleitenden Bemerkungen rufen so zum Verzicht auf revolutionäre Theorie auf. Kriterien für den revolutionären Charakter einer Bewegung oder Dynamik, die hier nebenbei als die Sehnsucht nach einer »ideologisch reinen Klasse« denunziert werden, kann es bei dieser Sicht der Dinge nicht geben, da Alles immer irgendwie widersprüchlich und »unrein« ist. Über solches Geschwafel geht der Text weit hinaus, er diskutiert z.B. die Problematik des individuellen Landbesitzes, des Mythos der indianischen Gemeinschaften, des Avantgardismus usw. Darauf wird nicht eingegangen, sondern mit den pauschal relativierenden Hinweisen davor gewarnt, sich auf diese konkrete Ebene der Auseinandersetzung zu begeben. Die dogmatische Floskel, wir hätten auch Probleme mit dem mangelnden »Klassenbezug«, und der abschließende Textbaustein »Die Diskussion ist eröffnet« sind angesichts dessen nur aufgesetzt. Die Vorbemerkungen zeigen – das ist das gute daran –, wie hohl das verbale Festhalten am revolutionären Anspruch wird, wenn gerade dann, wenn dieser Gegenstand der Diskussion zu werden droht, abgewunken wird.

Mir ist klar, daß einleitende Worte bei der hektischen Fertigstellung eines Zirkulars mal so dahingeschrieben werden, nicht darauf vorbereitet im Nachhinein gründlich seziert zu werden. Aber gerade dadurch kommen in ihnen grundlegende Einstellungen zum Vorschein, die ansonsten kaum diskutiert werden oder diskutierbar sind, da sie sich in politische »Lebenslügen« einhüllen. Daher gehen nachträgliche Relativierungen der Art, »ach, das haben wir da so im Streß geschrieben, weil wir noch eine Einleitung brauchten, und du betreibst jetzt Haarspaltereien an Worten«, an der Sache vorbei. Das spontane Aus-der-Feder-Fließen drückt bestimmte Haltungen und Mechanismen klarer aus, als die Verschanzung hinter revolutionärem Jargon. Und nur wenn wir an diese herankommen, uns gemeinsam über sie klar werden und ihre lebenspraktischen Grundlagen sehen, könnte eine theoretische Diskussion fruchtbar werden.

Relativierungen haben immer etwas mit der Angst vor Verunsicherung zu tun. In der bürgerlichen Wissenschaft ist es die Angst davor, theoretische Erkenntnisse könnten zur Ablehnung der bestehenden Gesellschaft führen und damit das alltägliche Sich-in-ihr-Einrichten nicht mehr widerspruchsfrei zulassen. In unserem Zusammenhang ist es möglicherweise die Angst davor, liebgewonnte Gewißheiten über den eigenen politischen Standpunkt, die eigene Rolle und eine klare Perspektive zu verlieren. In diesem Sinne ist der »Schmerz«

hinter bestimmten Reaktionen nicht nur »simuliert«, wie H. schreibt, er ist beängstigend real. Damit kommen wir zum **Dogmatismus**, d.h. Glaubensbekennnissen, die nicht weiter hinterfragt werden dürfen. Kürzlich las ich in einem Bericht aus unserem Zusammenhang: »*Es ist heute schwierig, von der Arbeiterklasse zu reden, obwohl nur sie etwas verändern und umwälzen kann.*« Oberflächlich erinnerte er mich an die bekannte Stilblüte aus einem Schulaufsatz: »*Wir wissen nicht sicher, ob Homer gelebt hat. Fest steht aber, daß er blind war.*« Während die Stilblüte zum Lachen einlädt, verweist die erste Aussage auf ein ernsthaftes Problem in unserem Diskussionszusammenhang. Bestimmte Begriffe wie Arbeiterklasse, Kapital, Wert, Staat usw. werden als verdinglichte Kategorien benutzt und in einer bestimmten Weise politisch besetzt, ohne dies an der Realität präzisieren zu können. Werden dann diese Besetzungen, z.B. »Arbeiterklasse und Revolution« oder »Kampf gegen die Arbeit«, in Frage gestellt, so erfolgt keine Diskussion, Präzisierung, Klärung, sondern das bloße Pochen auf diesen Einstellungen. Auch hierfür ist »Kopfweh und Migräne« beispielhaft: die Rassismus-Diskussion wird wehleidig von sich gewiesen, um dann zu sagen, daß wir auch nicht bestimmen können, was Arbeiterklasse mit Revolution zu tun haben soll, sondern bisher immer nur über Kämpfe berichten, die für sich zu dieser Frage nichts aussagen. Mehr noch: am Schluß wird dann die Frage nach der Revolution mit der Frage nach »unseren« Aufgaben gleichgesetzt. In der Arbeiterklasse gäbe es einen revolutionären und einen reaktionären Teil, Aufgabe der Revolutionäre sei es, ersterem zum Durchbruch zu verhelfen. Witzigerweise ist die Einleitung damit bei genau dem Subjektivismus angelangt, der an den Beiträgen aus Bremen und Freiburg vernichtend kritisiert und als kleinbürgerliche Phantomdiskussion abgekanzelt wurde. Wenn es von uns abhängt, ob sich der revolutionäre gegen den reaktionären Teil der Arbeiterklasse durchsetzen kann, dann gibt es keinen Zusammenhang mehr zwischen Arbeiterklasse und Revolution – ein spezifischer Bezug auf die Arbeiterklasse, wie er in Wildcat-Diskussionen reklamiert wird, kann dann nur noch eins sein: ein Glaubensbekenntnis. Dies ist das eigentlich Fatale an »Kopfweh und Migräne«. Die wechselseitigen Titulierungen als »in der Nähe von Faschisten oder KPD-Traditionen stehend« und »unverbindlich-kleinbürgerlichen Dumpfbache« ließen sich zur Not noch als Stil- und Höflichkeitsfragen behandeln. Aber mit der Abkanzung einiger, vielleicht wirklich nicht so gelungener, Diskussionsbeiträge werden hier zugleich die wichtigen Fragen weggelegt, die sehr wohl in der Debatte um Rassismus/Faschismus und Arbeiterklasse enthalten sind. Dogmatismus ist ein sozialer Mechanismus und daher allein in theoretischen Diskussionen nicht zu knacken: an liebgewonnenen Gewißheiten wird festgehalten, weil die wirkliche Situation nicht zu Offenheit der Fragestellung einlädt und auch nicht die Energie bereithält, im mühsamen Abarbeiten an den Fragen eine Position zu entwickeln. Also weil die Energie fehlt und man in Ruhe gelassen werden möchte, werden die Fragen erst gar nicht zugelassen.

Im folgenden Beitrag will ich ausgehend von *einer* Frage, die in vielen Diskussionsbeiträgen auftaucht, ein paar der Probleme und Ansätze skizzieren, die wir meiner Ansicht nach dringend diskutieren müßten. Einige davon wurden bereits in etwas anderes Weise in den Beiträgen »Klassenkampf-Krise-Kommunismus?« in den ersten beiden Zirkularen angesprochen. Der – auch im ersten Zirkular – veröffentlichte Text von Riccardo Bellofiore, der vielleicht gerade deswegen in unserer Diskussion so wenig Beachtung fand, weil er einen zu ungewohnten, bestimmte Dogmatismen zu sehr in Frage stellenden Blick auf die Dinge warf, beginnt einleitend mit der Bemerkung: »Das erste Mißverständnis besteht darin zu glauben, es sei ausreichend, sich auf die offensichtlichen Tatsachen zu berufen, um die Ungleichheit Ausbeutung zu nennen: also etwas, das zu bekämpfen ist, auch wenn man jetzt nicht in der Lage dazu ist. Was mich betrifft, so bin ich im Gegenteil überzeugt, daß es da Begriffskategorien, eine regelrechte Theorie braucht, um die Ungerechtigkeiten und die Grenzen der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation zu begründen; eine Theorie, die in der Lage ist, die Möglichkeit, und vielleicht gar die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung zu begründen. Dabei sind es gerade die Begriffskategorien, gerade die Theorien, die auf bis jetzt ungelöste Schwierigkeiten gestoßen sind: so muß man auf jeden Fall die Beziehung zwischen der Krise der Theorie und den Schwierigkeiten der Praxis der – wie sie sich einst nannte – Arbeiterbewegung untersuchen, denn es gibt da zweifellos einen Zusammenhang.« (Zirkular Nr. 1, S. 60)

F./Köln

Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft?

Die Vorstellung, daß Tauschvorgänge und deren Logik im Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft stehen und sich damit viele Vorgänge erklären lassen, ist heute weit verbreitet. Diese Vorstellungen geben den aktuellen Strategien der »Privatisierung« und des »Neoliberalismus« ihre Glaubwürdigkeit – sowohl bei ihren Anhängern wie bei ihren Kritikern. Diese Vorstellung hat zwar wenig mit der Realität der globalen Kapitalakkumulation zu tun, aber sie hat eine soziale Basis in der alltäglichen Atomisierung, die nur die Kehrseite einer Armut an offenen Kämpfen und darin entstehenden kollektiven Beziehungen ist. Dem vereinzelten Individuum *erscheinen* die gesellschaftlichen Vorgänge tatsächlich wie Tauschvorgänge, oder genauer, es rationalisiert dadurch die Erfahrung von Ohnmacht, denn das Wesen des Tauschens ist gerade die Behauptung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der vereinzelten Subjekte. Indem wir uns gesellschaftliche Beziehungen, die wesentlich auf organisierte und institutionalisierte Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung beruhen, als Tauschakte vorstellen, wird wenigstens in der Vorstellung die »Freiheit« und »Selbständigkeit« des Individuum oder bestimmter Gruppen gerettet. Für den einzelnen ist es zudem mehr als nur eine bloß imaginäre Vorstellung, sondern eine sehr reale, da die alltägliche Reproduktion durch Märkte und Tauschvorgänge vermittelt wird und sich darin unsere individuelle Freiheit zu bestätigen scheint – und in gewisser Weise auch tatsächlich bestätigt (s.u. »Die politische Ambivalenz des Marktes«).

Was macht die Aktualität und Wichtigkeit dieser Frage aus, die in der theoretischen Diskussion um den Kapitalismus alles andere als neu ist? Zuerst ist es die Anfälligkeit in unseren eigenen Diskussionen gegenüber diesem »Mythos der Marktwirtschaft«. Sicher, offen mit der Frage konfrontiert, ob der Kapitalismus eine Marktwirtschaft sei, käme prompt die »korrekte« Antwort: nein, nein, er ist eine Klassengesellschaft. Damit ist aber wenig gesagt und es verhindert nicht, hinterrücks doch wieder den Mythen des Marktes aufzusitzen. Dieser Mythos durchzieht zweitens die Diskussionen des aktuellen deutschen »Neomarxismus«, in dem die Ware zu der »gesellschaftlichen Basisform« (Robert Kurz) schlechthin erklärt wird. In der Verlängerung dieser Lesart von Marx wird dann der Klassenkonflikt zu einem bedeutungslosen Unterkonflikt auf der Markt- und Tauschebene. Es ist sicher kein Zufall, daß ein breites Interesse an dieser »marxistischen Warenkritik« zeitgleich mit der allgemeinen und ausweglosen politischen Orientierung auf die »Freiheit der Märkte« entstand. Daher können wir sie auch nicht einfach links (oder rechts) liegen lassen. Drittens prägt die Vorstellung der bestimmenden Kraft der Märkte die sogenannte »Standortdiskussion« von linker Seite, bei der es um die Folgen des »Neoliberalismus« geht. Aufgrund der Annahme, daß die negativen Folgen aus dem Rückzug des Staates und der

Gewalt der Marktkräfte stammen, ist in dieser Debatte ein neuer reformistischer Ruf nach staatlicher Intervention und Regulierung systematisch angelegt – eine mächtige ideologische Quelle für die erneute Legitimation des Staates (wie sich exemplarisch an der Diskussion um ein Entsendegesetz oder der Forderung nach sozialen Standards im Rahmen von GATT zeigen ließe). Nicht ganz so aktuell, aber immer noch einen Teil der Debatte im sogenannten sozialrevolutionären Spektrum (Autonomie/NF, Materialien für einen neuen Antiimperialismus pp.) prägend, ist die Gegenüberstellung von »moralischer Ökonomie«, wie es sie in der Frühphase der proletarischen Bewegung gegeben habe, mit der reinen, also nicht-moralischen Ökonomie, wie sie heute dominiere. Diese unvollständige Aufzählung soll nur darauf hinweisen, daß wir an ganz vielen Punkten der aktuellen Debatten nur weiterkommen werden, wenn wir die Bedeutung von Markt und Tausch im Kapitalismus in kritischer Weise klären. Dazu gibt es bereits eine Reihe von Analysen – z.B. der Text »Plan, Kapital, Demokratie« von Riccardo Bellofiore im Zirkular Nr. 1 oder der Ansatz von Immanuel Wallerstein, auf den im Zirkular Nr. 20 hingewiesen wurde.

Klassendeals?

1. Fangen wir bei uns selbst an. Im Artikel »Bau – Boom – Basta!« in der Wildcat 64/65 wird die relativ streiklose Situation auf dem Bau bis Ende der 80er Jahre mit einem »nationalen Deal« zwischen Arbeiterklasse und Kapital erklärt. Im Beitrag »(Ge)schlechter Deal in Rußland« im Zirkular Nr. 20 heißt es: »Beziehungen zwischen Männern und Frauen sahen und sehen in erster Linie wie ein Deal aus...« In »Alles Toyota – oder was« im Zirkular Nr. 11 geht es um die »Aufkündigung des Klassenkompromisses, der für die Nachkriegszeit in den kapitalistischen Metropolen Geltung hatte«, und eine jüngere ArbeiterInnen-Generation läßt sich für mehr individuell bestimmte Freizeit auf die Flexibilisierung ein, was »so etwas wie ein ›Deal‹« sei. Ähnlich wird im Beitrag über die Arbeit in einer Gebäudereinigungsfirma im Zirkular Nr. 23 »eine Art Deal« zwischen Chef und ArbeiterInnen beschrieben. Auch bei Karl Heinz Roth taucht der Sozialpakt, den das Kapital der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit angeboten hat (S. 170), auf. Usw.Usf. Auch in alltägliche Gespräche und Diskussionen hält die »Marktsprache« Einzug. So wird von individuellen »Kosten-Nutzen-Erwägungen« bei politischer Aktivität gesprochen, also Tauschgerechtigkeit auf einem politischen Markt gefordert. Das Reden von »Deals« ist nicht neu in der wildcat-spezifischen Theorie- und Diskussionsstruktur, gehört zum Jargon. Die sprachlichen Relativierungen »sieht aus wie«, »etwas wie«, »eine Art« oder Anführungszeichen weisen schon auf das Fragwürdige der Erklärung hin. Angesichts der neuen Dominanz von Marktheidologien ist es aber nötig, diese Begrifflichkeit genauer und kritisch zu überprüfen. Zudem handelt es sich bei den »Deals« zwischen Arbeiterklasse und Kapital um eine Spätfolge »operaistischer« Theoriebildung – im Wildcat-Umfeld also von besonderer Brisanz.

»Deal« (engl. Geschäft, Handel, Abkommen) wird im Deutschen üblicherweise dann anstelle von Wörtern wie »Tausch« oder »Handel« gebraucht, wenn ein besonderer Tausch, ein in der Regel etwas anrüchiger Tausch gekennzeichnet werden soll, z.B. ein politisches Geschäft. Anrüchig deshalb, weil hier Dinge getauscht werden, die ihrer Natur nach eigentlich nicht Gegenstand von Tauschgeschäften sein sollten. Für Linke ist es daher z.B. ein »Deal«, wenn sich die Arbeiterklasse ihren revolutionären Willen mit ein paar Sozialreformen »abkaufen« lässt; oder »Liebe« – per definitionem das Gegenteil von Markt und Ware – zum Objekt von Tauschgeschäften wird. Im Kapitalismus sieht alles so aus wie ein Deal, wie ein Tauschgeschäft, oder kann so hingestellt werden, als wäre es ein Tausch. Dieser Eindruck wird dann auf die gesamte Geschichte zurückprojiziert (siehe die ausführliche Kritik daran im vierten Kapitel von Karl Polanyi's »The Great Transformation«) oder sogar bei den Naturwissenschaften in alles mögliche hineingedichtet, wenn z.B. die Art und Weise des Zusammenlebens bestimmter Tiere oder Pflanzen in sogenannten symbiotischen Formen als »Tauschbeziehung« charakterisiert wird. Diese Art und Weise, sich irgendwelche Beziehungen vorzustellen, ist enorm wichtig für den Kapitalismus, auf ihnen fußt das ganze Spektrum von Gerechtigkeitsvorstellungen und Legitimationsformen dieser Gesellschaft. Die wirklichen Zusammenhänge werden in ihnen unkenntlich gemacht. Arbeiterklasse und Kapital können sowenig unabhängig voneinander *existieren* wie Männer und Frauen (die so wie Arbeiter und Kapitalist nur ein besonderes historisches Produktionsverhältnis – in der Produktion von Menschen – verkörpern). Die Vorstellung, sie träten sich erst auf einem Markt (in diesem Fall einem politischen oder sexuellen Markt) gegenüber und würden dann entscheiden, ob und wie sie bestimmte Dinge oder Verhaltensweisen gegeneinander austauschen, ist offenkundig absurd. Als spontaner Eindruck ist sie so zählebig, weil »Existenz« in einem bürgerlichen Sinne verstanden wird, als juristisch-materielle Existenz (»ich baue mir eine Existenz auf...«), nicht als wirkliche, organisch-lebendige Existenz. Und weil in dieser juristischen Existenz das Versprechen auf individuelle Autonomie enthalten ist. Sie ist daher Ausgangspunkt in der bürgerlichen Wissenschaft und wird allen Verhältnissen untergeschoben. »Der einzelne und vereinzelte Jäger und Fischer, womit Smith und Ricardo beginnen, gehört zu den phantasielosen Einbildungen der 18.-Jahrhundert-Robinsonaden (...). In dieser Gesellschaft der freien Konkurrenz erscheint der Einzelne losgelöst von den Naturbanden usw., die ihn in früheren Geschichtsepochen zum Zubehör eines bestimmten menschlichen Konglomerats machen. (...) Der Mensch ist im wörtlichen Sinne ein zoon politikon, nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, daß nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann.« (Marx) Es ist eine ganz bestimmte, historische Gesellschaftsform, in der sich Menschen vereinzen und für unabhängig voneinander halten können. Damit ist auch die Unabhängigkeit eine besondere historische Form von Unabhängigkeit. Im Begriff der Selbständigkeit und Autonomie des Individuums wird diese verabsolutiert, zur Natureigenschaft des Menschen und zum moralischen Ideal erhoben. Während es in der

wirklichen Geschichte Freiheit immer nur als Befreiung von bestimmten Zwängen und Nöten gibt, wird Freiheit in der bürgerlichen Auffassung zur Freiheit schlechthin und zum Anlaß unzähliger philosophischer Diskussion um das Wesen der Freiheit. Diese abstrakte Auffassung von Freiheit hat die Linke seit der französischen Revolution im wesentlichen immer mit dem bürgerlichen Lager geteilt. Für diese Freiheit ist der Tausch *die* Form des Zusammenhangs zwischen den einzelnen Individuumen, da er das Gegenteil von Zwang, Gewalt, Nötigung darstellt. Im Tausch erreichen beide Individuen ihren eigenen Zweck und handeln aus freien Stücken. (1)

Arbeiterklasse als bürgerliches Individuum?

Jetzt wird deutlich, daß die Auffassung der Beziehung zwischen Klassen oder Geschlechtern als »Deal« dem gutgemeinten aber mystifizierenden Zweck dient, diesen »Subjekten« wenigstens theoretisch ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu lassen. Wenn sich Frauen auf Männer in Form eines Deals einlassen, dann behalten sie der Form nach ihre Unabhängigkeit und Autonomie, verfolgen im Zusammenleben ihr eigenes individuelles Interesse. Das Dasein als »Frau« wird dabei aber als naturgegebener Ausgangspunkt hingenommen, was z.B. in den feministischen Diskursen um die »gesellschaftliche Konstruktion von Weiblichkeit« hinterfragt wird. Dann wäre die Vorstellung von einem »Deal« zwischen den Geschlechtern nur eine nachträgliche Legitimation der so konstruierten Wirklichkeit.

Ähnlich ist es mit der Klasse und ihren »Deals«. Die Arbeiterklasse bleibt im »Deal« ein autonomes Subjekt, bestimmt selber, was sie mit dem Kapital zu welchem Preis austauscht. In der Anwendung der »Tauschbeziehung« auf die Klassenbeziehungen erkenne ich (zumindest in unserer Diskussion) die Auswirkungen einer unhistorischen Übernahme operaistischer Theorieansätze, kombiniert mit einem verdinglichten Begriff von Arbeiterklasse, wie er sich historisch als »Arbeiterbewegung« herausgebildet hat. Angesichts der Tatsache, daß der Operaismus als explizite Kritik an dieser Arbeiterbewegung entstand, schlägt damit die politische Absicht des Operaismus in ihr Gegenteil um.

Im Operaismus war der Begriff der »Arbeiterautonomie« in einer spezifischen Bedeutung, nämlich als Ausdruck eines Antagonismus in einer konkreten historischen Situation, eingeführt worden. Später ist daraus eine Art überhistorischer Schlüssel zur Erklärung der gesamten Geschichte der Arbeiterklasse gemacht worden, was dazu führte, daß mit ihm auch die nicht-antagonistischen Seiten der Klassenbeziehungen interpretiert werden sollten. »Autonomie« bekam damit eine ganz andere Bedeutung, nicht mehr die antagonistische Autonomie, sondern die Autonomie im Tauschvorgang, wie sie ins Repertoire jeder reformistischen oder gewerkschaftlichen Vorstellung gehört. Inwieweit diese Umkehrung in der operaistischen Wortwahl – »Autonomie« für »Antagonismus« – oder sogar in im theoretischen Konzept schon

angelegt oder enthalten war, will ich als offene, aber klärungsbedürftige Frage hier stehen lassen.

Von der Arbeiterautonomie zur Tarifautonomie?

In dem kurzen Text »Was ist Arbeitermacht? Materialien zur Kaderbildung«, der 1971 in der Zeitschrift »Potere Operaio« erschien, wird »Arbeiterautonomie« als Verweigerung gegenüber dem Reformismus bestimmt. »...gegenüber der neuen Programmatik des kapitalistischen Planstaats, gegenüber dem neuen Stand kapitalistischer Koordination auf internationaler Ebene, gegenüber dieser Maschine, die glänzend und perfekt und ohne einen schwachen Punkt zu sein schien, kam es darauf an, den schwachen Punkt zu finden. Und dieser schwache Punkt bestand darin, daß der Reformismus, daß der reformistische Plan sich notwendig – wie jeder reformistische Plan – auf den Konsensus der Arbeiterklasse stützen mußte. Das war der schwache Punkt, hier mußte man kämpfen, und zwar kam es darauf an, daß die Arbeiter den Konsensus und die Zustimmung zum Reformismus verweigerten. Genossen, dies war die Entdeckung der Autonomie.« Kurz darauf wird Arbeiterautonomie schon sehr allgemein dadurch bestimmt, »daß die gesamte Geschichte des Kapitals, die gesamte Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft in Wirklichkeit die Geschichte der Arbeiterklasse ist«. In der Ausführung bleibt jedoch klar, daß damit immer die antagonistische Dimension gemeint ist: »Die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft ist die Geschichte eines aus Herrschaft bestehenden Gefängnisses, das um die lebendige Arbeit, um die Arbeitskraft, um die Arbeiter herum errichtet worden ist zu dem Zweck, Arbeit aus ihnen herauszupressen.« Und »Arbeiterautonomie« bleibt im Text stets als Charakterisierung bestimmter Kämpfe sichtbar: »...gegenüber dem Staat des Reformismus und der Entwicklung mußte man den Konsensus verweigern, die Regeln des Plans, die Vermittlung der Gewerkschaften ablehnen, die Programmierung eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Lohndynamik und Produktivitätsdynamik zerschlagen ... Hierin bestand die Entdeckung der Autonomie, der Kämpfe um Lohn, der Möglichkeit eines offensiven ökonomischen Kampfes, der diesen neuen Staat des Reformismus, der Planung und Entwicklung aus den Angeln heben würde.« Oder an einer anderen Stelle: »Kampf gegen die Mitbestimmung, gegen den Versuch, die Arbeiter an der Verantwortung für die Ausbeutung zu beteiligen, Kampf gegen das Arbeitstempo, gegen die kapitalistische Mystifikation der unterschiedlichen Werte der Arbeit (die in Wirklichkeit dazu dient, die Arbeiter politisch zu spalten), Kampf gegen die Verklammerung von Lohn und Produktivität«. An dieser Stelle wird von »großartigen revolutionären Inhalten« gesprochen, aber das politische Ziel des Textes bestand damals darin, die Notwendigkeit des Übergangs von der Autonomie zur revolutionären Organisation zu begründen. Es handele sich dabei um den Übergang vom Kampf um ökonomische Forderungen (in der deutschen Übersetzung: »ökonomisch-revendikative Ebene«) zum offenen politischen Kampf auf der Ebene der Macht, zur Insurrektion. Im

Vergleich zu späteren Verallgemeinerungen und abweichend von dem, was üblicherweise bei »Autonomie« gedacht wird, ist diese »Arbeiterautonomie« klar nach zwei Seiten hin abgegrenzt: sie ist Ausdruck des Antagonismus der Arbeiterklasse, der aber selbst noch nicht revolutionär ist. Indem sich die Klasse in ihren Kämpfen, die auf der Ebene ökonomischer Forderungen bleiben, von bestimmten Vermittlungsformen wie Gewerkschaft und der planstaatlichen Einbindung der Lohnforderungen in die Akkumulationsdynamik löst, »fesselt sie das Kapital an die Krise, zwingt es zum Anhalten der Entwicklung und zwingt damit die Unternehmer und den Staat, sich als offene, gegen die Arbeiter gerichtete Gewalt zu zeigen.« In dieser Weise wird durch die Arbeiterautonomie erst eine klassische revolutionäre Situation geschaffen – in der dann, Lenin's Vermächtnis, die revolutionäre Partei auf die Tagesordnung treten muß. Ich will hier nicht die leninistischen Schlußfolgerungen diskutieren, sondern nur klarmachen, daß »Arbeiterautonomie« hier etwas ganz bestimmtes meinte, was der Vorstellung von »Deals« zwischen Arbeiterklasse und Kapital zuwiderläuft.

Die im Begriff »Autonomie« mitschwingende Vorstellung von einem selbständigen Subjekt, ähnlich der Selbständigkeit des bürgerlichen Individuums in der Marktgesellschaft, wurde später in us-amerikanischen und westdeutschen Verarbeitungen des Operaismus zu dem Versuch, sich mithilfe von Deals bestimmte Klassenverhältnisse zu erklären. In einer politischen zugespitzten Situation hatte »Potere Operaio« die Arbeiterklasse in einem Vorriff als selbständiges kollektives Subjekt in der Geschichte (!) gefordert, als das sie eigentlich erst im Akt ihrer Selbstaufhebung als Arbeiterklasse entstehen kann. Also erst, wenn sie aus dem Klassen- und Kapitalverhältnis heraustritt, durch das ihre »Autonomie« immer nur eine begrenzte sein kann. Oder wie Marx es als Perspektive formuliert hat, wenn die Menschen ihre Geschichte nicht nur machen, sondern aus freien Stücken machen – im Unterschied zur ganzen bisherigen Vorgeschichte. Die Zwieschlächtigkeit, mit der »Potere Operaio« den Begriff »Autonomie« bestimmt, verweist darauf, daß die Arbeiterklasse außerhalb einer revolutionären Situation nicht als autonomes Subjekt, sondern nur als Pol in der widersprüchlichen Einheit des Klassen- und Kapitalverhältnisses gedacht werden kann.

Die Redeweise vom »Deal« ignoriert diesen Zusammenhang und setzt an dessen Stelle den Mythos von zwei selbständigen Kräften, wie er in der üblichen gewerkschaftlichen und reformistischen Geschichtsbetrachtung gepflegt wird. Diese gewerkschaftliche Ideologie und ihre materielle Basis (s.u.) sind auch der eigentliche Inhalt der Redeweise vom »Deal«, machen sie plausibel. Das Fatale in unseren eigenen Diskussionen ist, daß sich dies hinter Versatzstücken operaistischer Theorie verstecken kann.

Mit dem »Deal« kommen unvermeidlich die mystischen Kräfteverhältnisse in Spiel, die in der traditionellen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung gepflegt werden und den Klassenkampf als Ringkampf zwischen zwei Individuen ausmahlen. So wie in den Naturwissenschaft, so wird auch hier die Leerformel »Kraft« immer dann herangezogen, wenn ein Zusammenhang

nicht gefunden oder erklärt werden kann. Besonders fatal ist die Redeweise vom »Kräftegleichgewicht« (daraus kann dann alles und nichts »erklärt« werden, da bei Gleichheit die Kräfte nichts Bestimmendes mehr sind), weil damit der oberflächliche Eindruck harmonischer Klassenbeziehungen bestätigt wird: »Der ‚Sozialpakt‘ entstand aus einem Kräftegleichgewicht zwischen Kapital und Klasse. Aus der gegenseitigen Blockade wurde der Ausweg ‚höhere Produktivität gegen Lohnsteigerungen‘ gefunden, eine Art Deal: auf der einen Seite soziale Zugeständnisse, abgesichert durch Repression, auf der anderen Abkehr von revolutionären Ansprüchen und Flucht in massenhafte individuelle Arbeitsverweigerung.« (Wildcat 64/65, S. 5)

Auf diese Weise wird auf eine kritische Analyse der Klassenverhältnisse verzichtet und stattdessen deren verdrehte Erscheinungsform an der Oberfläche nachgebetet. So wie der Lohn als Bezahlung der Arbeit erscheint und damit den Mehrwert, der aus der Differenz zwischen Wert der Arbeitskraft und verausgabter lebendiger Arbeit stammt, unsichtbar macht, so erscheint auch die Aufteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts auf die verschiedenen Klassen in Lohn, Unternehmensgewinn, Zins und Mieteinnahmen als ein Verteilungskonflikt, der im Prinzip zu einem gerechten Abschluß und harmonischen Miteinander der verschiedenen Parteien geführt werden kann. In »Erde-Rente, Kapital-Zins, Arbeit-Arbeitslohn stehen sich die verschiedenen Formen des Mehrwerts und Gestalten der kapitalistischen Produktion nicht entfremdet, sondern fremd und gleichgültig, als bloß verschieden, ohne Gegensatz gegenüber. Die verschiedenen Revenues fließen aus ganz verschiedenen Quellen, die eine aus der Erde, die andre aus dem Kapital, die andre aus der Arbeit. Sie stehen also in keinem feindlichen, weil überhaupt in keinem inneren Zusammenhang. Wirken sie nun doch in der Produktion zusammen, so ist das ein harmonisches Wirken, der Ausdruck von Harmonie, wie ja z.B. der Bauer, der Ochse, der Pflug und die Erde in der Agrikultur, dem wirklichen Arbeitsprozesse, trotz ihrer Verschiedenheit harmonisch zusammenarbeiten. Soweit ein Gegensatz zwischen ihnen stattfindet, entspringt er bloß aus der Konkurrenz, welcher der Agenten mehr vom Produkt sich aneignen soll, vom Wert, den sie zusammen schufen, und kommt es dabei gelegentlich zur Keilerei, so zeigt sich dann doch schließlich als Endresultat dieser Konkurrenz zwischen Erde, Kapital und Arbeit, daß, indem sie sich untereinander stritten über die Teilung, sie durch ihren Wetteifer den Wert des Produkts so vermehrt haben, daß jeder einen größeren Fetzen bekommt, so daß ihre Konkurrenz selbst nur als der stachelnde Ausdruck ihrer Harmonie erscheint.« (Theorien über den Mehrwert, 26.3, 493f.) (2)

Die Erscheinungsform des Klassenkonflikts als Konkurrenz zwischen verschiedenen Einkommensquellen gibt der Redeweise vom »Deal« seine Plausibilität. Daran ändert sich nichts, wenn Gegenstand des Deals nicht nur das Einkommen selber, sondern auch soziale Zugeständnisse, Arbeitszeit, oder wie im jüngsten »Deal« (O-Ton Zwickel) Arbeitsplätze werden. »Deals« können nur zwischen Subjekten geschlossen werden, die über eine formale

Autonomie verfügen. In Gestalt der Gewerkschaften existiert ein solches juristisch anerkanntes Subjekt, daß mit anderen ebensolchen juristischen Subjekten Verträge abschließen kann. Die spezifische Autonomie, die hier für die Freiwilligkeit und Selbständigkeit im Vertragsabschluß sorgt, wird als Tarifautonomie bezeichnet. Sprechen wir von einem »Deal« zwischen Arbeiterklasse und Kapital, so ergibt sich zwangsläufig der Eindruck, Gewerkschaften und Unternehmerverbände seien die Verkörperung von Arbeiterklasse und Kapital als historische Subjekte. Bleiben wir aber bei der kritischen Analyse von Marx, dann können wir Gewerkschaften nur als juristisch fixierte Organisation einer bestimmten Einkommensform, des Lohns, begreifen, einer Einkommensform, durch die der innere Zusammenhang zwischen Arbeiterklasse und Kapital – Klassenverhältnis, d.h. Abtrennung von den Produktionsmitteln, Ausbeutung und Unterwerfung unter das kapitalistische Kommando – als sein Gegenteil, als Zusammenhanglosigkeit und gleichgültiges bzw. gleichberechtigtes Nebeneinander erscheint. Die mit der Vorstellung vom »Deal« unterschiedlich betriebene Gleichsetzung von Arbeiterklasse und Gewerkschaft verbaut zum einen den Weg zu einer grundlegenden Kritik von Gewerkschaft (die Auseinandersetzung mit ihr weicht daher in der Linken auch regelmäßig auf moralische Empörung über »Verrat der Basis«, »Bürokratisierung« oder »Kollaboration mit dem Kapital« aus und rennt wie Don Quichote mit Idealen von ihrer »wahren« Aufgabe gegen diese Windmühlenflügel), zum anderen gibt sie all denen Recht, die unter Berufung auf die verdrehte Erscheinungsform des Klassenkonflikts als Konkurrenz verschiedener Einkommensquellen ein revolutionäres Anknüpfen am Klassenkampf für absurd erklären. (3)

Klassenkampffetisch?

2. Genau dies ist das Argumentationsmuster bei der Krisis-Gruppe, mit dem sie den Klassenkonflikt als einen im Kapitalverhältnis verbleibenden und nicht über es hinausweisenden Konflikt einordnen und damit politisch abhaken. Wichtig und ernstzunehmen ist hieran, daß sie in marxistischem Vokabular und mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus die allgemein verbreiteten und berechtigten Vorbehalte systemkritischer Aktivisten gegenüber den realen Verteilungskämpfen theoretisieren (ähnlich auch bei Moishe Postone, siehe den Hinweis in Zirkular Nr. 18).

In ihrer Kritik (hier: Robert Kurz und Ernst Lohoff, Der Klassenkampffetisch, in: Marxistische Kritik 7/89) bezieht sich Krisis auf die Auffassung von Klassenkampf im traditionellen Marxismus und wählt sich deren Bestimmung des »Klasseninteresses« als zentrale Subjekt-Kategorie zum Ausgangspunkt. (Eine geschickte Wahl, denn damit hat die Kritik schon gewonnen: im Interesse sind die Bedürfnisse bereits als gesellschaftlich bestimmte gefaßt, die »nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden« können, wie Marx im Rohentwurf über das Privatinteresse (!) schreibt; d.h. das Bedürfnis nach Nahrung ist als

Interesse am Verkauf der eigenen Arbeitskraft oder nach mehr Lohn schon gesellschaftlich bestimmt.) Statt nun aber das Ideologische im traditionellen Marxismus und seinem Begriff von »Klasseninteresse« zu kritisieren und es mit einer Analyse der wirklichen Zusammenhänge zu konfrontieren, behalten sie den Begriff bei, weisen die Eingebundenheit jeden Interesses in die gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nach – und meinen, sie hätten mit der Kritik an der marxistischen Ideologie schon etwas über die Wirklichkeit gesagt.

Da es – so die Kritik – nur eine Zirkulation, nämlich die des Kapitals, gibt, ist in sie »das ›Arbeiterinteresse‹ und der Tausch der Ware Arbeitskraft vollständig involviert«. Dann wird gesagt, daß die Ware Arbeitskraft in der Tat einige fundamentale Besonderheiten aufweise – diese werden aber letztlich nur nach der Seite des Kapitals hin betrachtet, nämlich ihre Eigenschaft als Gebrauchswert, also Verausgabung lebendiger Arbeit, mehr Wert zu produzieren, als sie gekostet hat. Dies unterschlägt einen anderen Unterschied, der durch die Wertform, die auch dem Lohn anheftet, nur schwach kaschiert wird. Ein Seidenweber aus Manchester formulierte diese Besonderheit, die die Vorstellung einer juristischen Gleichheit von Arbeit und Kapital ad absurdum führt, 1835 in plakativer Weise: »Unter Kapital kann ich nichts anderes als eine Anhäufung der Produkte der Arbeit verstehen. Arbeit wird immer auf den Markt gebracht von denjenigen, die nichts anderes besitzen oder zu verkaufen haben und die sie deshalb möglichst schnell loswerden müssen. Angenommen, ich würde mich in Anlehnung an das Verhalten der Kapitalisten weigern, die Arbeit, die ich in dieser Woche leisten könnte, zu verkaufen, weil mir kein angemessener Preis dafür geboten wird: kann ich sie in Flaschen abfüllen? Kann ich sie einsalzen? Diese Unterschiede zwischen der Natur der Arbeit und der des Kapitals genügen, um mich zu überzeugen, daß Arbeit und Kapital niemals in gerechter Weise den gleichen Gesetzen unterworfen werden können.« (I/323) Diese Unmöglichkeit Arbeit einzusalzen, hindert Kurz/Lohoff nicht daran, die Warenform der Arbeitskraft im Lohn für das fundamentalere gegenüber der stofflichen Besonderheit zu halten (mit der dann auch die Ebene der Produktion von Mehrwert in den Blick käme, die bei ihnen völlig fehlt). Daher blieben die Arbeiter in der Verfolgung ihrer Interessen »notwendig in der Warenform, d.h. im Kapitalverhältnis befangen«. »Innerhalb der Warenform ist das ›Klasseninteresse des Proletariats‹ ein ganz gewöhnliches, stinknormales Konkurrenzinteresse, das zwar einen Gegensatz zu anderen Konkurrenz-Interessen stiftet, aber als solches keineswegs einen ›unversöhnlichen‹.« Bemerkenswert ist, daß sie hier fast wörtlich zu der Formulierung gelangen, mit der Marx im oben angeführten Zitat die verkehrten und verdrehten Erscheinungsformen des Klassengegensatz umreißt. Aber während es sich bei Marx um Erscheinungsformen handelt, in denen das Faktum der Ausbeutung, des Klassenverhältnisses usw. ausgelöscht sind, die daher kritisch durchdrungen werden muß (wofür es Marx zufolge erforderlich ist, verwickeltere Formen zu begreifen wie Profit, Zins, Unternehmerlohn usw., statt nur die Wertform!), meinen Kurz/Lohoff sie seien auf dem Wege der

Ableitung zum wahren Wesen der Sache vorgedrungen. (Marx hat dieses tautologische Verfahren, mit Abstraktionen die konkrete Wirklichkeit zu erschlagen, aus der man zuvor durch Absehen von den bestimmten Konkretheiten die Abstraktionen gewonnen hat, an der bürgerlichen Wissenschaft immer wieder kritisiert, siehe z.B. GR/160f.)

Wollten sie mit ihren kritischen Bemerkungen die Mystifizierung und Versteinerung des Klassenkampfs zu dem, was gemeinhin »Arbeiterbewegung« genannt wird, kritisieren, so wären ihnen einige zutreffende Beobachtungen gelungen – zumal gegen jene, die sich auf eine rein antagonistische und ihren revolutionären Hoffnungen entsprechende Arbeiterklasse stützen wollen und dazu die widersprüchlichen Erscheinungsformen wie Gewerkschaften bzw. deren dem Klassenbegriff widersprechenden Charakter leugnen oder ignorieren. Indem sie aber Schein und Wesen in eins setzen, geht ihre Kritik am Gegenstand vorbei, und weist nebenbei darauf hin, daß sie das eigentliche Drama der Mystifizierungen und Fetischisierungen im Kapitalismus überhaupt nicht erfaßt haben.

Wie schwierig es ist, die Wirklichkeit mit dem Ableitungsschema zur Deckung zu bringen, zeigt sich an einem witzigen Mißverständnis, das ihnen unterläuft. Um das historische Phänomen von heftigeren Klassenkonflikten im letzten Jahrhundert in ihrer Analyse berücksichtigen zu können, führen sie diese darauf zurück, daß damals die Warenform der Arbeitskraft sich noch nicht vollständig durchgesetzt hätte. In den Klassenkämpfen, aus denen der traditionelle Marxismus seine Klassenbegrifflichkeit entwickelte, sei es darum gegangen, die Warenform der Arbeitskraft überhaupt durchzusetzen. »Dieser falsche Schein konnte nur entstehen, solange die ›Arbeiterklasse‹ innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht als offizielles Konkurrenzsubjekt anerkannt war, solange sie also noch gegen den halbfeudalen Staat und/oder gegen mächtige Einzelkapitale ihre ›Koalitionsfreiheit‹, überhaupt ihre ›Rechte‹ als warenförmiges soziales Subjekt geltend machen und durchsetzen mußte.« Das die halbfeudalen Reste bei der Ausprägung der sozialistischen Arbeiterbewegung – zumal in Deutschland – eine wichtige Rolle spielten, ist in der Geschichtswissenschaft umstritten. Aber die Koalitionsfreiheit wurde gerade deswegen verweigert, weil sie gegen die Warenförmigkeit der Arbeitskraft verstieß, so wie die feudalen Zünfte, mit denen sich die Unternehmer bei der Schaffung eines freien Arbeitsmarktes auseinandersetzen mußten. All das, was Kurz/Lohoff als Durchsetzung der Warenform der Arbeitskraft betrachten – Koalitionsfreiheit, Anerkennung des »Arbeiterinteresses«, soziale Rechte usw. –, sind in Wirklichkeit gravierende Verstöße gegen die Warenform. Neoklassiker und Liberale werden nicht müde, auf diese marktwidrige Monopolisierung der Ware Arbeitskraft zu verweisen. Ebenso ist historisch offensichtlich, daß sich Arbeitskraft spätestens seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr wie jede stinknormale Ware verhält, daß z.B. ihre Preisbewegungen keineswegs dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage unterworfen sind, sondern eine für die Kapitalisten ärgerliche »Starrheit der Löhne nach unten« auftritt. Was den Eindruck der Harmonie in der Konkurrenz, den Marx vor

allem in Hinblick auf das bürgerliche Bewußtsein kritisiert, auch in der Arbeiterklasse zu einem wirksamen Faktor mache, war also gerade nicht die Durchsetzung des Warencharakters der Arbeitskraft, sondern dessen staatliche Einschränkung. Daß trotzdem der Eindruck bestehen bleibt, der Arbeitsmarkt sei ein Markt wie jeder andere, auf den die kritische Intelligenz von Krisis auch sofort hereinfällt, liegt daran, daß der Staat sorgsam darauf achtet, daß alle Eingriffe und Regulierungen den Schein einer gewissen Marktfähigkeit wahren: soziale Absicherung wird als Sozialversicherung organisiert, Lohnregelungen werden dem kollektiven Marktverhalten als Gewerkschaft unterstellt. (Wie wichtig der Staatsmacht diese Verschleierung ist, zeigt sich auch an dem zweijährigen Eiertanz um ein Entsendegesetz für die Bauindustrie: Obwohl es seit 1952 in der Bundesrepublik ein Mindestlohngesetz gibt, nach dem der Arbeitsminister per Verordnung Mindestlöhne und -arbeitsbedingungen festlegen kann, wird ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, das nur die Frage der Allgemeinverbindlichkeit von neu auszuhandelnden Tariflöhnen klärt. Es wird also peinlich genau darauf geachtet, daß die damit betriebene Absenkung des Lohnniveaus als Resultat einer freien Vereinbarung, eines »Deals« zwischen Unternehmern und Gewerkschaften erscheint.)

Für die Krisis-Gruppe ist die Warenform, wie sie zu Beginn des ersten Bandes des »Kapitals« entwickelt wird, die elementare Grundform der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Lesart des »Kapital« ist nicht untypisch und aus dem Seminar-Marxismus der 70er Jahre bekannt. Ihr wesentlicher Fehler besteht darin, die Übergänge und Umschlagpunkte in der Analyse der Ware, die ihre wirkliche Bestimmung bei Marx erst am Ende des dritten Bandes erfährt, nicht zu bemerken. Im ersten Kapitel scheint ihnen schon alles über die Ware gesagt und mit dem dort präsentierten Warenfetisch läßt sich trefflich die ganze Welt kritisieren. Da die Reihenfolge der Darstellung - Ware, Kapital, Produktion usw. – für einen logischen Ableitungszusammenhang genommen wird (eine Form der Darstellung, mit der Marx seiner eigenen Aussage zufolge in ironisch kritischer Weise »kokettierte« – und dadurch für viel geistige Verwirrung gesorgt hat!), erscheinen die historischen und gesellschaftlichen Grundlagen der im Kapitalismus verallgemeinerten Warenproduktion als Ableitungen aus der Ware bzw. der Warenform selbst. Indem die Ware als das Bestimmende genommen wird, ist zugleich der Markt zum Ausgangspunkt geworden. Die Lesart der Krisis reproduziert auf diese Weise die neoklassische Sichtweise und bestärkt die landläufigen Vorstellungen von einer »Marktwirtschaft«.

Die Wut eines kritischen Intellektuellen wie Detlef Hartmann, der die wirkliche geschichtliche Entwicklung und die Kämpfe gegen das Kapital zu begreifen versucht, auf diese marxistische Neoklassik ist verständlich: »Sicher können wir Ausbeutung ökonomisch als Ausdruck eines warenförmigen Austauschs zwischen Kapital und Arbeitskraft und als Raub der über die notwendige Arbeit hinausgehenden Mehrarbeit beschreiben. Aber dies ist banal und

oberflächlich. Denn Grund und Dynamik der Ausbeutung liegen in der sozialen Gewalt, die die Bedingungen der Vernutzung von lebendiger Arbeit durchsetzt, ständig vertieft und in neue gesellschaftliche Dimensionen treibt. Spätestens seit Beginn der sogenannten ›zweiten‹ industriellen Revolution Mitte des letzten Jahrhunderts ist die Illusion, dies sei die Gewalt des ›Marktes‹, auf dem sich Arbeit und Kapital gegenüberstehen, als ideologischer Schein offensichtlich.« (Rassismus im Umbruch, in: Materialien für einen neuen Antimperialismus Nr. 4, S. 58) Das unübersehbare Moment der gezielten und planenden Gewalt in der Geschichte des Kapitalismus, verschwindet bei der Krisis-Gruppe hinter recht gemütlich wirkenden Fetischformen und die »hinter unserem Rücken« wirkenden Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion entpuppen sich bei genauerem Hinsehen als die »unsichtbare Hand« von Adam Smith. Nur daß diese dafür sorgt, daß sich naturwüchsig für alle der größtmögliche Reichtum ergibt, während uns jene zielsicher in die Krise des Kapitalismus führen, das Schema ist dasselbe. Historisch hat Hartmann allemal recht gegenüber solchen Darstellungen. In seiner kritischen Wut gegen diesen Marktmarxismus ignoriert er allerdings leichtfertig als »banal« das Drama der Mystifizierungen, die sich an der Markt- und Tauschförmigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen festmachen. Zum Zweck der moralischen Selbstvergewisserung über unsere Feindschaft gegen das kapitalistische System müssen alle Eindrücke von Tauschgerechtigkeit und Marktharmonie wegewischt werden. Für eine revolutionäre Theorie ist es aber ebenso wichtig, die Legitimationsformen dieser Gewaltverhältnisse zu begreifen, um Bruchpunkte in ihnen zu finden und sie angreifen zu können – und da liegt die Bedeutung der marktförmigen Mystifizierungen. (4)

Umschlag des Eigentumsgesetz der Warenproduktion in Gesetze der kapitalistischen Aneignung

3. Bis hierher ging es darum, daß wir mit der Redeweise vom Deal den Klassenkonflikt in irreführender Weise als einen marktförmigen Tauschprozeß bestimmen. Gut, könnten wir jetzt sagen, aber was die Güterproduktion betrifft, so ist der Kapitalismus doch sehr wohl eine »Marktgesellschaft«. Noch einmal zurück zum Gang der Analyse bei Marx: Er verläßt ziemlich schnell die Ebene der einfachen Warenanalyse und zeigt, daß der Verallgemeinerung der Ware das Klassen- und Kapitalverhältnis historisch und logisch vorausgesetzt ist. Damit verändert sich auch die Bedeutung der Warenform des Lohnes, aus der die Krise meint, alles Nötige über die Bedeutung des Klassenkampfs ableiten zu können. Es lohnt sich, diese Argumentation bei Marx kurz nachzuvollziehen – an ihr läßt sich die gesamte Schwäche der Marx-Rezeption bei Krise ablesen. Unter anderem hieran hat sich auch eine Abspaltung von der Krisis-Gruppe festgemacht, die zwar weiterhin wie diese auf einem erschreckend unhistorischen Niveau argumentiert, aber die »Kritik der politischen Ökonomie« etwas sorgfältiger behandelt.

Im 22. Kapitel untersucht Marx die »Verwandlung von Mehrwert in Kapital«, also die allgemeine Grundlage jeder Akkumulation. Dabei stößt er auf eine völlige Umkehrung der Eigentumsgesetze. In der einfachen Warenproduktion (die Marx nur fiktiv annimmt, die aber eine reale historische Sphäre darstellt, s.u. zu Braudel) beruht das Eigentum an einer Ware auf der eigenen Arbeit. Der Schuster verkauft die Schuhe, die er selber produziert hat. Bei dem einzelnen Austausch zwischen Kapitalist und Arbeiter, bei dem sich vorgeschossenes Kapital in Geldform gegen die Ware Arbeitskraft austauscht, ist noch alles in Ordnung. Der Arbeiter erhält die Reproduktionskosten seiner Arbeitskraft. Gehen wir von einem fiktiven Beginn des Kapitalismus aus, so beruht auch das Kapital des Unternehmers auf eigener Arbeit (oder Ererbten, wie es die Legende will). Es findet also Austausch zwischen Gleichen statt. Selbst der Mehrwert, den der Kapitalist dadurch schöpft, daß das Produkt mehr hinzugefügte lebendige Arbeit enthält, als er dem Arbeiter im Lohn gezahlt hat, führt zu keiner wesentlichen Veränderung in der gesellschaftlichen Dynamik, solange er diesen einfach konsumiert. Beim nächsten Tauschakt würden sich beide wieder als Eigentümer von Waren gegenüberstehen, die sie aufgrund ihrer eigenen Arbeit besitzen. Eine wesentliche Änderung tritt ein, sobald Akkumulation stattfindet. Die im Produktionsprozeß vom Kapitalisten angeeignete fremde Arbeit wird als neues Kapital vorgeschossen, um sich mehr fremde Arbeit anzueignen. »*Eigentum an vergangener unbezahlter Arbeit erscheint jetzt als die einzige Bedingung für gegenwärtige Aneignung lebendiger unbezahlter Arbeit in stets wachsendem Umfang.*« (609) Damit findet das statt, was Marx als »*Umschlag des Eigentumsgesetz der Warenproduktion in Gesetze der kapitalistischen Aneignung*« bezeichnet. Es handelt sich dabei nicht um ein historisches Umschlagen, da es eine Gesellschaft der einfachen Warenproduktion nie gegeben hat und die Ware selber erst da zur Elementarform des Reichtums wird, wo schon kapitalistisch produziert wird. Marx meint einen logischen Umschlag in Bezug auf den Schein der »Marktgesellschaft«, alles Eigentum beruhe auf eigener Arbeit. »*Der Austausch von Äquivalenten, der als die ursprüngliche Operation erschien, hat sich so gedreht, daß nur zum Schein ausgetauscht wird, indem erstens der gegen Arbeitskraft ausgetauschte Kapitalteil selbst nur ein Teil des ohne Äquivalent angeeigneten fremden Arbeitsprodukts ist und zweitens von seinem Produzenten, dem Arbeiter, nicht nur ersetzt, sondern mit neuem Surplus ersetzt werden muß. Das Verhältnis des Austauschs zwischen Kapitalist und Arbeiter wird also nur ein dem Zirkulationsprozeß angehöriger Schein, bloße Form, die dem Inhalt selbst fremd ist und ihn nur mystifiziert. Der Inhalt ist, daß der Kapitalist einen Teil der bereits vergegenständlichten fremden Arbeit, die er sich unaufhörlich ohne Äquivalent aneignet, stets wieder gegen größeres Quantum lebendiger fremder Arbeit umsetzt.*« (609)

Zwei Punkte sind hier hervorzuheben, ein methodischer und ein inhaltlicher:
a) Jeder Tauschakt Arbeitskraft-Lohn für sich genommen gehorcht nach wie

vor den Gesetzen des gerechten Austauschs gleicher Werte. Das Umschlagen in sein Gegenteil, beständige Aneignung fremder Arbeit durch zuvor angeeignete fremde Arbeit, wird erst in der *dynamischen Analyse*, in der Betrachtung des Kapitalverhältnis als Prozeß sichtbar. Da es ganz offensichtlich zum Wesen des Kapitals gehört, prozeßhaft zu sein, ständig zu akkumulieren, sich auszuweiten, scheint diese Feststellung banal. Aber gerade zu dieser dynamischen Analyse dringt weder die Neoklassik noch die kurzsche Warenkritik vor, weshalb sie weiterhin den Märkten bzw. der Warenform eine Bedeutung zumessen, die sie höchstens in einem fiktiven statischen Zustand haben könnten.

In der Betonung der dynamischen Analyse, der Auffassung der gesellschaftlichen Bestimmtheiten nicht als Ding, fixes Subjekt oder Struktur, sondern als Prozeß und Geschehen, liegt die Bedeutung des Wirtschaftswissenschaftlers Joseph Schumpeter. Es ist daher kein Zufall, daß sich alle – von Wallerstein bis Hartmann und Bellofiore –, denen es um die tatsächlichen historischen Tendenzen des Kapitalismus geht, auf ihn beziehen. In vielen Punkten hat er – politisch auf der entgegengesetzten Seite stehend – Marx sehr viel besser verstanden als ganze Schulen von »Marxismen«: »Als wesentlicher Punkt ist festzuhalten, daß wir uns bei der Behandlung des Kapitalismus mit einem Entwicklungsprozeß befassen. Es mag merkwürdig scheinen, daß ein so offensichtlicher Sachverhalt, der zudem schon längst von Karl Marx hervorgehoben worden war, überhaupt übersehen werden kann. Und doch wird er von jener fragmentarischen Analyse, die den Großteil unserer Behauptungen über das Funktionieren des modernen Kapitalismus liefert, beharrlich vernachlässigt.« Bei diesem Entwicklungsprozeß handele es sich nicht um eine bloß quantitative Zunahme, eine Anhäufung von Kapital, wie es in der linken Diskussion um Akkumulation oft verstanden wird. »Der Kapitalismus ist also von Natur aus eine Form oder Methode der ökonomischen Veränderung und ist nicht nur nie stationär, sondern kann es auch nie sein. Dieser evolutionäre Charakter des kapitalistischen Prozesses ist nicht einfach der Tatsache zuzuschreiben, daß das Wirtschaftsleben in einem gesellschaftlichen und natürlichen Milieu vor sich geht, daß sich verändert und durch seine Veränderung die Daten der wirtschaftlichen Tätigkeit ändert (...). Auch ist dieser evolutionäre Charakter nicht einer quasi-automatischen Bevölkerungs- und Kapitalzunahme oder den Launen des Geldsystems zuzuschreiben (...). Der fundamentale Antrieb, der die kapitalistische Maschine in Bewegung setzt und hält, kommt von den neuen Konsumgütern, den neuen Produktions- oder Transportmethoden, den neuen Märkten, den neuen Formen der industriellen Organisation, welche die kapitalistische Unternehmung schafft. (...) Die Eröffnung neuer, fremder oder einheimischer Märkte und die organisatorische Entwicklung vom Handwerksbetrieb und der Fabrik zu solchen Konzernen wie dem U.S.-Steel illustrieren den gleichen Prozeß einer industriellen Mutation (...), der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur von innen heraus revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft. Dieser Prozeß der ›schöpferischen Zerstörung‹ ist das für

den Kapitalismus wesentliche Faktum. Darin besteht der Kapitalismus und darin muß auch jedes kapitalistische Gebilde leben.« (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 136f.)

In diese Richtung zielt auch die Kritik von John Holloway an der verdinglichten Betrachtungsweise des Kapitals, allerdings in revolutionärer Absicht. Während Schumpeter aus seiner Analyse zu einer pessimistischen Prognose für die Zukunft des Kapitalismus gelangt, will Holloway zeigen, daß wir uns mit einer verdinglichten Betrachtungsweise des Kapitals in einer politisch-revolutionären Praxis selber im Wege stehen: »Wenn wir jedoch nicht die Herrschaft und Reproduktion des Kapitals verstehen wollen, sondern seine Verletzlichkeit und Brüche, wenn, mit anderen Worten, wir nicht verstehen wollen, wie der Kapitalismus funktioniert, sondern wie er zerstört werden kann, dann müssen wir die Dinglichkeit des Kapitals aufknacken, seine Tatsächlichkeit aufbrechen, die Illusion zerbrechen, ›das Kapital ist, das Kapital bewegt sich, das Kapital herrscht, so ist das halt‹. Das ist der Grund, warum Marx einen so großen Teil seines Lebens damit verbrachte, zu beweisen, daß das Kapital kein Ding ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, ein gesellschaftliches Verhältnis, das in der fetischisierten Form eines Dings existiert.« (Zirkular Nr. 19, S. 48). Was bei Schumpeter die ununterbrochene schöpferische Zerstörung ist, faßt Holloway als die endlose Flucht des Kapitals vor der Aufsässigkeit der Mehrwertproduzenten, von denen es abhängt.

Erst eine dynamische historische Analyse ermöglicht auch die Untersuchung dessen, was wir Arbeiterklasse nennen, statt sie nur dogmatisch zu behaupten. Als Ding oder fixes Subjekt, das dies oder jenes tut, mal kämpft, mal Deals abschließt usw., ist sie nicht zu fassen. Arbeiterklasse ist die andere Seite, der innere Widerspruch der Dynamik, die Kapital genannt wird. In Ableitungszusammenhängen zwischen Kategorien oder als statisches soziologisches Subjekt existiert sie wirklich nicht.

»Soziologen, die die Zeitmaschine angehalten haben und – unter beträchtlichem Aufwand an begrifflichem Geächze und Gestöhne – in den Motorraum hinabgestiegen sind, erzählen uns, daß sie nicht in der Lage waren, irgendwo eine Klasse zu lokalisieren oder zu klassifizieren. Sie können nur eine Vielzahl von Menschen mit verschiedenen Beschäftigungen, Einkommen, Status-Hierarchien und was es sonst so gibt, finden. Sie haben natürlich recht, ›Klasse‹ ist ja nicht dieser oder jener Teil der Maschine, sondern die Art und Weise, wie die Maschine funktioniert, wenn sie einmal in Gang gesetzt ist – nicht dieses und jenes Interesse, sondern die Reibung von Interessen – die Bewegung selbst, die Hitze, das donnernde Getöse. Eine Klasse ist eine soziale und kulturelle Formation (oft mit institutionellem Ausdruck), die nicht abstrakt oder isoliert definiert werden kann, sondern nur über die Beziehung zu anderen Klassen; und im Grunde kann diese Definition nur im Medium der Zeit vorgenommen werden – Aktion und Reaktion, Veränderung und Kampf. Wenn wir von einer Klasse sprechen, dann denken wir an einen sehr lose definierten Zusammenhang von Menschen, die dieselbe

Anhäufung aus Interessen, sozialen Erfahrungen, Traditionen und Wertsystemen teilen, die dazu neigen, wie eine Klasse zu handeln, sich selbst in ihren Handlungen und ihrem Bewußtsein im Verhältnis zu anderen Gruppen klassenmäßig zu bestimmen. Aber Klasse selbst ist kein Ding, sondern ein Geschehen.“ (E.P.Thompson)

Die Brisanz des Vorschlags von K.H.Roth, seiner These von der neuen »Proletarität«, liegt darin, daß sie in einem solchen dynamischen Sinne an die Klassenverhältnisse herangeht – auch wenn er dies nicht explizit sagt oder es hinter einer gewissen (Fremd-) Wortgewaltigkeit verborgen bleibt. Der heftige Streit um seine Behauptung einer »Nivellierung« in den Klassenverhältnissen hat viel damit zu tun, daß seine Kritiker diese Behauptung auf eine verdinglichte, statische Vorstellung von Arbeiterklasse beziehen (und dann kann man immer nur eine Vielzahl von Unterschieden finden), während es ihm um die Vereinheitlichung in einer Dynamik, in einem Prozeß geht, der selber das ausmacht, was wir Klasse nennen. (5)

b) Der zweite, inhaltlich wichtige Punkt bei diesem Umschlagen der Eigentumsgesetze der Warenproduktion in Gesetze der Aneignung fremder Arbeit betrifft das Verhältnis von Produktion und Markt, von Planung und Konkurrenz. Getauscht, sagt Marx, wird nur noch zum Schein, der wesentliche Vorgang, der durch diesen Schein nur verdeckt wird, ist die Produktion des Mehrwerts. Die Dynamik dieser Mehrwertproduktion nennen wir Akkumulation, also Mehrwertproduktion mittels Mehrwert (statt der »Warenproduktion mittels Waren« eines Sraffa!). Dadurch verändert sich auch die Logik des Tauschens fundamental – bis in die quantitativen Austauschverhältnisse hinein. Zu Beginn der Analyse im »Kapital« ging Marx als Konsequenz der Warenanalyse und der Wertbestimmung durch Arbeit davon aus, daß Waren im Verhältnis zu den in ihnen enthaltenen Arbeitsmengen getauscht werden. Die kapitalistisch produzierten Waren, bei denen es um den in ihnen enthaltenen Mehrwert geht, tauschen sich in einem völlig anderen Verhältnis, nämlich im Verhältnis des zu ihrer Produktion benötigten Kapitals. »*Die ganze Schwierigkeit kommt dadurch hinein, daß die Waren nicht einfach als Waren ausgetauscht werden, sondern als Produkt von Kapitalen, die im Verhältnis zu ihrer Größe, oder bei gleicher Größe, gleiche Teilnahme an der Gesamtmasse des Mehrwerts beanspruchen.*« (Das Kapital III, 184 – dieser Punkt führt auch in Kapitalschulungen immer wieder zu Überraschung und Verwirrung, da bei der Lektüre des ersten Bandes die Analyse der Ware als abgeschlossen gilt und dann auf einmal alles ganz anders sein soll, als es zuvor gelehrt wurde!) In der Analyse der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate zeigt sich, wie die Konkurrenz, die scheinbare Feindseligkeit der Kapitalisten untereinander auf dem Markt, nur den gesellschaftlichen Charakter der Produktion zur Geltung bringt. Das Kapital kommt verrückterweise gerade durch diese konkurrenzhaften Ausgleichsbewegung zur Durchschnittsprofitrate »zum Bewußtsein als eine gesellschaftliche Macht« (Marx). Nicht mehr die Warenform und der Markt ist der Ausgangspunkt, sondern die gesellschaftliche Macht über

die Mehrwertproduzenten im Produktionsprozeß, die durch die Warenform nur vermittelt wird.

Die Dynamik, die historische Entwicklung des Kapitalismus, ist daher aus dem Marktgeschehen nicht zu verstehen. Die neoklassische Theorie und ihre Wiederholung in der »marxistischen Kritik der Ware« geht von den Märkten, der Warenform der Produkte, als regulierenden und bestimmenden Ausgangspunkten aus. Die Produktion paßt sich den Märkten an, es wird für einen vorhandenen Bedarf produziert, alles wird in Ware verwandelt usw.. Die Theorie der »flexiblen Spezialisierung« von Piore/Sabel oder die Betonung der »Kundenorientierung« in Gruppenarbeitskonzepten stärken diese Vorstellungen – und zeigen, wie notwendig die Auseinandersetzung mit ihnen ist. (6)

Die Betrachtung der Märkte geht an dem entscheidenden Punkt vorbei: die kapitalistische Dynamik innerhalb der Mehrwertproduktion schafft völlig neue Dinge und neue Produktionsverfahren, und revolutioniert von dort aus die Organisation der Produktion und der gesellschaftlichen Beziehungen. In welchem Maße und wie für die Vermittlung dieser Beziehungen Märkte und Tauschvorgänge eine Rolle spielen, bzw. als tauschförmige dargestellt werden, wird dabei durch die Organisation der Mehrwertproduktion bestimmt – wobei Organisation alles einschließt, vom Kommando des Kapitals innerhalb der Produktion bis zur Ausübung seiner gesellschaftlichen Macht als Staat und Nationalstaat. In einem vor kurzem erschienen Buch, das den »Mythos der Marktwirtschaft« in einer gründlichen Auseinandersetzung mit der ganzen Theoriegeschichte der Ökonomie demontiert, wird die Wichtigkeit des von Marx gewählten Ausgangspunkts betont: »Außer Marx hat kein anderer Ökonom in der Geschichte des ökonomischen Denkens die Schlüsselfragen der Beziehung zwischen Arbeit und Management auf der Produktionsebene – insbesondere die arbeitssparenden technologischen Veränderungen und das Problem der Herausbildung von Arbeit – ins Zentrum einer mikroökonomischen Theorie der Produktion und der Einkommensverteilung gerückt. In der Analyse der kapitalistischen Ökonomie war Marx zudem ein Pionier in der historischen Analyse der dynamischen Wechselwirkung zwischen Organisation und Technologie – was er als Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte bezeichnete – als den Motor des ökonomischen Wachstums.« (William Lazonick, *Business Organization and the Myth of the Market Economy*, 1991, S. 270) Lazonick, ein Wirtschaftswissenschaftler und -historiker aus der Schule der »Radicals«, nimmt Marx als Historiker ernst, der nicht in einem dialektischen Denkprozeß, sondern durch die Analyse der tatsächlichen historischen Entwicklung zu seinen Aussagen über den Kapitalismus kommt. Gerade indem er durch eigene historische Analysen historische Irrtümer bei Marx aufdeckte (z.B. zu den Einhegungen oder zur »self-acting mule« und Marx Überbetonung der Technologie, siehe den Hinweis in »Klassenkampf-Krise-Kommunismus?« in Zirkular Nr. 1), stieß er darauf, daß Marx' Betonung der *Organisation* der Ausbeutung gegenüber dem Marktgeschehen der entscheidende Schlüssel zum Verständnis der Geschichte war.

Markt und Plan (-staat)

4. Aufgrund der Übermacht der Mark tideologie und des Geredes vom »Neoliberalismus« in der heutigen Zeit, geht es vorrangig darum, den »Mythos der Marktwirtschaft« anzugreifen, wie Lazonick oder auch Bellofiore es tun. In den 60er und 70er Jahren dieses Jahrhunderts stand die Linke vor dem umgekehrten Problem. Da der Kapitalismus sich offensichtlich mehr und mehr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Planungsinstrumente bediente und dies offen verkündete (siehe dazu die beiden von Bellofiore herausgearbeiteten Halbzeiten im Plan-Markt-Match!), befand sich die Linke in einem dramatischen Dilemma. In den Sozialismusvorstellungen der II. und III. Internationale war Planung immer der (linke) Gegensatz gegen den (rechten) Markt gewesen. Nun schien aber der Kapitalismus selber die Entwicklung zu planen, also die Kernsubstanz des sozialistischen Ideals zu verwirklichen – zur Absicherung der Ausbeutung! Die Linke hatte den Kapitalismus wegen seiner Anarchie auf dem Markt, dem blinden Wirken der ökonomischen Naturgesetze in der Konkurrenz und deren krisenhaften Folgen kritisiert. Die rationelle Planung in der Fabrik war dagegen der durch den Kapitalismus hervorgebrachte Anknüpfungspunkt für eine geplante sozialistische Gesellschaft. Die von den Kapitalisten selber nicht durchschaubare Anarchie auf dem Markt galt als der historische Garant dafür, daß sich aus krisenhaften Prozessen Kämpfe der Arbeiterklasse und schließlich eine revolutionäre Situation ergeben würden. Die Planungsfähigkeit des Kapitalismus mußte daher Theoretiker wie Paul Mattick in einen tiefen Pessimismus stürzen, denn nun konnten Staat und Unternehmer ökonomische Krisen und damit das Auftreten revolutionärer Situationen verhindern. (Die von der »Autonomie/NF« behauptete Unmöglichkeit der Revolution aufgrund der vollständigen Unterwerfung der Arbeiterklasse unter das geplante kapitalistische Kommando nicht nur in der Produktion, sondern auch im Reproduktionsbereich, basiert auf einem ähnlichen Gedankengang wie Matticks Pessimismus.) Dieses Dilemma, in das sich die Linke mit ihren Gleichsetzungen von Sozialismus-Plan und Kapitalismus-Markt hineingeritten hatte, das die Radikalen deprimierte und den kommunistischen Parteien einen theoretisch glaubwürdigen Übergang zur reformistischen Beteiligung an den Staatsgeschäften erlaubte, war ein wichtiger Ausgangspunkt für die operaistische Kritik Anfang der 60er Jahre. *»Da das Kapital durch die allgemeine Planung die mystifizierte Grundform des Mehrwertgesetzes unmittelbar von der Fabrik auf die ganze Gesellschaft ausweitet, scheint jetzt wirklich jede Spur des Ursprungs und der Wurzel des kapitalistischen Prozesses zu verschwinden. Die Industrie nimmt das Finanzkapital wieder in sich auf und projiziert die spezifische Form, die die Abpressung des Mehrwerts in ihr annimmt, auf gesellschaftliche Ebene: als ‚neutrale‘ Entwicklung der Produktivkräfte, als Rationalität, als Plan. Damit wird der apologetischen Ökonomie ihre Aufgabe sehr erleichtert.«* (Raniero Panzieri, *Mehrwert und Planung*, 1964, nachgedruckt in *Thekla 7*) Sie stellen die scheinbare Neutralität und Rationalität von kapitalistischer Maschinerie, Organisation und

Planung in Frage (»Despotismus der Rationalität«), lenken den Blick weg von der Anarchie des Marktes auf den geplanten und organisierten Prozeß der Abpressung von lebendiger Arbeit in der Fabrik als dem eigentlichen Skandal und der wesentlichen Irrationalität des Kapitalismus. Die Ausweitung der Planung auf die gesamte Gesellschaft (»Fabrikgesellschaft«) steht dann nicht im Gegensatz zur kapitalistischen Marktgesellschaft, sondern ist eine Weiterentwicklung der historischen Tendenz des Kapitalismus, die auch Marx schon in der Herausbildung des Kreditwesens und des Aktienkapitals erkannt habe. Indem der »Marxismus« dies nicht sieht, sondern weiterhin Planung mit Sozialismus gleichsetzt, wird er selber zum »apologetischen Denken« (Panzieri). Um in dieser historischen Phase die lähmende und apologetische Rolle des Parteimarkismus bekämpfen zu können, muß Panzieri schon aus taktischen Gründen seine Argumentation sehr eng an den Texten von Marx entwickeln. Aber es ist nicht nur Taktik; indem er in Abgrenzung zu Lenin die Marx'sche Analyse des unmittelbaren Produktionsprozesses, der Rolle der Kapitalzentralisation im Akkumulationsprozeß und schließlich der Entwicklung des Kreditwesens als einen ersten Ansatzpunkt der kapitalistischen Planung in der gesellschaftlichen nachzeichnet, zeigt sich, »daß die Beziehungen zwischen dem Bereich der unmittelbaren Produktion und dem Bereich der Zirkulation sehr viel enger sind, als es anhand der Analyse des Verhältnisses zwischen unmittelbarer Produktion und Konkurrenz den Anschein hatte«, und daß »der historische Charakter des Produktionsprozesses unmittelbar Vorrang vor den Formen des von ihm abhängigen Zirkulationsprozesses hat« (ebd.). (7)

Diese Kritik am traditionellen Marxismus und seiner Konzentration auf die Anarchie der Märkte ist von zentraler Bedeutung für die Wende, die der operaistische Diskurs einleitet. Die Verhältnisse im unmittelbaren Produktionsprozeß kommen wieder in den Blick und werden zum zentralen Ansatzpunkt der politischen Initiative: »Im Fabriksystem besteht der anarchische Aspekt der kapitalistischen Produktion einzig in der Insubordination der Arbeiterklasse, in ihrer Ablehnung der 'despotischen Rationalität'.« (Panzieri) Ange-sichts des Erstarkens von Marktideologie, dem Schlagwort vom »Neoliberalismus«, der Einordnung der französischen Streikbewegung als eine »Revolte gegen das Europa der Märkte« usw. bekommt der Text von Panzieri eine neue Aktualität. Er kann davor bewahren, auf die neoliberalistische Schimäre mit einer Neuauflage des orthodoxen Marxismus und seiner politischen Pla-nstaatskonzepte zu reagieren, und er zeigt, wie wichtig eine genauere Analyse der Organisiertheit der kapitalistischen Politik z.B. in Form des internationalen Kreditwesens wäre. (8)

Gegen den Parteimarkismus führt Panzieri Marx ins Feld, indem er zeigt, daß es bei ihm kein geschlossenes Schema von Marktanarchie contra geplanter Produktions gibt. Aber er ist souverän genug, um auf die eigentümliche Zweideutigkeit bei Marx hinzuweisen. Einerseits betone er den despotischen und zutiefst kapitalistischen Charakter der Planung, andererseits er-gebe sich aus der »Betonung des Aspektes der gesellschaftlichen Anarchie

als charakteristisches Merkmal des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion vor allem im ersten Band des »Kapital« doch wieder die Perspektive »den Plan als solchen als grundlegenden Wert des Sozialismus zu übernehmen«. Er betont, daß wir uns dieser Zweideutigkeit bewußt sein müssen, und daß daher die »Perspektive des Sozialismus« nicht in klarer Weise aus Marx herausgelesen werden kann. Was die theoretischen Aussagen betrifft, bleibt er allerdings bei der irreführenden historischen Einordnung des von Marx analysierten Kapitalismus als »Epoche der Konkurrenz« und gewisses »Stadium« in der Entwicklung, wie sie sich auch im traditionellen Marxismus findet. Allerdings dreht er dessen Auffassung um: während dort der organisierte und monopolistische Kapitalismus, der erst nach Marx die historische Bühne betreten habe, als Abweichung vom reinen und voll ausgebildeten Kapitalismus und damit als letztes Stadium eines »faulenden« Kapitalismus verstanden wird, sieht Panzieri in der zunehmenden Organisiertheit gerade die Weiterentwicklung und Durchsetzung der despotischen Rationalität der Mehrwertabpressung.

Die Vorstellung einer Epoche des Konkurrenzkapitalismus muß aber historisch in Frage gestellt werden, womit sich auch die theoretischen Probleme in einem neuen Licht zeigen. Polanyi hat gezeigt, daß es in der Geschichte keine den Märkten selber innwohnende Tendenz gibt, sich auszuweiten, daß die Ausweitung von Märkten nur durch gezielte und gewaltsame Eingriffe zustandekam. Weil von der liberalistischen Ideologie die Ausweitung der Märkte als »die natürliche Konsequenz eines allgemeinen Gesetzes des Fortschritts« dargestellt wurde, seien »das wahre Wesen und die Ursprünge des Handels, der Märkte, des städtischen Lebens und der Nationalstaaten fast bis zur Unkenntlichkeit verzerrt« worden (365). Dies ließe sich noch als Problem der Durchsetzung des Kapitalismus in Kinderschuhen fassen, wie es bei Marx einige Male heißt. Aber auch der »reife« Kapitalismus, den Marx vor Augen hatte, der englische Liberalismus, war keine »Marktwirtschaft«. Sein Setzen auf die Karte der freien Konkurrenz muß umgekehrt verstanden werden aus der besonderen historischen Stellung des britischen Empires und der innerenglischen Struktur der Produktion (s.u.). Allgemein ist herauszuarbeiten, daß Märkte immer schon die Existenz und regelnde Gewalt von Staaten voraussetzen, die mehr oder weniger mit dem organisierten Kapital verbunden sein können. Daher ist auch der Weltmarkt keine selbständige Kraft, die sich über den Nationalstaaten erhebt und ihnen etwas Fremdes aufzwingt, wie es in der aktuellen Debatte um »Globalisierung« dargestellt wird. Indem Maße, wie er sich entwickelt, entsteht eine allseitige Abhängigkeit, die nur die ökonomisch isoliert gefaßte Seite der Abhängigkeit ist, die nach der politischen Seite hin im globalen Staatensystem existiert. Wie Wallerstein herausarbeitet, ist der Prozeß des Kapitals von Beginn an ein globaler und fällt zusammen mit der Entwicklung des Staatensystems.

Der historische Mythos des Laissez-faire-Kapitalismus

5. Der Begriff »Neoliberalismus«, der heute in aller Munde ist (von der EZLN immerhin in einem kritischen Sinne, der nur zu leicht überlesen wird: »In ›Neoliberalismus‹ hat sich das historische Verbrechen der Privilegien, Reichtümer und Straffreiheiten umbenannt...«), knüpft an die Vorstellung eines historischen laissez-faire-Kapitalismus an. In der Einleitung zu »Mythos der Marktwirtschaft« skizziert Lazonick die historischen Grundlagen der Vorstellung von Adam Smith's »unsichtbarer Hand«. Da dieses liberalistische Kredo immer noch allen neoklassischen Gleichgewichtsvorstellungen zugrundeliegt und auch hinter den vulgärmarxistischen Auffassungen von den »hinter unsern Rücken vor sich gehenden Bewegungen« oder »stummen Zwängen der ökonomischen Verhältnisse« steckt, will ich dessen Demontage durch Lazonick hier ausführlicher (in Übersetzung) anführen. Diese Skizze lädt dazu ein, in der aktuellen linken Diskussion um »Globalisierung« und »Standortkonkurrenz« die theoretischen Voraussetzungen des »Neoliberalismus« genauer zu hinterfragen.

»Adam Smith ging bei seiner Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung von dem Diktum aus, daß die Teilung der Arbeit begrenzt ist durch die Ausdehnung des Marktes. Je größer die Nachfrage, die einer Firma, einer Industrie oder einer nationalen Ökonomie gegenübersteht, um so mehr kann diese eine spezialisierte Arbeitsteilung ausweiten. Und für Smith sind die Produktivkräfte der Arbeit um so größer, je spezialisierter die Arbeitsteilung ist.

Smith behauptet nicht, daß die spezialisierte Teilung der Arbeit selbst durch den Markt koordiniert werden muß. Bei seinem Beispiel der Nadelmanufaktur ist es der Kapitalist und nicht der Markt, der koordiniert. Das Argument von Smith für den laissez-faire richtet sich vielmehr gegen die gesetzlichen Einschränkungen für das Kapital, sich dorthin zu bewegen, wo der größte Gewinn erwartet wird, d.h. dorthin, wo der größte Umfang (scope) einer spezialisierten Arbeitsteilung möglich ist. Würden diese Barrieren niedrigerissen, so würde die unsichtbare Hand dafür sorgen, daß sich das Kapital in die Bereiche begibt, wo die Arbeitsteilung am weitesten getrieben werden kann.

Durch diese Argumente schlägt Smith institutionelle Veränderungen vor. Im britischen Kontext der 1770er Jahre bestand der politische Zweck von »Wealth of Nations« [erschien 1776] darin, die mercantilistischen Institutionen anzugreifen, die die britische Wirtschaft in den letzten 200 Jahren eingerichtet hatte. Aber bei seinem Vorschlag institutioneller Veränderungen fehlte Smith eine dynamische historische Analyse. Bei seinem Anschlag auf diese Institutionen hätte sich Smith fragen sollen, warum sich der Britannien zur Verfügung stehende Umfang des Weltmarktes im späten 18. Jahrhundert in einer so einmaligen Weise unter britischer Kontrolle befand. Wenn Smith diese »große Frage« gestellt hätte, wäre er möglicherweise gezwungen gewesen, eben die mercantilistischen Institutionen für das britische Ausmaß des Weltmarktes verantwortlich zu machen, die er angrißt.

Insbesondere hätte Smith die Bedeutung der joint-stock trading companies wie der East India Company und der Royal Africa Company, gechartert

von der britischen Monarchy, für die Öffnung neuer Märkte auf der ganzen Welt für britische Güter, vor allem Garn- und Kleidungsexporte bemerkte. Diese Gesellschaften wurden selbst wiederum, mit ihren überseeischen Organisationen und ihren bewaffneten Handelsflotten, zum Bollwerk für Britanniens internationale politische und militärische Macht.

Smith hätte dann erwähnt, wie Britanniens seine politische Macht dazu nutzte, das Wachstum der Textilindustrie in Portugal und Irland zu ersticken, sodaß der Umfang des Marktes dieser Handelswaren durch britische Manufakturbetreiber bedient werden konnte. Er hätte vielleicht auch hervorgehoben, wie Britanniens siegreichen Kriege gegen die Spanier im 16. Jh., gegen die Holländer im 17. Jh. und gegen die Franzosen im 18. Jh. dazu beitrugen, daß die britischen Schiffe ihren Handel, wo und wann es ihnen beliebte, betreiben konnten. Smith hätte zugestanden, daß Britanniens wachsender Umfang des Marktes sei dem späten 17. Jh. auf ihrer sowohl diplomatisch wie militärisch ausgeübten nationalen Macht beruhte, die Navigation Laws einzuführen und zu stützen. Diese Gesetze, die bis weit ins 19. Jh. hinein andauerten, sicherten Britanniens Position als Umschlaghafen der Welt und schützten die britischen Manufakturen wirksam vor ausländischer Konkurrenz auf dem Heimatmarkt. Kurzgesagt, Smith hätte vielleicht die integrale Beziehung zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht beim Aufstieg Britanniens zur internationalen Vorherrschaft erkannt.

Mit seiner Konzentration auf die Arbeitsteilung als Quelle der wirtschaftlichen Entwicklung vereinfachte er auch die Transformation, die die britische Industrie in die Lage versetzte, den wachsenden Umfang des Marktes zu bedienen. Die Geschichte zeigt, daß die britische Antwort auf der Angebotsseite nicht einfach eine stärker spezialisierte Teilung der Arbeit war, wie sie von Smith in seinem Beispiel der Nadelmanufaktur ausgemalt wurde. Grundlegender war, daß diese Antwort eine Reorganisation der Art und Weise, in der produktive Arbeit sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie ausgeübt wurde, enthielt.

*In der Landwirtschaft schuf die Entstehung und das Wachstum von Marktgelegenheiten für den Verkauf von Wolle und Korn – Gelegenheiten, die durch mercantilistische Unternehmungen mit Unterstützung der Staatsmacht eröffnet wurden – Anreize, die Nutzung von Land von traditionellem Subsistenzanbau zu Anbau dieser handelbaren Güter umzuwidmen (*to reallocate*). Die Reorganisation des landwirtschaftlichen Bodens, die seit dem 17. Jh. in Britanniens als das, was als Enclosurebewegung (Einhegungen) bekannt wurde, voranschritt, untergrub zwangsläufig die Lebensfähigkeit der traditionellen bäuerlichen Landwirtschaft. Während die enclosure Bewegung es auf der einen Seite der Britischen Landwirtschaft erlaubte, neue Gelegenheiten des kommerziellen Anbaus zu nutzen, schuf sie auf der anderen Seite eine beträchtliche Arbeitskraft enterbter Bauern mit nur noch schwacher Anbindung an das Land. Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wandten sich viele dieser Bauern der »Haus-Industrie« zu – der Produktion von Gütern in ihren Häusern (cottages). Der bedeutendste Zweig der Hausindustrie waren Texti-*

lien – zuerst wollene unter Benutzung des einheimischen Rohstoffs, aber seit dem 18. Jh. zunehmend solche aus Baumwolle, wobei der Rohstoff über die dritte Seite des Dreieckhandels mit Afrika und den Amerikanern nach Britannien importiert wurde.

Es war die Expansion der Hausindustrie im 18. Jahrhundert, während der das Kapital zu den Arbeitern auf dem englischen Land floß, die die Basis für die britische Industrielle Revolution schuf. Das Auftauchen arbeitsparender Maschinentechnologien in den späteren Dekaden des 18. Jh. transformierte die produktiven Potentiale der Textilmanufaktur. Zunehmend wurden die Technologien in Fabriken angesiedelt, aber während der Industriellen Revolution expandierte die auf Handweberei beruhende Hausindustrie, in der die Produkte des auf mechanisierter Spinnerei beruhenden Fabriksystems weiterverarbeitet wurden. Schließlich, im Verlaufe des 19. Jahrhunderts und mit der zunehmenden Exportorientierung der Textilindustrie, verdrängte die Mechanisierung die Handarbeit und die Fabrik ersetzte das Familienheim als die vorherrschende Produktionsstätte.

Der Aufstieg der Fabrik bedeutete eine dramatische Änderung in der Art und Weise, in der die Arbeiter ihren Lebensunterhalt zu verdienen versuchten. Aber selbst mit dieser stärker kollektivierten Produktionsweise blieb der Besitz und das Management der Firmen unter der Kontrolle von individuellen Eigentümern oder engen Partnerschaften. Wie ich in Kapitel 1 zeigen werde, verfügten die kapitalistischen Unternehmer – einmal abgesehen von den wohlbekannten Unternehmerfiguren der frühen industriellen Revolution wie Arkwright und Peel –, die die britischen Fabriken des 19. Jh. betrieben, im allgemeinen über recht beschränkte Managerfähigkeiten und begrenztes finanzielles Kapital. Daher wählten sie in der Regel für ihre Unternehmungen eine eng spezialisierte Branche der Industrie und einen geographischen Ort, der bereits über ein reichhaltiges Angebot der Schlüsselressourcen verfügte, insbesondere gelernte Arbeiter (die Hinterlassenschaft der früher vorherrschenden Hausindustrie), die unzuverlässige Maschinen in Betrieb halten und den Materialfluß in den Abteilungen sicherstellen konnten. Die vertikale Spezialisierung und industrielle Lokalisierung führte zu einer horizontalen Fragmentierung. Als Ergebnis davon entwickelten sich innerhalb der britischen Hauptindustrien Strukturen der industriellen Organisation, bei denen die Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten durch den Markt eine vorherrschende Rolle spielte.

Das Auftauchens dieser stark individualistischen Strukturen der industriellen Organisation im 19. Jahrhundert war es, was der Idee einer effektiven Steuerung der Wirtschaft durch eine »unsichtbare Hand« ihre Plausibilität verlieh. Aufgrund der Vorteile im internationalem Wettbewerb, die die Britische Industrie durch die Industrielle Revolution erreicht hatte, konnte sie die ungehinderten Marktkräfte auch für die internationale Ökonomie als ganze empfehlen. Da sie sich durch ihre Vorteile der ausländischen Konkurrenz auf den heimischen Märkten gewachsen sah, drängte sie andere Ökonomien, ihre Grenzen für die britische Waren zu öffnen.“ (S. 2-5)

Die Analyse von Lazonick kritisiert nicht nur die Vorstellung eines reinen »Konkurrenzkapitalismus«, sie zeigt auch, wie sich die bestimmte – von Smith und Marx geteilte – Auffassung von der großen Rolle der freien Konkurrenz aus einer historisch spezifischen Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ergibt, die sich mit dem Siegeszug der us-amerikanischen und deutschen Unternehmen radikal ändern sollte.

Märkte und Monopole – die politische Ambivalenz des Marktes

6. Die Bestimmung des Kapitalismus als »Marktgesellschaft« erfolgte üblicherweise nicht nur in Abgrenzung zum Sozialismus, sondern historisch auch als Unterscheidungsmerkmal zum Feudalismus. In zwei Aufsätzen diskutiert Immanuel Wallerstein historische Befunde von Fernand Braudel, die auch diese Debatte »auf den Kopf« stellen (»Kapitalismus: Ein Feind des Marktes?« und »Braudel über den Kapitalismus oder ›alles verkehrt herum‹«, in: Die Sozialwissenschaften »kapultdenken«). In der »Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts« zeichnet Braudel ein Bild, in dem er dem Markt als der Sphäre kleiner Gewinne, der auf eigener Arbeit beruhenden Einkünfte, den Gegen-Markt, die Sphäre des Fernhandels, der Monopole, des gewaltsam erzwungenen Tauschs entgegenstellt und als »Kapitalismus« bezeichnet. Dort gibt es die großen Gewinne, Konzentration und Akkumulation, dort liegt der Ursprung der kapitalistischen Unternehmen. Das Spiel von Angebot und Nachfrage hat dort keine Rolle, entscheidend sind Monopolstellungen und der Einsatz der staatlicher und militärischer Macht zur Durchsetzung der eigenen Position. In der Analyse des »kapitalistischen Weltsystems« von Wallerstein spielt die gewaltsame Durchsetzung des »ungleichen Tauschs« eine zentrale Rolle. Das besondere im Kapitalismus sei, daß er diesen Vorgang hinter der scheinbaren Trennung zwischen einer ökonomischen und politischen Arena verstecken kann (siehe »Der historische Kapitalismus«, S. 25f.) Ähnlich unterscheidet Braudel zwischen der Marktwirtschaft als einer Welt der »klar erkennbaren, sozusagen transparenten Gegebenheiten« und der Welt des Kapitalismus als einer undurchsichtigen Sphäre, in der privilegierte Gruppen ihre Aktivitäten hinter Rechenverfahren und Transaktionen, die für die normalen Leute ein Buch mit sieben Siegeln blieben. Von der ersten Welt sagt er in Bezug auf das späte Mittelalter: »Der Markt bedeutet Befreiung, Öffnung, Zugang zu einer anderen Welt, Auftauchen an die Oberfläche.« Die Aufforderung Braudels und Wallersteins (und erst recht Polanyi's), nicht pauschal von Märkten zu reden, sondern genauer zu untersuchen, um welche konkreten Strukturen es sich handelt, ist wichtig. »Wir müssen uns von der simplizistischen Vorstellung befreien, daß der ›Markt‹ der Platz ist, an dem sich ein ursprünglicher Produzent und ein Endverbraucher treffen. (...) Im historischen Kapitalismus haben solche Marktplatz-Transaktionen (...) immer einen ganz kleinen Prozentsatz vom Ganzen ausgemacht. Die meisten Transaktionen waren Austausch unter zwei Zwischenherstellern, die in einer langen Waren-

kette angesiedelt waren.. (Der historische Kapitalismus, S. 24) Auf diesen verschiedenen Märkten herrschen unterschiedliche Gesetze, unterschiedliche Einflüsse von Monopolen oder staatlicher Macht. Der einfache Markt der kleinen Leute, diese vereinfachende Vorstellung, die sich bis hin zum weihnachtlichen Geschenkverhalten oder Wohngemeinschaftsbeziehungen auf alltägliche Erfahrungen stützen kann, ist sicherlich eine wichtige Legitimationsquelle für alle kapitalistischen Ausbeutungsmechanismen, die sich als tauschförmige Beziehungen darstellen lassen.

Theoretisch ist es hilfreich, sich in der Art von Braudel die Unsinnigkeit der liberalistischen Selbstdarstellung des Kapitalismus klarzumachen. Marx hat in seiner Analyse oft diesen kleinen Markt und seine Tauschgerechtigkeit unterstellt, um zu zeigen, wie sich hinter dieser Form Ungleichheit und Ausbeutung verbergen. Aber Monopole spielen in seiner Theorie die zentralere, grundlegendere Rolle. Schon die scheinbar banalste, als gegeben hingenommene Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, ist ein gigantisches Monopol; zunächst gewaltsam durch Einhegungen, Sklaverei usw. geschaffen, dann in einer realen stofflichen Gestalt des Produktionsapparates und damit lautloser befestigt: die Fabrik und Maschinerie als ein Produktionsmittel, das nur noch kollektiv bedient werden kann, dem die Arbeiterinnen und Arbeiter aber als atomisierte einzelne Warenverkäufer gegenüberstehen. Diese Atomisierung wird aufrechterhalten durch die Organisation der Produktion, die sich an der fixen Gestalt der Maschinerie, der Abtrennung des Wissens, der verfeinerten Formen des kapitalistischen Kommandos festmacht, und ebenso durch die Organisation der übrigen Lebensumstände in Wohnungsbau, Städteplanung, Gesundheitswesen, Schulen und die Verrechtlichung aller Beziehungen. Die Andeutungen lassen erahnen, wieviel Staat nötig ist, um dieses grundlegende Monopol dauerhaft zu sichern. Natürlich werden die Liberalen nicht müde, uns vom Gegenteil zu überzeugen, gerade jetzt, wenn sie mit dem Ruf nach mehr Selbständigen die allen gegebene Möglichkeit verkünden, als Kapitalist selber Eigentümer von Produktionsmitteln zu werden ...

Wallerstein fragt sich, welche politischen Konsequenzen sich aus der Um-drehung der Betrachtungsweise bei Braudel ziehen lassen. Es handele sich bei Braudels Ansichten vom Markt nicht um einen »versteckten Poujadismus« (eine nationalistische und reaktionäre Wählerbewegung in Frankreich in den 50er Jahren, um die sich kleine Geschäftsleute mit Existenzängsten scharten). »Wenn der ›Markt‹ die Domäne des kleinen Mannes, die Domäne der Freiheit im ständigen Kampf mit den ›Monopolen‹ ist, den Domänen der Großen, den Domänen der Beschränkung; und wenn Monopole nur aufgrund gewisser staatlicher Aktivitäten existieren, folgt dann daraus, daß der Kampf gegen die verschiedenen – wirtschaftlichen, politischen und kulturellen – Ungleichheiten tatsächlich ein und derselbe Kampf ist? (...) Für Braudels ›Markt‹ zu sein, scheint mir schließlich zu bedeuten, für die Durchsetzung der Gleichheit auf der ganzen Welt einzutreten. Das heißt, für die menschlichen

Freiheiten zu kämpfen und somit auch für die Brüderlichkeit ...« (246). (Braudels Markt ist übrigens auch der Markt der »moralischen Ökonomie«, das Setzen Wallersteins auf ihn, ist also nicht unähnlich der politischen Perspektive, die in einigen Texten der »Materialien für einen neuen Antiimperialismus« durchschimmern.) Wallerstein meint, diese Sichtweise könne vielleicht eine ganz neue Perspektive für die systemfeindlichen Bewegung mit sich bringen – aber er bleibt vorsichtig. Er ist fasziniert von der Art, wie Braudel auf historischem Wege die traditionelle und falsche Gegenüberstellung von kapitalistischem Markt und feudaler oder sozialistischer Staatslenkung auflöst und umdreht. Was praktische Schlußfolgerungen betrifft, die Braudel selber nicht gezogen hat, bleibt er vorsichtig, formuliert Fragen, keine sicheren Antworten. Die Warnung vor dem »Poujadismus« zeigt, daß er die Gefahren einer zu optimistischen Schlußfolgerung sieht.

Systemkritische Ansätze, die hier und heute eine Übergangs-perspektive entwerfen wollen oder nach Befreiungsmöglichkeiten suchen, kommen alle immer wieder auf die Ambivalenz des Tauschs zurück – einerseits Bestätigung individueller Autonomie, andererseits die mächtigste Legitimation für Ausbeutung und Herrschaft. In der Debatte um »Lohn für Hausarbeit« kritisierte die antikapitalistische Fraktion, daß Lohnabhängigkeit keine befreiende Perspektive sei. Als Möglichkeit des Ausbrechens aus der persönlichen Abhängigkeit des Hausarbeitsverhältnis war es für die einzelne Frau aber eine praktische erfahrene Befreiung, ihre Arbeitskraft selber als Ware verkaufen zu können – auch wenn dies gesamtgesellschaftlich mit der Ausweitung prekärer und nicht-existenzsichernder Ausbeutungsverhältnisse verbunden war. Selbst die neomarxistischen Warenkritiker kommen nicht an Vorstellungen von kleineräumigen Tauschbeziehungen und Naturaltausch vorbei, wenn sie in Zugzwang geraten und Vorschläge für die Zeit nach dem unausweichlichen »Zusammenbruch« des Kapitalismus präsentieren wollen, und knüpfen damit an alternativbewegte oder anarchistische Ideen an.

Sicher, Marx hatte schon zu seiner Zeit »die Albernheit der Sozialisten« kritisiert, »die demonstrieren, daß der Austausch, der Tauschwert etc. ursprünglich (in der Zeit) oder ihrem Begriff nach (in ihrer adäquaten Form) ein System der Freiheit und Gleichheit aller sind, aber verfälscht worden sind durch das Geld, Kapital etc. (...) Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle, oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit. Was diese Herren von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist (...) das Gefühl der Widersprüche, die das System einschließt (...).« (GR/160) Für Marx ist der Tausch, so wie er existiert, die Basis der Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit, sie sind nur ideelle Widerspiegelungen der bürgerlichen Gesellschaft. Es könne daher nicht darum gehen, die schlechte gesellschaftliche Realität mit ihrer eigenen idealisierten Selbstauffassung zu konfrontieren, sondern um die Überwindung dieser Gesellschaft samt ihren idealisierten Ausdrücken.

Trotzdem bleibt das Modell des nichtkapitalistischen Marktes politisch attraktiv, weil es eine demokratische und dezentrale Alternative zu staatlichem

Plan und/oder kapitalistischer Herrschaft anbietet. Bellofiore kommt in seiner Untersuchung zu dem Schluß, daß »die Vorstellung von Marx über den Kommunismus (...) – man erlaube mir dieses Paradoxon – dem Liberalen Hayek sehr viel näher steht als der geläufigen marxistisch-leninistischen Doktrin, denn in Kohärenz mit den Ideen von Marx kann man unter Kommunismus nur die Dispersion der Macht verstehen.« Er geht allerdings einen Schritt weiter, der bei Braudel und Wallerstein fehlt, da in ihrer Betrachtung der unterschiedlichen Marktstrukturen deren Beziehung zu den jeweiligen Formen der Produktion fehlt. »Sich auf diesen Marx beziehen, heißt, gegen das Primat der Ökonomie zu kämpfen« und eine Kritik vorzuschlagen, die »nicht nur mit der zentralistischen, sondern auch mit der industrialistischen Tradition der Arbeiterbewegung bricht.«

Beim Versuch, die Ziele von Freiheit (Liberalismus) und materieller Gleichheit (Sozialismus) zusammenzuführen, landen wir also wieder an dem Punkt, den wir schon lange betonen: bei der Abschaffung der Arbeit. Solange das Individuum von der Arbeit abhängig bleibt, solange bleibt Privateigentum und Tausch die einzige mögliche Freiheit in den Beziehungen zwischen den Individuen. Aber es kommt nicht von ungefähr, daß diese Frage in den ansonsten äußerst kritischen politischen Vorschlägen von Wallerstein oder auch von Karl Heinz Roth ausgeklammert bleibt. Wir müssen uns über die Gründe dafür klar werden, statt nur dogmatisch an der Perspektive »Abschaffung der Arbeit« festzuhalten. Die erste Erschütterung lag im Operaismus selbst. Indem Panzieri betont, daß es bei Marx nicht bloß um die kapitalistische Anwendung von Maschinerie, Technologie und Wissenschaft geht (darauf konnte mit so einfachen Parolen wie »Die Wissenschaft in Volkes Hand!« geantwortet werden), sondern daß die stoffliche Gestalt der Technologie durch und durch kapitalistisch, die gesamte Rationalität selbst despotisch ist, zerstört er auch jedes naive Hoffen auf die vorhandenen Produktivkräfte als Basis für eine arbeitsfreie Gesellschaft. Durch die sogenannte »Ökologiefrage«, die von der Linken weitgehend bürgerlichen Strömungen überlassen wurde, gerieten die »Produktivkräfte« erst recht in Verruf. (9) Es gibt keine einfachen Antworten auf dieses Problem, aber wir können uns nicht um es herumdrücken, weil sonst alles Gerede von Revolution und Abschaffung der Arbeit frommer Wunsch bleibt, womit die Tendenz einhergeht, den Kampf gegen die Arbeit als anthropologische Naturkonstante »Faulheit« zu verstehen.

Der historische Kapitalismus als kritische Methode

6. Abschließen will ich nur einen methodisch wichtigen Punkt an dem Ansatz von Wallersteins »historischem Kapitalismus« verdeutlichen, ohne seine Thesen im einzelnen zu diskutieren. Er ist wichtig, weil er zu einer grundlegend anderen Auffassung von Kapitalismus als in traditionellen Analysen führt und damit ein kritisches Licht auf die aktuellen Globalisierungsdebatten wirft.

In dem Sammelband »Die Sozialwissenschaft »kaputtdenken« be-

beschäftigt sich Wallerstein wiederholt mit dem Gegensatz zwischen »nomothetisch« und »idiographisch«, seine eigene Methode nennt er an anderer Stelle »heuristisch«, und er bezieht sich auf den klassischen Methodenstreit in der deutschen Soziologie des 19. Jahrhunderts. Jenseits dieser akademischen Debatte will ich das dahinter liegende Problem anhand einer von Marx selbst provozierten Lesart des »Kapital« verdeutlichen.

Im Vorwort zur ersten Auflage versucht Marx dem deutschen Publikum – schon aus Gründen der besseren Vermarktung seines Schinkens – ein Buch nahezubringen, dessen Handlung fast ausschließlich in England spielt. Um zu begründen, was an dieser Story für ein nicht-englisches Publikum so spannend sein soll, verweist er auf den allgemeinen Charakter der englischen Situation und unterstreicht sie, indem er seine Analyse an der damals umstrittenen Königswissenschaft, der Naturwissenschaft, mißt (eine Taktik, der sich leider auch Wallerstein mit seinen Anspielungen auf die Chaostheorie bedient!): *»Der Physiker beobachtet Naturprozesse entweder dort, wo sie in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen mindest getrübt erscheinen, oder, wo möglich, macht er Experimente unter Bedingungen, welche den reinen Vorgang des Prozesses sichern. Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Ihre klassische Stätte ist bis jetzt England. Dies der Grund, warum es zur Hauptillustration meiner theoretischen Entwicklung dient.«* (Das Kapital, I, 12)

Hier ist offensichtlich die Faszination für die naturwissenschaftliche Methode und Strenge mit dem Historiker Marx durchgegangen und er hat die Basis dafür geschaffen, seine Kritik der herrschenden Verhältnisse wieder mit der bürgerlichen Wissenschaft zu versöhnen und aus ihr einen »apologetischen Marxismus« (Panzieri) zu machen. Unterstellt wird ein »Idealtypus« von Kapitalismus, der in England schon anzutreffen sei. Das deutsche Publikum möge sich gedulden, auch dort werde bald die reine Form Einzug halten. Damit ist die wirkliche Geschichte des Kapitalismus zur bloßen »Illustration« allgemeiner Gesetzmäßigkeiten geworden. Marx hat an vielen anderen Stellen gegen solche Typisierungen der Realität polemisiert, aber hier ist er eindeutig und scheint sowohl die vulgärmarxistischen Naturgesetze wie akademische Ableitungshäkelierei zu bestätigen.

Historisch wird damit gesagt, daß es einen voll entwickelten Kapitalismus gibt – was davor liegt, ist Herausbildung- und Durchsetzungsphase, was danach liegt, kann nur noch Verfaulen, Absterben oder Zusammenbruch sein. Räumlich heißt es, daß in England der Idealtypus von Kapitalismus zu finden ist, alles andere sind Abweichungen oder hinterherhinkende Formen.

Das Problematische bei diesem Verfahren liegt auf der Hand: Wenn beim »reinen Vorgang« von allen »störenden Einflüssen« abgesehen werden soll, wie stelle ich fest, was »rein« und was »störend« ist. Ein Experiment (die wissenschaftliche Form der industriellen Produktion) läßt sich beliebig oft wiederholen und dadurch bestimmen, was störend ist, gemessen an einem gewünschten Resultat. Aber in der Geschichte gibt es weder Wiederholungen,

noch ein gewünschtes Resultat (es sei denn ich unterstelle einen göttlichen Plan oder eine geheime Teleologie).

Die Vorstellung von einem Idealtypus ist irreführend, es gibt nur den wirklichen Kapitalismus »in seiner konkreten einzigartigen Realität« (Wallerstein). Nun gäbe es noch die Möglichkeit, die Gesellschaften in sehr vielen Ländern zu vergleichen und auf diesem Wege einen zumindest durchschnittlichen Kapitalismus, oder einen Kapitalismus, auf den sich alle Gesellschaften hin entwickeln, zu finden. Hiergegen richtet sich das zweite zentrale Argument von Wallerstein, die Frage nach der Wahl der Analyseeinheit (klassisch könnten wir auch sagen, nach der Identität des Untersuchungsgegenstandes). Beim Vergleich der Kapitalismen in verschiedenen Ländern werden die räumlichen Grenzen der Länder als naturgegeben unterstellt, was sie offensichtlich nicht sind. Territorial- und Nationalstaaten können gerade bei der Untersuchung des Kapitalismus nicht als gegebene Analyseeinheiten vorausgesetzt werden, sie sind selbst Teil des Problems. (10) Historisch will Wallerstein zeigen, daß die dominierende Produktionsweise, die wir als kapitalistisch bezeichnen, nicht an einem Ort der Welt für sich entstehen konnte, sondern von Anfang an im Rahmen eines Staatsystems und als »Weltmarkt«. Die historischen Anstöße zu Kapitalbildung und -akkumulation kamen aus einer Arbeitsteilung und aus Warenketten, die über die einzelnen Staaten hinausreichten. Die Auf trennung in eine Betrachtung der jeweils nationalen kapitalistischen Gesellschaften und eine daran anschließende Untersuchung der »Außenbeziehung« führt daher zu nichts. In bezug auf den Gegenstand ist die Trennung zwischen Innen und Außen irreführend, da es von Beginn an zu einem seiner wesentlichen Merkmale gehört, das Verhältnis von Außen und Innen nur als ein Mittel seines Funktionierens zu gebrauchen.

Es macht also keinen Sinn, von verschiedenen Kapitalismen in Raum und Zeit zu sprechen, sondern es gibt nur einen, *den historischen Kapitalismus*.

* * *

Anmerkungen

(1) Nebenbei: Im historischen Prozeß erfordert diese Vorstellung von individueller Freiheit die gewaltsame (!) Durchsetzung einer gewissen Gewaltfreiheit in der Gesellschaft; genauer gesagt, in der Sphäre, die erst in und durch diesen Durchsetzungsprozeß zur »Gesellschaft« wird (siehe »The Great Transformation«, zehntes Kapitel, zu dieser »Entdeckung der Gesellschaft«). Die ständig vorhandene Gewalt kann nur ausgebendet werden, indem sie zu dem ganz anderen der Gesellschaft wird, zum Staat. Da diese Trennung eine Fiktion ist, kann sie auch nur als idealer Fluchtpunkt organisiert werden, als Ideal des staatlichen Gewaltmonopols. Der tatsächliche gesellschaftliche Zusammenhang und seine Stabilität haben immer auf sozialer Gewalt und Autorität in gesellschaftlichen Zusammenhängen wie Familie, Community oder Betrieb basiert und könnten allein vom Staat nicht aufrechterhalten werden. Im Beitrag »Gewaltmonopol zu verkaufen« im Zirkular Nr. 20 wird der Mythos vom Gewaltmonopol für bare Münze genommen und die Einführung privater Sicherungsdienste usw. als Abgehen

vom Gewaltmonopol interpretiert. In Wirklichkeit dürfte es sich dabei um eine Form der Kommerzialisierung innergesellschaftlicher Gewalt handeln, die nicht mehr »spontan« funktioniert. Da das Wegbrechen innergesellschaftlicher Disziplinierungsfunktionen und -orte nicht so offensichtlich oder an staatlichen Maßnahmen ablesbar ist, erscheint das Auftauchen neuer Kontrollinstanzen als neue Macht, als »fragmentierte Gewaltausübung« (ebd.), mit der die »neoliberalen Krisenstrategien« abgesichert werden sollen. Vergleichen wir diese neuen Formen allerdings mit den unwirksam werdenden Formen tatsächlich fragmentierter Gewaltausübung wie Familie, Kirche, Militär oder Arbeit, so wirken sie wie ein erbärmlich ohnmächtiger Ersatz. Mindestens genauso wichtig dürfte die – im Beitrag auch angesprochene – Ideologie und Praxis der »Gewaltfreiheit« sein, die mit dem neuen Antifaschismus und der medialen Gewaltphobie (siehe den Buchhinweis »Die Scharfmacher« im Zirkular Nr. 20) transportiert wird. Die Diskussion um Gewalt- und Gewaltmonopol sollte die historische Spezifik der Trennung von »friedlicher Gesellschaft des Tauschs« und gewalttätigem Staat nicht aus den Augen verlieren.

(2) In diesem Zitat werden die Resultate aus einer langwierigen Analyse der Erscheinungsform der verschiedenen Einkommen in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich zusammengefaßt, keinesfalls erklärt. Die Marx'sche Analyse selber ist diskussionsbedürftig und historisch zu überprüfen, sie soll hier nicht als »wahr« unterstellt werden!

(3) Eine weitere, politisch verhängnisvolle, Konsequenz dieses Fehlers besteht darin, daß mit der Behauptung »nationaler Deals« von vornherein unterstellt wird, mit Arbeiterklasse seien nationale Arbeiterklassen gemeint. In der Wildcat-Diskussion ist mehrmals darauf hingewiesen, wie problematisch das umstandslose Reden vom »globalen Klassenkampf« ist, da sich Arbeiterklasse als konkrete politische Größe spätestens seit 1918 nur noch auf nationaler Ebene festmachen ließe. Sie dazu das Papier »Integration und Klassenkampf«, das in der Vorbereitungsphase der Wandlitz-Treffen diskutiert wurde (Kurzfassung in Wandlitz-Reader III, P.20-22), und auf das der Autor in »The American way of antifa« im Zirkular Nr. 17 nochmals hinweist. Damit ergibt sich allerdings das Problem, wie wir Nation verstehen. In der historischen Entwicklung läßt sich m.E. zeigen, daß die Herausbildung von Nationalstaaten (im Unterschied zu Territorialstaaten) nur im Zusammenhang mit dem Virulentwerden eines spezifischen Klassenkonflikts erklärt werden kann. Mit der Reduzierung des Klassenbegriffs auf die Ausdrucksformen nationaler Arbeiterklassen, wie sie sich dann tatsächlich herausbilden, würde man sich dann aber nachträglich die Erklärungsmöglichkeit von Nationalstaatlichkeit aus der Hand schlagen. Anders ausgedrückt: auch die Existenz nationaler Klassen kann nur verstanden werden, wenn von einem globalen Klassenbegriff ausgegangen wird, und nur auf der Ebene ließe sich ein Antagonismus fassen.

Angesichts des Standes unserer Diskussion halte ich den Hinweis aber für berechtigt und äußerst produktiv, da wir ständig unreflektiert von nationalen Arbeiterklassen sprechen (nationale Deals, Arbeiterklasse in Deutschland usw.), damit faktisch den Klassenbegriff aufgeben und nur formal an ihm festhalten können. Auch dies wird zur Quelle von Dogmatismus, wenn dann z.B. weiterhin ein Antagonismus postuliert wird, den die eigene Betrachtungsweise gerade ausschließt. Hier ist die Auseinandersetzung mit Wallerstein wahrscheinlich hilfreich, weil er auf die Implikationen hinweist, die schon mit der Wahl der Analyseeinheit (z.B. der nationale Rahmen) verbunden sind.

(4) Diese kurzen Anmerkungen zu Krisis und Hartmann sollen nicht so verstanden werden, daß eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen damit erledigt ist bzw. sich nicht lohnt, im Gegenteil. Die von Krisis (es geht hier nicht um die realpolitischen Konsequenzen, die Robert Kurz mittlerweile aus seiner Popularität gezogen hat!!!) und mittlerweile einigen Abspaltungen in Gang gesetzte Debatte um Marx und die Kritik des »warenproduzierenden Systems« hat die Diskussion um die Bedeutung und Tragweite eines historischen Endes dieses System neu belebt. Sie hat dabei die Frage nach den abstraktesten und daher auch am ehesten als naturhaft erscheinenden Formen der kapitalistischen Gesellschaft wie Ware oder Geld neu aufgeworfen, wie es auch schon die Situationisten – allerdings in einer erfrischenderen Art – getan hatten. Und genauso wichtig ist es, Untersuchungen zu wirklichen Geschichten der kapitalistischen Ausbeutung wie die von Detlef Hartmann zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn wir die Begriffe, in denen dies geschieht, kritisch diskutieren müssen.

(5) Die Zeitschrift ILA hat in ihrer Dezember-Ausgabe eine Debatte unter dem Titel »Eine Weltwirtschaft – Den Kapitalismus wieder kritisierbar machen« eröffnet. In dem Beitrag »Widerstand: von wem?« wird dort sehr klar die These einer weltweiten Angleichung der Lebensverhältnisse im Sinne von Klassenlagen vertreten. In dieser Debatte sind übrigens auch wir zur Beteiligung aufgefordert ...

(6) Es ist zwar richtig, daß gerade von den Theoretikern der flexiblen Spezialisierung Schumpeter bemüht wird, um das Gewicht auf die Innovation in der Produktion und bei den Produkten zu legen. Insofern lassen sie sich als »neoschumpeterianisch« einordnen, wie es in »Klassenkampf-Krise-Kommunismus?« im Zirkular Nr. 1 geschieht. Sie tun dies aber nur, um durch Innovationen zu einem erneuerten harmonischen Marktmodell zu kommen. Die Produktion der flexiblen Spezialisierung könnte sich den Marktforderungen und individuellen Kundenwünschen besser anpassen. Damit wird das alte Märchen von der »Konsumentensouveränität« wieder aufgelegt, mit dem die »Marktwirtschaft« schon immer legitimiert wurde: durch ihre Nachfrage bestimmen die Konsumenten, was wo produziert wird. Die »Produzentensouveränität«, die für Schumpeter den Lauf der Dinge bestimmt (siehe Bellofiore), sei nur eine zu korrigierende Fehlentwicklung der Massenproduktion. Vergeblich versuchen sie damit, Schumpeters pessimistischen Schlußfolgerungen für den Kapitalismus zu entfliehen und das von ihm theoretisch widerlegte Bild einer »Marktgesellschaft« als Zukunftsvision zu retten. In der empirischen Diskussion um die flexible Spezialisierung sind die Vermutungen über die neue Rolle der Kleinbetriebe und die Ausrichtung der Produktion auf sich diversifizierende Märkte weitgehend widerlegt worden.

(7) Brick/Postone setzen sich in ähnlicher Weise mit dem Pessimismus der kritischen Theorie anhand von Friedrich Pollock auseinander, indem sie auf der Vorrangigkeit der Produktionsverhältnisse vor den Distributionsverhältnissen in der Marxschen Theorie insistieren. Ihre Kritik bleibt aber auf einem seminarmarxistischen Niveau und kommt auch zu anderen politischen Schlußfolgerungen als Panzieri (Barbara Brick/Moishe Postone, Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus, in: Sozialforschung als Kritik, 1982).

(8) Genau dieselben Fragen legt sich fast dreißig Jahre später Bellofiore vor und demonstriert den Gegensatz zwischen Markt und Plan als falschen Schein. Bis auf die kurze Fußnote 8, in der er die Befürchtung der Quaderni Rossi über die Planbarkeit des

Kapitalismus zurückweist (was nach der Erfahrung einer zwanzigjährigen Phase erneuter Krisenhaftigkeit nicht schwerfällt), geht er dabei mit keinem Wort auf die gründliche Untersuchung von Panzieri ein. Der Grund dürfte darin liegen, daß Panzieri in der taktischen Auseinandersetzung mit der von Lenin und Marx geprägten Parteidoktrin stand, während sich Bellofiore in der taktischen Auseinandersetzung mit der akademischen Wirtschaftswissenschaft bewegte, in der Marx und Marxismus keine Rolle mehr spielen.

(9) Im zweiten Teil von »Klassenkampf-Krise-Kommunismus?« im Zirkular Nr. 2 wurde diese Frage bereits aufgeworfen und als erste Antwort vorgeschlagen, den Begriff der Produktivkraft stärker am Wissen, Können und der Kooperation der Menschen, statt an der »Hardware« festzumachen. Sicher, dies ist eine erste Kritik am technizistisch mißverstandenen Produktivkraftbegriff des traditionellen Marxismus, aber es löst das Problem nicht. Wissen und Können lassen sich sehr schnell verändern, wenn nur die nötigen materiellen Voraussetzungen vorhanden sind. Aber das, was einen Zusammenhang (nicht unbedingt einen Fortschritt wie Wallerstein zu recht betont!) in der Geschichte ausmacht, ist, daß jede Generationen stoffliche Bedingungen vorfindet, die von früheren Generationen (oder sogenannten Naturkräften) geschaffen wurden (wobei geschaffen eben auch zerstört bedeuten kann). Und diese lassen sich nicht von heute auf morgen willkürlich ändern. Dazu gehören z.B. in Europa Bedingungen, die wir uns heute selten als geschaffene bewußt machen, wie die Trockenlegung von Sümpfen, die Rodung von Wäldern, die gestiegerte Menschenproduktion nach der Hexenverfolgung, die Trennung von Stadt und Land etc. Wissen und Können sind demgegenüber sehr flüchtige Gestalten, was wir aktuell an der kurzen Halbwertzeit von Computerprogrammen erfahren, oder aus der Geschichte als das jahrtausendlange Vergessen bereits gemachter Erfindungen und Entdeckungen kennen. Ich denke, die Produktivkraftfrage muß in eine andere Richtung radikalisiert werden, nämlich als Auflösung der falschen Unterscheidung zwischen Produktivkraft (der Arbeit) und Naturkraft – wie Marx es einleitend in der Kritik am Gothaer Manifest andeutet. Damit muß auch der übliche Gegensatz von Gesellschafts- und Naturwissenschaft in Frage gestellt werden, an dem Wallerstein, gerade indem er sich an der neuen Orientierung in der Naturwissenschaft mißt, unreflektiert festhält. Die heute selbstverständlich gewordenen Vorstellungen von einer unhistorischen Natur und einer un-natürlichen Gesellschaft müssen dann genauso kritisiert werden, wie die Getrenntheit von Politik und Ökonomie.

(10) Scine Kritik an den aufgezwungenen Analyseeinheiten (z.B. schon durch die Verfügbarkeit von Statistiken oder Dokumenten, die jeweils länderweise vorliegen) kann auch in andere Richtungen weiterhelfen. Z.B. läßt sich die Untersuchung von Klassenbewegungen aus scheinbar pragmatischen Gründen immer wieder auf die Analyseeinheit der Nation eingrenzen: »Die Klassenkämpfe in Frankreich«, »Die polnische Arbeiterklasse« usw.. Dann gerät aber leicht aus dem Blick, inwieweit durch die Wahl der Analyseeinheit schon Aussagen vorweggenommen werden. Betrachte ich die Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter in »Polen« (wobei in diesem Fall die Grenzen historisch ohnehin sehr prekär sind) oder die »polnischen« Arbeiter? – womit ich unweigerlich auch in Deutschland, Frankreich oder den USA landen würde. In diesem Bereich stehen sich eine rein komparative Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegungen und Migrationsforschung meistens unvermittelt gegenüber.

Streiks, Besetzungen, Demos, Krawalle –

Ausschnitte aus der Bewegung in Frankreich
von September 1995 bis Januar 1996
zusammengefaßt aus »Dans le Monde une classe en lutte«¹

- 5.9.95 Zahlreiche lokale Kämpfe zu Schulbeginn: am 5.9. der Erziehungsberater, Aufsichtspersonen und vom 5.-8.9. aller Lehrer in Lille; am
- 6.9.95 Demonstration der Hilfslehrer an den Grundschulen (10.000-15.000 nicht wiedereingestellte Hilfslehrer); 20 von 44 Schulen in Montreuil im Streik gegen die Schließung von 11 Klassen.
- 7.9.95 Nach 5 Tagen Besetzung des Hauptpostamts in St.Nazaire gegen die Streichung von 13 Stellen und einer Rechtsbelehrung über die Behinderung der »Freiheit der Arbeit« nehmen die Postler die Arbeit wieder auf, während sich Diskussionen eröffnen. Dutzende derartiger Streiks, manchmal von mehreren Wochen, oft mit Besetzungen haben in den vergangenen zwei oder drei Jahren den Basiswiderstand gegen einen Plan zur Umstrukturierung der Post gekennzeichnet - einem globalen Plan, der lokal umgesetzt wurde, um einen globalen Widerstand zu verhindern.
- 6.10. Vorlesungsbeginn. Die Studenten der Fakultäten von Rouen im Streik für mehr Mittel und zusätzliche Stellen.
- 16.10. 1000 Studenten blockieren den Eisenbahnverkehr in Rouen und in den folgenden Tagen die Verkehrsknotenpunkte, öffnen die Zahlstellen auf der Autobahn, besetzen die Büros der Universitätsleitungen. Sie schließen sich weder Gewerkschaften noch Gruppen an, sondern bilden ein Kampfkomitee.
- 25.10. 200 Studenten besetzen im Handstreich das Rektorat und verbarrikadieren sich darin, während 600 Studenten die Bullen anderswo in den Straßen beschäftigen. Sie werden nachts gewaltsam von den Bullen geräumt: mehr als 1000 Studenten demonstrieren.
500 Studenten und Lehrkräfte der Mathematikfakultät der Universität von Toulouse beenden die Besetzung ihres Gebäudes, nachdem sie die Bezahlung der Überstunden erreicht haben, die für die Fortführung der Kurse notwendig sind.
- 30.10. Rouen: direktes Gespräch zwischen dem Vermittler der Regierung und Basisdelegierten (die durch eine permanente Vollversammlung kontrolliert werden). Der Vermittler gesteht schließlich 6 Mio. FF zu, von denen 3 unmittelbar ausgezahlt werden. Der Streik geht weiter.
- 2.11. Rouen: aus Angst vor einer Ausweitung der studentischen Forderungen (Erinnerung an die Explosion 1986 und die Bewegung gegen den Mindestlohn 1994) bietet der Vermittler 9 Mio. FF, davon 6 Mio. für 1995 und die Schaffung von 238 Stellen an. Ende von drei Wochen Streik.
Aber der Brand weitert sich aus: in der folgenden Woche fordern die Studenten von mehr als 10 Universitäten das gleiche. Die Bewegung wird in der Provinz wichtiger als in Paris, weil die Universitäten dort viel schlechter aus-

gerüstet sind. Ein nach Metz geschickter Vermittler wird von Studenten eingesperrt.

9.11. Die Studentenbewegung weitet sich aus: 30-40.000 Demonstranten in ganz Frankreich, aber wenige in Paris.

14.11. Die Streiks an den Universitäten weiten sich aus.
Aus Protest gegen eine Reorganisation der Postämter laden die Einwohner von Créances (Manche) drei Tonnen Karotten auf dem Zufahrtsweg zum Sortierzentrums ab und blockieren die Post-LKWs.

21.11. »Professoren! Kohle! Von den überfüllten Seminaren haben wir die Schnauze voll!« Mehr als 100.000 Studenten und Schüler demonstrieren nach einem Aufruf der Studentenkoordination. Die in Paris schwache Aktion nimmt in der Provinz radikalere Züge an: mit Besetzungen in Rouen, Montpellier, Pau, einem unbefristeten Streik in Limoges, Rennes, Tours (wo man sich weigert, mit dem Vermittler zu reden) und Toulouse (25.000 Studenten auf der Straße).

24.11. Der Flugverkehr in Orly wird beträchtlich behindert durch die Besetzung der Landebahnen durch die Arbeiter der Instandhaltung von Air-France, die nach zwei Stunden von den Bullen geräumt werden. Die französischen Fähren von Sealink in Calais werden durch einen Streik der Seeleute gegen die Zunahme der Arbeitsbelastung lahmgelegt. 70% der 7000 städtischen Beschäftigten von Toulouse im Streik, darunter die Müllabfuhr. Das Sortierzentrums von Caen wird von den Postlern besetzt und unter Mithilfe der Eisenbahner die Zufahrtswege blockiert; ebenso wird das Sortierzentrums von St.Brieuc unter Beteiligung von Eisenbahnherrn und Beschäftigten der E-Werke besetzt. Die Postler des Sortierzentrums von Grenoble beschließen den unbefristeten Streik.

26.11. Der Direktor von Elf Atochem de Mont (Pyrénées Atlantiques), einer Filiale von Elf Aquitaine wird eine ganze Nacht von 450 streikenden Arbeitern eingesperrt, die seit dem 10.11. mehr Lohn fordern.

27.11. Die Eisenbahnen in ganz Frankreich sind praktisch lahmgelegt. In den besetzten Gebäuden werden Vollversammlungen abgehalten und Streikposten versuchen, die wenigen Züge zu blockieren, die noch fahren. Der Streik weitet sich auf den Pariser Nahverkehr (RATP) aus.

29.11. Unbefristeter Streik in den Sortierzentrums von Valence und Clermont-Ferrand. Der Streik in den Sortierzentrums von Caen und Sotteville weitet sich auf die gesamte Normandie und auf die Postämter und Giroämter aus.

30.11. Zusammenstöße in Paris, Nantes und Montpellier. Die Hälfte der Sortierzentrums (von 130) ist im Streik. Einsatz der CRS im Gare du Nord von Paris gegen die Eisenbahner, die den EuroStar blockieren.

4.12. Das Beispiel der Streikenden bei der EDF in Brest, für alle den Strom auf Nachttarif umzustellen, weitet sich auf fast ganz Frankreich aus.

5.12. 247 Demos in ganz Frankreich mit fast einer Mio. Beteiligter. Zusammenstöße in Montpellier, Paris, Nancy, Nantes, wo der Busbahnhof in Brand gesteckt wird. Starke Beteiligung des Privatsektors: RVI, Moulinex, Kodak in Caen, die Hafenarbeiter in Marseille, Streikposten vor den Militär-

- werften in Toulon, Brest und Cherbourg, die Kranführer in den Häfen von Rouen und Le Havre. Streiks in der Metallindustrie in Loire-Atlantique, la Meuse, le Cher, Ardennen und Rhône, bei Renault in Sandouville bei Le Havre. Besetzung des Gare de Montparnasse (Bahnhof) in Paris.
- 6.12. Nach SNCF, RATP, Post, Telecom, Universitäten und Schulen, EDF-GDF weiten sich die Streiks auf den städtischen Nahverkehr aus (Caen, Cherbourg, Limoges, Marseille, Lille, Bordeaux, Grenoble, Lyon), auf die Müllabfuhr von Bordeaux, die Militärwerften von Brest, die Kaliwerke im Elsaß, auf die Krankenhäuser, Fluglotsen und Fährlinien in Marseille.
- 7.12. In Freyming-Merlebach (Lothringen) liefern sich 2-3.000 Bergarbeiter der Kohlengruben eine Schlacht mit 400 Bullen: Barrikaden aus brennenden Reifen auf den Kreuzungen, ein Bulldozer gegen die Bullen, der schließlich gegen die Wand eines Polizeireviers prallt, Entfernung des Bürgermeistervertreters in einen Schacht, um ein Gespräch mit dem Präfekten durchzusetzen. Zusammenstöße bis spät in die Nacht mit 28 Verletzten. Zusammenstöße mit den Bullen in Montpellier und Nantes.
Da die Spannung weiterhin steigt, was den streng von der Basis kontrollierten Streik nicht schwächt, der anfängt, auf Randbereiche des Privatsektors überzugreifen und sich radikalisiert, beginnen hinter den Kulissen Gespräche, um einen »ehrenwerten Abgang« zu finden; die Regierung lädt die Gewerkschaften zu einer »Arbeitssitzung«.
- 8.12. Die Radikalität der Bewegung wird deutlicher: es wird effektiv notwendig einzugreifen. Neue Zusammenstöße in Orly zwischen Bullen und Streikenden von Air-France. Einschließung des Direktors und dreier Ingenieure bei Houillères de Gardanne bei Marseille. Zusammenstöße vor den Präfekturen von Montluçon, Nizza, Chateauroux. Besetzung des Rathauses von Avignon. Der Wohnsitz des Abgeordneten von Albi sowie das Büro dessen von Mantes wird zugemauert. Besetzung eines Radiosenders in Limoges.
In Merlebach von 7 Uhr morgens an: »Man könnte sagen, ein Krieg.« 4.000 Bergarbeiter, ausgerüstet mit Helmen, Schutzbrillen, Gasmasken und bewaffnet mit Axtstielern und Stahlkabeln liefern sich mit 500 Gendarmen und 200 CRS eine Schlacht vor dem Direktionsgebäude. »Dieses Mal sind wir gerüstet für den Kampf Mann gegen Mann.« Die Bergarbeiter werfen Molotow-Cocktails und Knallkörper auf das Gebäude. Mehrere Brandherde brechen in verschiedenen Etagen aus, sofort schlagen Flammen aus den Fenstern, und dicke Rauchschwaden steigen vom obersten Stockwerk auf. Die Feuerwehrfahrzeuge werden von den Demonstranten blockiert und können nicht eingreifen. Die teilweise sehr heftigen Zusammenstöße gehen bis zum Nachmittag weiter: »Das schießt von überall her, man glaubt, in Sarajevo zu sein«, erzählt ein CGT-Aktivist. 50 Verletzte, einer mit durchlöchertem Bein von »all den Schweinereien, die sie in ihre Granaten stecken«. Nachdem die Bullen die Straße besetzt haben, besetzen und stoppen 50 Bergarbeiter ein Heizkraftwerk. In Toulouse halten die Studenten eine permanente Versammlung auf dem Kapitolsplatz ab und machen nächtliche Demos.
- 9.12. Es wird Zeit, denn die Anzeichen einer Radikalisierung gehen weiter:

Im Gare du Nord von Paris wird das Stellwerk besetzt, der Flughafen von Roissy zwei Stunden durch den Streik der Fluglotsen blockiert, die Flughäfen von Marseille und Montpellier sind geschlossen, die Banque de France ist im Streik, der Hafen von Dieppe wird von Streikenden blockiert, die Fähren in Cherbourg sind lahmgelegt, in Agen wird der Bürgermeister von den Gemeindeangestellten eingesperrt, auf der Autobahn bei Thionville wird Öl auf die Fahrbahn gekippt, anderswo werden die Zahlstellen geöffnet. Sabotage in einem Atomkraftwerk bei Bordeaux..

13.12. In Rouen blockieren Arbeiter der EDF und Eisenbahner das BusDepot, besetzen das Büro einer Bank, organisieren Straßensperren, schicken Delegierte in alle privaten Betriebe, besetzen das Telecom-Gebäude. Die Bergarbeiter von Gardanne besetzen das Heizkraftwerk. In Caen gibt es Straßensperren, und der Busverkehr ist lahmgelegt.

14.12. Die Gewerkschaften greifen die schwachen Glieder der Streikzentren an; plötzlich lassen bestimmte Versammlungen keine Externen mehr sprechen, die sich vorher frei äußern konnten. Manchmal geht dies ohne große Probleme einfach durch. Die Gewerkschaften beginnen bereits, lokal die Modalitäten der Lohnabzüge für die Streiktage zu verhandeln.

Die Bullen räumen die Rheinschleusen in Strasbourg, die von Streikenden der EDF blockiert wurden.

15.12. SNCF: 20 von 180 Anlagen [sites] und 50 von 140 Betrieben [établissements] stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit. Einige Züge fahren wieder, auch bei der Pariser Metro.

40 von 135 Postverteilzentren sind immer noch besetzt und lahmgelegt, während alle anderen mehr oder weniger vom Streik betroffen sind. Bei der EDF-GDF sind die Hälfte aller Kraftwerke, E-Werke und Gaswerke noch im Streik, lokale Stromsperren z.B. in Mulhouse.

17.12. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist besonders schwierig bei der SNCF durchzusetzen: Räumung des besetzten Stellwerkes im Gare du Nord. Die Versammlung der Kontrolleure im Gare d'Austerlitz sperrt einen Direktor ein, um die Festanstellung der Zeitverträgler zu erreichen. Im gesamten Süden wird weiter gestreikt.

18.12. Die Hälfte der Kraftwerke ist weiterhin im Streik. In Mulhouse halten die Streikenden die Besetzung des Kraftwerks von Illzach und das wilde Stromabschalten aufrecht, was das ganze Elsaß betrifft. In Grenoble und Annecy kündigen die EDF-Beschäftigten »illegale Aktionen« an. In Toulouse auch wilde »rotierende« Stromsperren. Die Streikenden verteilen sich ins Umland und unterbrechen die Stromzufuhr zu den Umspannwerken.

19.12. Der Eisenbahnverkehr ist im Roussillon und Languedoc noch lahmgelegt. Der städtische Nahverkehr ist in Marseille, Bordeaux und Limoges noch blockiert. In St.Etienne eskaliert der vierwöchige Streik der städtischen Angestellten nach einem Polizeieinsatz gegen die Streikposten. Sie fordern die Einstellung von 200 Beschäftigten, die Festeinstellung Hunderter von Prekarren und die 35-Stundenwoche.

In Marseille ist die Situation so explosiv, daß sich ein Gericht weigert, die

Räumung des besetzten Sortierzentrums anzugeordnen, wie es die Postdirektion verlangt.

21.12. Bei der SNCF geht der Zugverkehr langsam wieder los; in Marseille und Toulouse ist der Nahverkehr weiterhin lahmgelegt.

In den Postverteilzentren von Bordeaux, Toulouse und Lille wird der (bereits beendete) Streik wiederaufgenommen wegen der Lohnabzüge für die Streiktage. In Chambéry, Caen, Sotteville und Ajaccio geht der Streik weiter für die Festanstellung der Prekären.

27.12. In Marseille polarisiert sich auf lokaler Ebene eine Forderung, die sowohl im Öffentlichen Dienst als auch im Privatsektor der Motor hätte sein können: Bus und Metro werden bestreikt, um den dualen Status Alte - Neu eingestellte abzuschaffen. Die Neueingestellten verdienen für die gleiche Arbeit 600-1000 ff monatlich weniger. Die gleichen Forderungen tauchen in Caen auf.

29.12. Die Streikenden, die seit 26 Tagen das E-Werk von Martigues (bei Marseille) besetzt halten, beenden die Besetzung, nachdem ihnen die Einstellung von 10 Arbeitern und eine zeitliche Entzerrung der Lohnabzüge für die Streiktage zugesagt wurde; sie streiken weiter bis zum Ende der Verhandlungen.

2.1.96 Hier und da Wiederaufnahme von Streiks wegen der Lohnabzüge. Wiederaufnahme der Arbeit im Postverteilzentrum von Caen nach 32 Tagen Streik nach der Festanstellung von 15 Prekären und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

4.1.96 Besetzung des Sortierzentrums in Limoges, die nach einem Tag mit einem Kompromiß bezüglich der Lohnabzüge und neuer Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen beendet wird.

Die EDF-Beschäftigten der Gironde beschließen vierstündige »gezielte« Stromabschaltungen, obwohl der Streik bereits am 21. Dezember beendet wurde. Seit 32 Tagen stören die streikenden Fahrer der Post-LKWs ernsthaft die Postverteilung, die durch private Dienste ersetzt wurde. Sie verlassen ihr seit dem 14.12. besetztes Gebäude nach der Festanstellung von 4 Hilfskräften, aber der Streik geht weiter für die Bezahlung der Streiktage.

6.1.96 Die Widerspenstigen von Marseille, die nicht durch Verhandlungen zum Parieren gebracht werden können, werden von den Bullen aus den Bus- und Metro-Depots geräumt. Sie weichen trotzdem nicht und machen verschiedene Aktionen in der ganzen Stadt: schließlich erreichen sie die Vereinheitlichung der Vergütungen und die Abschaffung des dualen Einstellungssystems.

12.1. Hungerstreik von 3 Arbeitern des Sortierzentrums in Marseille gegen die Lohnabzüge. Sie werden am 14.1. geräumt. Am Abend wird das Sortizenzentrum von der Direktion für Verhandlungen geschlossen. Nach der Wiedereröffnung am nächsten Tag treten die 1000 Beschäftigten wieder in den Streik.

Streikende des E-Werkes von Marseille setzen alle Verbraucher auf den niedrigsten Tarif, um die Rücknahme von Sanktionen gegen 4 Kollegen

wegen des Streiks und die Eröffnung von Verhandlungen über den Personalbestand und die Qualifikationen zu erreichen: die Streikenden blockieren den Eingang zum Rathaus und entfernen alle Telefone aus den EDF-Büros.

5.1. 60 Prozent der Arbeiter des E-Werkes von Toulouse kämpfen noch für die Rücknahme des Sécu-Plans und gegen die Privatisierung.

1. "Dans le monde une classe en lutte" ist eine vier- bis achtseitige Chronologie zum weltweiten Klassenkampf, die seit einem Jahr regelmäßig vom internationalen Netz »Échanges et mouvement« herausgegeben wird. Erhältlich gegen die Zusendung von frankierten Umschlägen an: BP 241, 75866 Paris Cedex 18, France.

Der folgende Text
Neue Veröffentlichungen des Nautilus-Verlages

Solidaritätspostkarten

Postkartenserie "Ya basta!" zur Solidarität mit den Zapatistas. Acht Postkarten im Schuber. Der Erlös aus dem Verkauf der Postkarten-serie wird voll und ganz dem Aufbau einer "Urwaldbibliothek".

Vorauskasse: 12,- DM pro Serie + 2,- DM Porto.
Edition Nautilus. Am Brink 10 / 21029 Hamburg

»Aktion«-Sonderhefte:

Berichte und Nachrichten zum Aufstand in Chiapas-Mexiko
»Land und Freiheit«, Erklärungen der Zapatisten nebst Briefen von Subcomandante Marcos, Heft 137/144. 220 Seiten, DM 20,00 / sFr 20,00 / öS 148,00

Sylvie Deneuve / Charles Reeve:

Reise durch ein krisengeschütteltes Amerika

-USA: Bewohnbar wie der Mond« Beobachtungen des Alltagslebens und analytische Anmerkungen über die soziale und politische Situation in den USA, Heft 109/112. 68 Seiten. DM 8,00 / sFr 8,00 / öS 56,00

Von Sylvie Deneuve und Charles Reeve war im Zirkular 22 eine Kritik der EZLN abgedruckt.

Kommentierter Besuch der sozialen Bewegung vom Dezember 1995 in Frankreich

Von Nicole Thé

Über brennbares Material und eine gewisse Wiederaufwärmung

Als Ministerpräsident Juppé am 15. November die Einzelheiten seines Planes erläutert, der die breiteste französische Streikbewegung der letzten 20 Jahre in Schwung bringen wird, ist die gesellschaftliche Stimmung bereits um etliches brennbares Material aufgeladen.

Sicher, der allgemeine Kontext ist düster, und dies seit einiger Zeit: dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen für den unaufhörlich wachsenden Rand der von der Arbeit Ausgeschlossenen, was zusammen mit der Immobilienspekulation in den Vorstädten soziale Ghettos schafft, Verödung auf dem Land und wirtschaftliche Verarmung ganzer Regionen, Wachsen eines Gefühls der Unsicherheit, die eher durch Zukunftsängste als durch reale Gewalt genährt wird, Auflösung der traditionellen sozialen Bindungen: das Bild, das in all seinen Details von so vielen Haussoziologen entworfen wird, ist voll und ganz bekannt. Soweit, daß eine gewisse Vorher-sage zum Allgemeinplatz wird: »Das wird knallen!«

Dennoch bedeutet das Steigen der Spannungen nicht das Steigen der Kämpfe, und zahlreiche Aktivisten, die ihre Hoffnungen in die Krise gesetzt hatten, mußten dies schmerzlich feststellen. Die wiederholten und immer näher gekommenen Explosions der Vorstädte erinnern uns daran, daß die Revolte nicht ausreicht, daß für einen kollektiven Kampf mindestens ein gemeinsamer Gegner und, wenn möglich, ein gemeinsames Ziel da sein muß.

Nun ließ die Rückkehr an die Macht einer Rechten, die die Erbin der autoritären Traditionen der alten französischen Bourgeoisie ist – ungeteilte Macht, die obendrein zum Preis einer schamlosen Demagogie, also unter dem Risiko der massiven Desillusionierung erreicht wurde – hoffen, daß die erste Bedingung: die Identifizierung eines gemeinsamen Feindes, bald von neuem erfüllt würde.

Nun kann man seit der Rückkehr (aus den Sommerferien) eine Verschärfung der punktuellen Mobilisierungen beobachten, was zu bedenken gibt, daß die gesellschaftliche Stimmung am Siedepunkt ist. Etwas am gesellschaftlichen Klima belebt vorsichtig eine Hoffnung, die seit 15 Jahren oft enttäuscht wurde. Neben den militanten Mobilisierungen (gegen die Atomversuche, gegen die »moralische Ordnung« und die Infragestellung des Rechts auf Abtreibung) sind zwei Bereiche in den Kampf getreten:

Am 10. Oktober rufen die drei größten Gewerkschaftsverbände (CGT, FO, CFDT) zu einem Streik und einer Demonstration des *Öffentlichen Dienstes* auf, um gegen das Einfrieren der Löhne zu protestieren. Die Demonstration hat eine Breite und eine Dynamik, die man seit langer Zeit nicht mehr gesehen hat. Selbst die Bullen demonstrieren an diesem Tag... Es ist also klar, daß diese Schicht der Lohnabhängigen, die am wenigsten gebeutelt, weil am meisten geschützt, aber auch die am wenigsten atomisierte (die übrigens die Mehrzahl der großen Kämpfe der letzten zehn Jahre geführt hat: Postler 1984, Eisenbahner 1986, Krankenschwestern und Lehrer, Arbeiter der Werkstätten der RATP [Metro] 1989), durch die Mobilisierung verlockt wurde und daß die Gewerkschaften dies wohl begriffen haben;

seit dem 9. Oktober ist die *Studentenszene* auf dem Siedepunkt angelangt. Zuerst sehr lokal: ausgehend von Rouen erreicht die Streikbewegung nach und nach Toulouse, Metz, Pau, Perpignan, Orléans, Tours, Montpellier, Nizza und bald etwa fünfzig Fakultäten. Ausschließlich auf die Forderung von zusätzlichen Mitteln für die Hochschulausbildung¹ ausgerichtet, entwickelt sie allerdings harte Aktionsformen (Besetzungen von Rektoraten und Universitätsgebäuden) und versichert sich dabei der Unterstützung durch die Dozenten und sogar der Universitätsleitungen. Aber diese Bewegung war nur eine soundsovielte Wiederholung der Studentenmobilisierungen, wie wir sie in den vergangenen zehn Jahren erlebt haben. Während der ganzen Dauer der Bewegung in Aix-en-Provence, aber vielleicht auch in Toulouse (sehr phantasievoll in den direkten und spektakulären Aktionen), auch anderswo in der Provinz, dann zögernd und sehr punktuell in Paris (siehe Fußnote 12) entstehen Orte des freien Meinungsaustauschs, wo das Verhältnis der Studenten zur Welt, ihre Angst gegenüber der Gesellschaft usw. zur Diskussion stehen, Initiativen, die aufs Beste wieder an die Stimmung von 1968 anknüpfen.

Andererseits bringen es die Vielfältigkeit der Aktionsformen, die Tatsache, daß die Bewegung eher von der Provinz als von Paris geprägt war, das Fehlen einer Vereinheitlichung unter einer nationalen Parole, mit sich, daß die Macht sich schwer tut, darauf zu antworten. Mehrere Verhandlungsversuche und einige finanzielle Zuschlüsse an die kämpferischsten Universitäten haben die Bewegung nicht entschärft, die im Gegenteil beginnt, eine nationale Breite zu gewinnen. Am 21. November sind es mehr als 100.000 Studenten, die in ganz Frankreich demonstrieren.

Eine »kühlne Reformwette«

In diesem Zusammenhang entschließt sich der Cheftechnokrat Juppé, die Herausforderung, die ihm die politische Klasse gestellt zu haben scheint, zu erhöhen: zu zeigen, daß er den Mut hat, einen entscheidenden Schlag gegen die schreckliche Seeschlange, das Defizit der Sozialversicherung, zu führen. Am 15. November also präsentiert er vor der Nationalversammlung, die ihm auf Anhieb zujubelt, »die kühnste Reformwette, die seit Jahrzehnten gewagt wurde«.²

Was beinhaltet dieser Plan?

Einen Plan zur Sanierung der Sozialversicherung. Der Reformeifer von Juppé in der Angelegenheit wird ihn nicht die Interessen der Klasse vergessen lassen, die er vertritt: trotz der Ausweitung der Abstriche an den Spareinkommen und den Familienzulagen – was Juppé erlaubt, von Gerechtigkeit zu sprechen – wird das wesentliche Gewicht der Sanierung der Beträge auf den Lohnabhängigen lasten: 225 Mrd. FF werden sie zahlen, gegenüber 5 Mrd., die von den Unternehmen und der Pharmaindustrie verlangt werden! Statt dessen definitives Schweigen über die Unternehmerschulden gegenüber der Sozialversicherung, die sich auf 91 Mrd Franc belaufen, und über die staatlichen Schulden von 70 Mrd. Die neuen Einschnitte, die alles andere als vernachlässigenswert sind (auf einen Lohn von 7500 FF stellen die zusätzlichen Abstriche einen Einschnitt von 400 FF dar, nach einer Berechnung der Gewerkschaften) werden auch die schwächsten Einkommen nicht verschont: alle Löhne oder Ersatzleistungen über 2300 FF werden davon betroffen sein.

Dieser Sanierungsplan für die Sozialversicherung beinhaltet auch ein sehr übles Projekt einer Krankenhausreform. Kurzgesagt geht es darum, überall Rentabilitätskriterien einzuführen, um die Umschichtungen und Schließungen von Krankenhausstationen zu beschließen. Dieser Aspekt des Planes wird bei den KrankenhausarbeiterInnen am heißesten umkämpft sein, auch wenn er vom Rest der Bewegung ein wenig vergessen wird.

Aber Juppé hört hier noch nicht auf. Zweifellos denkt er als großer politischer Strategie, daß es sich eher lohnt, alle Schläge auf einmal zu führen. Denn sein Plan enthält auch: einen Plan zur Reform der Vorruststandsregelungen (worunter der gesamte öffentliche Dienst fällt), der die Verlängerung der Beitragsdauer von 37,7 auf 40 Jahre vorsieht. Im Klartext bedeutet dies, daß der öffentliche Dienst dasselbe Schicksal erleiden soll wie der Privatsektor, dem die vorherige Regierung im August 1993 diese schöne Überraschung serviert hatte.

Die erste Seite des Juppé-Planes führt einen Schlag gegen die Kaufkraft der gesamten Lohnabhängigen – aber wegen der starken Lohnhierarchie, die in Frankreich existiert, hat die Wirkung dieser neuen Abstriche sehr ungleiche Auswirkungen, je nach Einkommensniveau. Die zweite Seite führt einen Schlag gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen oder quasi-öffentlichen Dienst, aber dieses Mal nicht im Rahmen der Kaufkraft, sondern des Statutes. Nun spielt das Statut des Öffentlichen Dienstes eine große Rolle in der Art des moralischen Vertrages, der die Lohnabhängigen des Öffentlichen Dienstes an den Staat bindet.³ Und für einige Berufsgruppen ist die Rente das Schlüsselement des Vertrags. Besonders bei den Lokführern der SNCF [franz. Eisenbahn] und den Metro-Fahrern der RATP wird das Recht, mit 50 Jahren in Rente zu gehen, als gerechter Ausgleich für eine Arbeit mit harten Arbeitszeiten angesehen, die den Fahrern eine durchschnittliche Lebenserwartung von nur 65 Jahren beschert.

Aber zu diesen verallgemeinerten Angriffen kommt bald noch ein weiterer hinzu: am 28. November, als die Eisenbahner bereits seit vier Tagen im Streik sind, präsentiert der Direktor der SNCF den Plan zur finanziellen Rettung der SNCF, das Ergebnis einer Verhandlung zwischen dem Staat und der SNCF (der sogenannte *Planvertrag Staat-SNCF*). Der Staat, Hauptverantwortlicher der 175 Mrd.-Verschuldung der Eisenbahngesellschaft, der er die Finanzierung der TGV [Hochgeschwindigkeitszug]-Strecken aufgezwungen hat, übernimmt nur 37 Mrd. davon. Außerdem verlangt er im Namen der Rentabilität den Abbau von 73.000 Stellen und die Schließung von 6000 km an defizitären Strecken.

Das bedeutet, dem ersten Sektor, der in den Streik getreten ist, einen weiteren und besonderen Grund zur Unzufriedenheit zu geben, der darüberhinaus vielleicht die größte Blockadefähigkeit und eine starke Kampftradition hat...

Wie soll man diese Ballung von Angriffen in einem Moment wachsender Mobilisierung interpretieren, die gleichzeitig alle Lohnabhängigen und heftiger noch den Öffentlichen Dienst und die Eisenbahner berühren, die schon gezeigt haben, daß sie sich zu verteidigen verstehen? Sucht die Macht eine allgemeine Konfrontation, die es ihr erlauben soll, für lange Zeit den letzten Widerstand zu brechen? Diejenigen, welche zu dieser Hypothese neigen, führen das Beispiel Thatcher an, die den Angriff gegen die Bergarbeiter geführt hat. Aber dieses Beispiel ist nicht überzeugend, wenn man bedenkt, daß der Angriff dort nur gegen einen genau begrenzten Sektor geführt wurde, der zudem noch im Niedergang begriffen war. Bei der Poll Tax mußte Thatcher zurückweichen, da diese Bewegung die gesamte Bevölkerung traf. Ich sehe hier eher die charakteristische Ungeschicklichkeit eines ehrenwerten Vertreters der guten französischen Rechten, welche die subtile Waffe der Verhandlungen und der gewerkschaftlichen Garden ignoriert, verstärkt durch einen Technokraten, der unempfänglich gegenüber gesellschaftlichen Stimmungen ist.

Es ist übrigens genau die Ungeschicklichkeit, welche ihm die Linke und auch die Balladur-Rechte vorwirft und nichts anderes... Was uns betrifft, so können wir uns nur freuen, daß es einen Juppé an der Macht gibt, der der französischen Arbeiterklasse den notwendigen Anstoß gibt, sich massiv in Bewegung zu setzen.

Drei Wochen soziale Bewegung

Zwischen dem 15. und dem 23. November äußert sich die politische Klasse im Mißklang, die Gewerkschaften, überrascht vom unerwarteten Angriff auf die Renten im Öffentlichen Dienst, überschlagen sich mit Erklärungen, scheinen aber zu zögern, welche Strategie sie einschlagen sollen.

Die Motive der Gewerkschaften

Die CFDT-Führung unterstützt die Regierung, in der guten Geschäftsführertradition, die sie seit mehr als zehn Jahren übernommen hat, nicht ohne mit mehreren ihrer Verbände in Konflikt zu geraten, besonders mit dem der Eisenbahner, der eine treibende Kraft im Streik sein wird. Nicole Notat, die CFDT-Führerin, wird bei der ersten großen, einheitlichen Demonstration am 24. November sogar ausgepfiffen und gezwungen, den Demozug zu verlassen.

Die FO denunziert den »Raub der Sécu« [Sozialversicherung] durch den Staat: diese Gewerkschaft, die jedoch bei der Macht Gehör findet, hat in der Tat einen Grund zur Beunruhigung: da Juppé eine einheitliche Krankenversicherungsregelung unter der Kontrolle des Parlaments vorgesehen hatte, ist sie davon bedroht, die Leitung der Sozialversicherung zu verlieren (nachdem sie bereits die der Arbeitslosenversicherung verloren hat), die hauptsächliche Quelle ihrer Macht und ihrer Finanzierung. Daß die Macht beschließt, diesen harten Schlag einer Gewerkschaft zu versetzen, die seit ihrer Gründung 1945 immer eine Hilfsrolle für den Staat gespielt hat, erklärt sich dadurch, daß die FO inzwischen ihre historische Funktion verloren hat. Mit dem Fall der Mauer ist die Existenz einer antikommunistischen Gewerkschaft nicht mehr gerechtfertigt; die CFDT tendiert immer mehr dazu, ihr die Rolle des von der Macht bevorzugten Gesprächspartners zu entreißen.

Die FSU (Verband der Lehrergewerkschaften) hat auch ein spezifisches Problem. 1993 nach einer Spaltung vom Nationalen Erziehungsverband (FEN) entstanden, hat sie, obwohl sie inzwischen die Mehrheit bei den Lehrern hat, noch nicht die Vertretung in den paritätischen Kommissionen erreicht. Sie hat also alles zu gewinnen, wenn sie ihre Kraft auf der Straße zeigt.

Die CGT hat eine andere Sorge: wie verhindert sie es, von der Welle der Unzufriedenheit, die zu entstehen droht, an den Rand gedrängt zu werden? In der gewerkschaftlichen Aufgabenteilung, auf der der soziale Konsens in Frankreich beruht, übernimmt die CGT tatsächlich die Rolle des Tribuns, der zur Schau gestellten Unbeugsamkeit, während die anderen die versöhnliche Rolle übernehmen⁴. Nun hat die CGT sicherlich ihre Lehren aus den Streikbewegungen von 1986 und 1989 gezogen, die sie zugunsten der Koordinationsen an den Rand gedrängt hatten. Es steht also außer Frage, daß sie keine Bewegung außerhalb von ihr sich entwickeln lassen will.

Die Entwicklung der Streiks

Die Verbindung dieser besonderen Gründe drängt zur Gewerkschaftseinheit im Kampf und jeder begräbt vorübergehend seine alten Feindschaften. So rufen am 24. November CGT, FO und die FSU gemeinsam zu einem Streik und einer Demonstration des Öffentlichen Dienstes gegen die Verlängerung der Beitragsdauer für die Rentenversicherung auf, die sich schnell in einen Protest gegen den »Sécu-Plan« umwandelt. Diese Premiere einer langen

Reihe von Demonstrationen hat auf Anhieb einen branchenübergreifenden Charakter, der sich im Laufe der Wochen nur bestätigen wird. Die Studenten haben sich effektiv den Eisenbahnnern und den Beamten angeschlossen.

Am Abend weigern sich die *Eisenbahner* (SNCF), die Arbeit wieder-aufzunehmen. Der Eisenbahnverkehr ist von jetzt ab lahmgelegt. Zwischen dem folgenden Montag und Mittwoch schließen sich ihnen die *Fahrer der Pariser Metro* (RATP) im Streik an. Das Fehlen jeglichen öffentlichen Verkehrs in der Pariser Region und bald auch in zahlreichen Provinzstädten wird diesem Streik eine außerordentliche Wirkung geben. Indem alle nichtstreikenden Arbeiter gezwungen werden, alternative Beförderungsmittel zu finden, wird die tägliche Routine durchbrochen. Hunderttausende von Personen entdecken das Fahrrad oder den Fußmarsch, also die körperliche Anstrengung, aber auch viele die wirklichen Dimensionen ihrer Stadt, die sie zu normalen Zeiten nur unter der Erde oder im Rhythmus der Autos durchqueren. Formen spontaner Solidarität (Gruppenfahrten im Auto, per Anhalter, Beherbergung von Kollegen aus dem Stadtrand ...) entstehen, zu normalen Zeiten unmöglich geworden durch die Atomisierung und den alltäglichen Individualismus.

Auf die Mobilisierungen hat das Fehlen der öffentlichen Verkehrsmittel widersprüchliche Auswirkungen: es drängt zweifellos bestimmte, nicht sehr entschiedene Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes dazu, sich passiv der Bewegung anzuschließen, um den Versetzungsdrohungen zu entgehen; aber es hat auch eine demobilisierende Auswirkung gehabt, besonders bei den Studenten, deren Vollversammlungen immer leerer wurden.

Es sind also die Arbeiter der Verkehrsbetriebe, die den Tanz anführen. Sie sind es, die die Streikbewegung beginnen, sie sind es, die die Bewegung der Wiederaufnahme der Arbeit ab dem 14./15. Dezember einleiten und die anderen Bereiche mitreißen werden.

In den anderen öffentlichen oder quasi-öffentlichen Bereichen bleibt der Streik partiell. In den Sortierzentrten der Post, wo bereits im Frühjahr ein Streik geführt wurde, ist die Streikbeteiligung unterschiedlich: 80% Streikende am 2. Dezember, ab dem 6. Dezember beginnt sie zu zerfasern, aber es scheint, daß die Nicht-Streikenden, allgemein die am Verschuldetsten und zahlreiche Prekäre, selten feindlich gegenüber den Streikenden sind und sie oft noch finanziell unterstützen. In den einzelnen Sortierzentrten ist die Kampfbereitschaft ebenso unterschiedlich. Bestimmte Sortierzentrten treten bereits am 28. November in den Streik und hören erst am 20. Dezember auf (das von Caen erst am 30.). Andere öffentliche oder quasi-öffentliche Bereiche brauchen etwas mehr Zeit, sich zu entscheiden. Ende der ersten Woche werden bei der EDF-GDF (Nationale Strom-und Gaswerke) ein Drittel Streikende gezählt, es sind dann 40 bis 50% bis die Eisenbahner wieder an die Arbeit zurückgekehren (20% am 23.).

Vor allem zu Beginn der zweiten Woche wird die Bewegung größer: am 4. Dezember 19% Streikende bei France Telecom, dem nationalen Tele-

kommunikationsunternehmen, das von Privatisierung bedroht ist. Die Krankenhäuser, die von der Krankenhausreform besonders bedroht sind, treten auch in den Tanz ein (da der schwache Personalbestand dafür sorgt, daß oft kaum ein Unterschied besteht zwischen dem normalen Dienst und dem aufgezwungenen Notdienst, ist die Streikbeteiligung schwer abzuschätzen).

Die Lehrer zögern: am 4. Dezember streiken 10% von ihnen (aber 23% der Lehrer der Pariser Schulen) und erst am 7. Dezember treten sie mit Macht in den Streik, als ihre Verbände (FSU, FEN, SGEN-CFDT) sie dazu aufzurufen. Ab dem 11. Dezember gibt es eine leichte Abschwächung.

Die Beschäftigten der Finanzämter sind ab dem 4. Dezember in den Streik getreten, aber sie sind in den öffentlichen Statistiken nicht aufgetaucht.⁵

Air France, das sich vielleicht durch einen harten Konflikt die Finger verbrannt hat, wo die Lohnabhängigen sich am Ende die Bedingungen der Umstrukturierung gefallen lassen mußten, ist nur sehr partiell und punktuell in den Streik getreten.

Auf nationaler Ebene muß man auch vereinzelte Streiks in den Häfen erwähnen: bei den Hafenarbeitern von Marseille und bei den Seeleuten. Wir wollen auch auf die Streikbeteiligung anderer Randbereiche des Öffentlichen Dienstes hinweisen, die niemals in der Presse erwähnt wurden, die aber in den Demonstrationen sichtbar waren: Verwaltungs- und Bibliothekspersonal der Universitäten, Beschäftigte des Kulturministeriums und sogar der Behörden von Matignon [Regierungspalast] ... Sollte man vielleicht noch die Praxis des »Einfrierens der Strafmandate« erwähnen, zu der vom »linken« Polizeiverband aufgerufen wurde, um gegen die Arbeitsbedingungen und die nicht-bezahlten Überstunden zu protestieren, zu denen sie der »Plan Vigipirate« zwingt, der immer noch offiziell in Kraft ist⁶, und auf allgemeiner Ebene die nichtfeindliche Haltung und offene Sympathie der Bullen bei den Demonstrationen?

Wenn man den nationalen Rahmen verläßt, bemerkt man, daß lokal, in einigen Städten, bestimmte Bereiche sich mit spezifischen Forderungen der Bewegung anschließen. Die Müllmänner von Bordeaux sind vom 4. bis zum 19. Dezember im Streik. Die Angestellten der Departementleitstelle für Raumplanung (DDE), die von einem Plan zur Umstrukturierung ihrer Zuständigkeit bedroht sind, machen sich in mehreren Städten bemerkbar. In vielen Provinzstädten sind die Verkehrsunternehmen (die direkt oder indirekt unter kommunaler Verwaltung stehen) im Laufe der zweiten Woche in den Streik getreten, aber viele widerstehen der Rückkehrswelle zur Arbeit, und man bemerkt sogar eine lokale Verhärtung, siehe das Wiederaufflackern des Konflikts in Bordeaux und Marseille.

Allgemein gesagt, läßt die Rückkehrswelle zur Arbeit Platz für bestimmte lokale Restkonflikte, die in lokalen Forderungen liegen: im EDF-Kraftwerk von Martigues wegen der Frage der Belegschaft und der Zukunft des Kraftwerks; in Limoges nehmen die Busfahrer die Arbeit erst am

27. Dezember wieder auf, nachdem sie Lohnerhöhungen bekommen haben. Zwei Kämpfe werden die Aufmerksamkeit besonders erregen: im Sortierzentrum von Caen wird bis zum 30. Dezember für die Festeinstellung von 50 Prekären gekämpft und in den Verkehrsbetrieben von Marseille bis zum 8. Januar für eine Gleichbehandlung von Alten und Neueingestellten. Als Symbol für die Solidarität der Bessergestellten mit den schlechter eingruppierten, wird dieser Kampf mit einem vollständigen Sieg enden.

Enthaltung des Privatsektors

Es gab bestimmte Lohnabhängige von Privatunternehmen, die von der Bewegung profitiert haben, um spezifische Konflikte zu regeln. Bei Kodak in Metz z.B. gegen einen Entlassungsplan, aber auch bei Houillères in Lothringen, wo ein Lohnstreik in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Bergarbeitern und Polizei überging. Die Beschäftigten der Speditionsunternehmen, deren Arbeitsbedingungen und Löhne sich seit dem Konflikt zwischen den LKW-Fahrern und dem Staat in der Frage der Punkteregelung noch mehr verschlechtert haben, hätten sich am 4. Dezember um ein Haar angeschlossen.

Dennoch hat sich der Privatsektor massiv des Streiks enthalten. Die Beteiligung der großen Unternehmen an der Bewegung ist begrenzt auf Arbeitsniederlegungen, um an den großen Demonstrationen teilzunehmen, besonders die vom 4. und 12. Dezember: Renault in Le Mans, Michelin in Clermont-Ferrand, Bull in Angers, Aerospatiale in Toulouse usw. In bestimmten Städten wie Caen, Rouen, Marseille oder Grenoble war die Beteiligung der großen Privatunternehmen an den Demonstrationen massiv und spektakulär (dafür in Paris nichts, oder fast nichts).

Wie ist es zu erklären, daß der Privatsektor zu keinem Zeitpunkt dabei war, in den Streik zu kippen? Zuerst und vor allem weil eine der Hauptmotivationen der Streikenden, die die Einheit des Öffentlichen Dienstes ausgemacht hat: der Angriff auf die Renten, für den Privatsektor eher ein guter Grund war, sich zu enthalten. 1993 war dem Privatsektor in der Tat von der Balladur-Regierung die Verlängerung der Beitragsdauer von 37,5 auf 40 Jahre aufgezwungen worden, ohne etwas anderes hervorzuheben als die formelle Mißbilligung durch die CGT und die FO. Das, was den Hauptgrund der Einheit des Öffentlichen Dienstes ausmachte, war auch der Grund für den Riß zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor.

Dennoch zeigten alle Umfragen, alle Haltungen, daß diese Streikbewegung die Sympathie der Masse der nichtstreikenden Arbeiter hatte. Aber der Privatsektor hat sich mit einer moralischen Unterstützung zufrieden gegeben: die Füße und die Kräfte benutzen, ohne sich zu widersetzen, das war ihr Beitrag. Das Fehlen der öffentlichen Verkehrsmittel hat auch hier nicht notwendig zu einer Kampfbereitschaft geführt: die Kräfte verbrauchten sich in einer außergewöhnlichen körperlichen Anstrengung, es blieb fast nichts für die Kampfkraft übrig ... Ein Streikauftrag, der von den Gewerkschaftsverbänden am 15. Dezember in den Banken verbreitet wurde, (dem

Moment, als sich die Wiederaufnahme der Arbeit ankündigte), wurde von 3% des Personals befolgt.

Um eine Verbindung zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor im Kampf entstehen zu lassen, hätte es eines klareren Übergangs von branchenspezifischen Forderungen zur gesellschaftlichen Kritik bedurft. Die gewerkschaftliche Logik der Verwaltung von spezifischen Unzufriedenheiten hätte deutlich innerhalb der Suche nach einer Einheit durch die übergreifenden und offensiven Forderungen verschwinden müssen. Damit ist nur angefangen worden. Und es ist schnell wieder entschärft worden ...

Anwachsen und Bruch einer einheitlichen Dynamik

Der Juppé-Plan (sogar Juppé überhaupt) bildete den unabdinglichen gemeinsamen Feind für jede einheitliche Dynamik. Dann ist die Dynamik im wesentlichen von zwei Arten von Initiativen angetrieben worden. An der Basis sind schnell vielfältige branchenübergreifende Kontakte spontan entstanden und haben die geographische Nähe ausgenutzt. Auf Gewerkschaftsebene wurde zu einer langen Reihe von einheitlichen Demonstrationen aufgerufen, bei denen es darum ging, gegenüber der Macht möglichst viele Leute zusammenzubekommen. Und auch wenn die Demonstrationen für die Gewerkschaftsführungen ein Mittel waren, die Energien auf ihr eigenes Ziel hin zu kanalisieren – einen Platz am Verhandlungstisch zu bekommen –, haben diese beiden Arten von Initiativen doch ihren Anteil an der Schaffung eines Einheitsgefühls und einer wirklichen Kampfbewegung gehabt.

Vielfältige branchenübergreifende Kontakte

Nach dem zu beurteilen, was ich in meinem Stadtteil gesehen habe, was in den Bewegungsradios gesagt wurde und nach einigen Spuren in der Presse, gab es zahlreiche Kontakte zwischen verschiedenen Streikbereichen.

Die Vollversammlungen der Streikenden, wo fast täglich der Fortgang der Bewegung beschlossen wird, haben sich schnell den Streikenden anderer Sektoren geöffnet, die daran teilnehmen wollten, und es wurde oft nach Wortmeldungen von Externen gefragt. So haben die Eisenbahner die Lehrer zur Diskussion aufgefordert die Krankenschwestern kamen zu den Diskussionen in den Busdepots, die dynamischsten Studenten ergriffen das Wort auf den Vollversammlungen der Lohnabhängigen.

An verschiedenen Orten gab es Initiativen zu branchenübergreifenden Treffen von besonders entschlossenen Streikenden: z.B. im 18. Arrondissement von Paris hat eine Gruppe von Lehrern, die durch einen mehr als fünfjährigen Kampf für die Öffnung einer zusätzlichen Schule zusammengewachsen war, zwei Treffen zwischen Streiksektoren und der Bevölkerung des Stadtteils organisiert.

Es ist schwierig, die Breite dieses Phänomens zu beurteilen, aber es ist unbestreitbar, daß sich in den branchenübergreifenden Versammlungen die Debatte herausgebildet hat, daß die Fragen ausgeweitet wurden, die gesellschaftliche Kritik vorangeschritten ist. »Je mehr in den Vollversammlungen

diskutiert wird, desto weniger fühlt man sich als Postler, Eisenbahner, Krankenschwester«, sagte ein Streikender auf dem Höhepunkt der Bewegung. Viele haben die Qualität des Zuhörens und des Austauschs in diesen Debatten betont, die unbestreitbar durch die Kraft einer Bewegung begünstigt wurde, welche die traditionellen gewerkschaftlichen Spaltungen und die Manipulationen der politischen Gruppen neutralisiert hat.

Die Serie der Demonstrationen

24. November: 500.000 Menschen auf der Straße. 28. November: 60.000. 30. November: 160.000. 5. Dezember: 800.000. 7. Dezember: 3.300.000. 12. Dezember: 2.200.000. 16. Dezember: 2.000.000.⁷

Diese Zahlen beweisen, daß es sich um eine Flutwelle handelt. Eine Flutwelle, die in den Provinzstädten noch beeindruckender als in Paris ist. In 270 Städten gab es Demonstrationen, in manchen von ihnen hat es noch nie welche gegeben. Und in bestimmten Städten wie Marseille, Bordeaux, Caen, Rouen oder Grenoble haben sich 15%, ja sogar 20% der Bevölkerung diesen Demozügen angeschlossen, die manchmal beeindruckender waren als die von 1968.⁸

Nun genügen weder der »Juppéthon«, der unklugerweise vom Ministerpräsidenten begonnen wurde, noch das Anwachsen der Zahl der Streikenden ab der zweiten Woche, um die wachsende Breite der Demonstrationen zu erklären. Die Demos waren große Momente von Übereinstimmung, Vergnügen und kollektiven Kampfes, der nach so vielen Jahren der Abwesenheit wiederentdeckt wurde. Ihre Dynamik, ihr Bruch mit der traurigen und passiven Seite aller politischen Stelldicheins, die wir in den letzten Jahren auf der Straße kennengelernt haben, ist bis zum 18. Dezember gewachsen. Die Kälte, die Notwendigkeit kilometerweit zu Fuß zu gehen, um sich zu treffen, haben auch dazu beigetragen, die Energien zu steigern und das zu schaffen, was sich in Momenten der Euphorie äußerte.

Diese Demonstrationen waren auch eine Gelegenheit für die Streiks sektoren, sich zu versammeln, aber auch für die Nichtstreikenden, die zu der Gelegenheit in der Provinz die Arbeit niederlegten, oder auch für eine ganze Schicht der Bevölkerung, die nicht durch Arbeit sozialisiert ist, besonders die Arbeitslosen, deren Blöcke auf den Demonstrationen immer größer wurden.¹⁰ Die Arbeitslosen haben dort eine Gelegenheit gefunden, die Isolation zu durchbrechen, öffentlich zu existieren – und für die Verbände, die beanspruchten, sie zu vertreten, eine Gelegenheit, über sie zu reden (was es ihnen erlaubt hat, erfolglos einen Klappesitz in den angekündigten Verhandlungen zu fordern). Auf der Seite der Lohnabhängigen scheint die Anwesenheit der Arbeitslosen auf den Demonstrationen sehr geschätzt worden zu sein: sie bildet den konkreten, materiellen Prüfstein des solidarischen Elans, dessen Träger die Bewegung war, das lebendige Dementi für alle Spießer, die meinten, in dieser Bewegung nicht mehr zu sehen, als den Ausdruck der branchenspezifischen Unzufriedenheiten.

Auch die Studenten, jedenfalls der neugierigste und kämpferischste

Teil, konnten in den Demonstrationen die Verbindung zur Welt der Arbeit herstellen – ein Phänomen, das sicherlich in der Zukunft eine große Rolle spielen wird, wenn es auch scheinbar die Studentenbewegung zerfasern ließ. Schließlich haben diese Demonstrationen eine andere wichtige Funktion gehabt, besonders für die am wenigsten eingebundenen und neugierigsten Teilnehmer: die Zirkulation der Informationen und Überlegungen durch Flugblätter und Schilder. Die spezifischen Probleme der einzelnen Bereiche, die sich im Kampf befinden – Angestellte prangern die Steuerunggerechtigkeit an, die Krankenhausbeschäftigte prangern die Entlassungen und die wachsende Ungleichheit in den Stationen an, die von der Krankenhausreform erzeugt wird, die Eisenbahner prangern das Opfern der Schiene an – konnten zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig haben zahlreiche individuelle Initiativen oder kleine (und nicht nur klassische militante) Gruppen versucht, die Kritik auf die Ebene der Organisation der Gesellschaft zu lenken und der Revolte gegen eine ungerechte, Ausschlüsse anstiftende, unmenschliche und selbstmörderische Gesellschaft Sinn und Ausdruck zu verleihen.

Die Taktik der Regierung: gerade soweit zurückweichen, um die Einheit zu zerbrechen

Gegenüber einer Bewegung solchen Wachstums erweist sich die Taktik des Verfaulenlassens, die die Regierung scheinbar anfangs angenommen hatte, sehr schnell als gefährlich. Die Gefahr einer Verbindung der Kämpfe scheint ziemlich schnell wahrgenommen worden zu sein und ihr wird durch Teilzuständnisse begegnet.

1. Indem den Studenten am 3. Dezember 369 Mio. Francs an zusätzlichen Mitteln gewährt wurde, 4 Mrd. Francs für die Gebäude, 2000 Lehrstühle und 2000 Verwaltungsstellen – alles durch simple Budgetumstellungen finanziert –, tut Bayrou gerade genug, um eine Studentenbewegung zu entschärfen, die bereits eine nationale Breite erreicht hat und die gerade anfängt, eine Verbindung mit den Lohnabhängigen einzugehen (am 30. November demonstrieren 160.000 Studenten, Eisenbahner und Beamte Seite an Seite) – was die Tendenz zur Radikalisierung weiter fördert, die sowohl inmitten der Koordination¹¹ als auch in den Zusammenschlußversuchen an ihrem Rand¹² vorhanden ist.

Die Taktik der Regierung funktioniert relativ gut, da sich diese Verbindung, jedenfalls in Paris, nicht wiederholt. Wenn auch der kämpferischste Teil der Studenten weiterhin an den Demonstrationen der Lohnabhängigen teilnimmt, so tut er es aber als unterstützende Kraft, die sich im Laufe der Demos immer mehr verringert. Wenn auch die Koordination, die die Kraftprobe der internen militanten Konflikte besteht, indem sie nach Tours umzieht, ihre Bemühungen nicht aufgibt, die studentische Bewegung am Leben zu halten, indem sie sie auffordert, sich an der sozialen Bewegung zu beteiligen.

2. Auf der Seite der *Lohnabhängigen* wird die Regierung bald die Geschlossenheit aufgeben, die sie während der ersten Woche zur Schau getragen hat. Ihre Bemühungen um »Pädagogik« und »Erklärung«, weit davon entfernt überzeugend zu sein, irritieren. Vom 7. bis 9. Dezember beauftragt sie ihre Minister mit weitreichenden Kontaktaufnahmen, aber es geht immer nur um »Dialog«, niemals um Verhandlung.

Trotzdem hört die Mobilisierung nicht zu wachsen auf. Am Abend des 10. Dezember, während einer vom Fernsehen übertragenen Ansprache, gibt Juppé nun an einigen Schlüsselpunkten nach: a) die Fahrer der SNCF und der RATP können weiterhin mit 50 Jahren in Rente gehen; b) der Planvertrag Staat-SNCF ist auf unbestimmte Zeit aufgehoben; c) die Kommission, die damit beauftragt ist, die Reform der Vorruhestandsregelungen zu untersuchen, wird aufgelöst. Im Klartext: in der Frage der Renten im Öffentlichen Dienst und der Streitsache SNCF weicht die Regierung (vorübergehend) zurück: dafür werden bezüglich des Reformplans für die Sozialversicherung alle Maßnahmen aufrechterhalten. Kein Zweifel, es geht wieder einmal darum, den Motor vom Rest der Bewegung abzukoppeln: die Fahrer vom übrigen Personal der SNCF und RATP, die SNCF vom übrigen Öffentlichen Dienst, den Öffentlichen Dienst vom Privatsektor, der, obwohl noch ruhig, sich auch bald dazugesellen könnte.

Es zahlt sich wieder mal die Taktik der Spaltung durch sektorielle Zugeständnisse aus. Aber nicht sofort. Zwischen diesen Zugeständnissen und dem Beginn der Wiederaufnahme der Arbeit werden noch fünf bis sechs Tage vergehen, in denen die Bewegung die offensive Einheit versucht, indem sie die Zahlen des »Juppéthon« (siehe Fußnote 9) in die Höhe treibt. Aber als am Abend des 12. Dezember die Zahl von 2 Millionen Demonstranten offensichtlich überschritten ist, gibt es eine organisierte Nachrichtensperre der nationalen Radio- und Fernsehketten über dieses Thema¹³, und alle verstehen, daß Juppé nicht zurücktreten wird.

Weil sie nicht die Zeit hatte, ihre wachsende Einheit auf solide Formen der Selbstorganisation zu gründen, wird die Bewegung aufgerieben. Und es sind logischerweise die Eisenbahner und die Metro-Fahrer, die am Wochenende die Wiederaufnahme der Arbeit vorbereiten. Nicht ohne ein sehr schlechtes Gewissen bei denen, die am intensivsten den Schwung der Solidarität mit den anderen aktiven Sektoren erlebt haben, und die genau wußten, daß sie in den Augen aller¹⁴ den offensiven Flügel der Bewegung darstellten.

Mehr oder weniger zusammenhanglos folgen die anderen Bereiche und Städte und lassen lokale Konflikte in der Provinz zurück, von denen manche sogar gerade erst begonnen hatten und manchmal bis zum Ende des Monats andauerten.

Um sich der Wiederaufnahme der Arbeit zu versichern, wird die Regierung noch einmal gezwungen, hier und da Zeit zu gewinnen: Garantien, daß die vor dem Streik bei der SNCF geplanten Entlassungen aufgehoben sind; Ankündigung, daß die Privatisierung von France Télécom

verschoben ist. Dann, als die Bewegung völlig entschärft ist, kann die Inszenierung der Verhandlungen beginnen. Am 21. Dezember versammelt sich der berühmte »Sozialgipfel«, aus dem die Gewerkschaften mit unbedeutenden kleinen Maßnahmen und vielen Versprechen über zukünftige Dialoge herauskommen werden. Das ist wohl das mindeste, was die Regierung ihnen schuldet für ihre loyale Kontrolle der mächtigsten sozialen Bewegung, die das Land seit fast 27 Jahren erlebt hat.

Die Taktik der Gewerkschaft: Mitziehen, um eindämmen zu können

Tatsächlich war diese Bewegung trotz ihres massiven Charakters von Anfang bis Ende von der Gewerkschaft, wenn nicht geführt, dann wenigstens begleitet. Es ist schwer zu erkennen, ob zu Beginn der Bewegung die Gewerkschaften sofort auf den Zug der Streiks aufgesprungen sind, die in den Verkehrsbetrieben losbrachen oder ob sie es waren, die aus den oben genannten Gründen den Anstoß für den Beginn gegeben haben.

Wie ist dann die Ausweitung zustande gekommen? Viele Berichte legen nahe, daß die Leitungen der Gewerkschaftsverbände starkem Druck von den Basisaktivisten zugunsten des Streiks ausgesetzt waren. Man kann sich auch fragen, ob die CGT, welche besonders empfindlich gegen militante Konkurrenz ist, ohne den Druck von kleinen Branchengewerkschaften, die im Laufe der letzten zehn Jahre aus einem Bruch mit den Verbänden entstanden sind – die SUD bei der Post, die CRC in den Krankenhäusern, die SNUI in den Finanzämtern, zu denen man die Lehrergewerkschaft, die Mitglied der FSU ist, hinzuzählen muß – es riskiert hätte, in den anderen Branchen des Öffentlichen Dienstes zum Streik aufzurufen. Die Konkurrenz unter den Gewerkschaften – zwischen FO und CGT in Bezug auf die Vertretung, zwischen der CGT und den »alternativen« Branchengewerkschaften in Bezug auf die militanten Mitglieder – scheint also in Zusammenhang mit der starken Kampfbereitschaft an der Basis die Formierung einer Gewerkschaftseinheit im Kampf begünstigt zu haben.

Wie dem auch sei, die Gewerkschaften fanden sich gezwungen, anpassungsfähig zu handeln und die Regeln der Basisdemokratie zu akzeptieren, die überall spontan angewandt wurden. Überall wurde tatsächlich die Weiterführung oder die Wiederaufnahme der Streiks nach Diskussion und Abstimmung in Vollversammlungen entschieden. Überall mußten die Gewerkschaften zusehen, wie autonome Basisinitiativen gebildet wurden, so zum Beispiel der Aufbau branchenübergreifender Kontakte, oder in der Provinz sogar verschiedene Formen direkter Aktion¹⁵ – die ohne Zweifel in Versammlungen oder in Streikkomitees entworfen wurden. Die Gewerkschaften hatten offensichtlich die Lektion der vorherigen Jahre gelernt: es ist besser, sich anzupassen, als sichtbar nach Hegemonie zu streben, wenn man schwach ist.

Die Streikenden ihrerseits überschreiten die Gewerkschaftsstrategien nicht oder kaum. Auf Anhieb schien das Engagement der Gewerkschafts-

verbände im Streik eine Garantie für schnelle Wirksamkeit zu sein. Danach scheint die Gewerkschaftseinheit als Garantie der Einheit überhaupt erlebt worden zu sein – und vielleicht selbst, besonders bei den Eisenbahnnern, als ein Schutz gegen die Spaltungen, unter denen einige frühere außergewerkschaftliche Kämpfe gelitten hatten.

Aber das, was vielleicht als Ausdruck eines bestimmten Pragmatismus der Streikenden angesehen werden könnte, wird problematisch, wenn man bedenkt, daß der Anspruch der Gewerkschaftsführungen, die Bewegung gegenüber der Macht zu vertreten, niemals bestritten wurde. Die Gewerkschaftschefs konnten immer weiter wiederholen: »Die Regierung muß verhandeln«, ohne daß jemals die Frage nach ihrer Legitimität, nach einem konkreten Mandat von Seiten der Streikenden für die Verhandlungen, gestellt wurde, außer ganz am Rande. Die Gewerkschaften können andererseits der Macht danken, die nichts Ernsthaftes zu verhandeln hatte, daß sie ihnen die Prüfung erspart hat, die darin bestanden hätte, den Rahmen der Verhandlungen der Abstimmung der Versammlungen zu unterwerfen. All dies läßt denken, daß die Gewerkschaften aufgewertet und verjüngt aus dieser Bewegung herausgekommen seien, wenigstens in den Augen der weniger Kampferprobten. Vielleicht wird es bald möglich sein, die Streikbewegung vom Dezember 1995 mit der von 1936 oder 1968 zu vergleichen, was den Zustrom an Gewerkschaftsmitgliedern betrifft.

Es gibt dennoch einen Punkt, wo man Vorbehalte gegenüber der Haltung der Gewerkschaftsführungen gehört hat – allerdings kaum in Versammlungen: die Frage der Ausweitung der Streiks. Diese Frage hatte sich tatsächlich im Lauf der Zeit zu einer Kraftprobe ersten Ranges verwandelt, und war geeignet, über die Zukunft der Bewegung zu bestimmen. Und die Hellsten oder die Engagiertesten im Kampf (oft die Gewerkschaftsdelegierten von der Basis) verstanden sehr schnell, daß jenseits der zur Schau gestellten Diskurse die Gewerkschaften überhaupt nicht erpicht darauf waren, die Ausweitung der Bewegung auf den Privatsektor zu erreichen.

Natürlich hat die CGT, die vom 4. bis zum 7. Dezember ihren Kongreß abhielt, zweimal nach erregten Debatten zur »Verallgemeinerung« der Streiks aufgerufen, aber es ist schnell klar geworden, daß dieser Aufruf eine Formsache war, dazu bestimmt, den Schein zu wahren (die FO hat sogar zum Generalstreik im Privatsektor aufgerufen..., wo sie fast keine Mitglieder hat). Denn um den Privatsektor zum Eintritt in den Streik zu veranlassen, was gewiß schwieriger ist, da er oft starkem Druck von Seiten der Unternehmer ausgesetzt ist, da er vor allem vom Angriff auf die Renten nicht betroffen und weniger empfänglich für den Einfluß der Gewerkschaft ist, bedarf es schon mehr als eines formalen Aufrufs. Es bedarf eines Willens, Überzeugungsarbeit, direkter Kontaktaufnahmen, was die Gewerkschaften nie forcieren und was sie vielleicht sogar verhindert haben¹⁶. Zweifellos bedurfte es auch eines Minimums an gewerkschaftlicher Selbstkritik, denn die Parole »37,5 Jahre für alle«, die vorsichtig in einigen Gewerkschaftsflugblättern vorgebracht wurde, konnte nicht ausreichen, um das totale Fehlen eines

Kampfauftrufs im Jahre 1993 vergessen zu lassen, als der Schlag der Verlängerung der Beitragszeit für die Rente dem Privatsektor verpaßt wurde. Genauso könnte man sich fragen, warum die Gewerkschaften gewartet haben, bis die Rückkehr zur Arbeit vorbereitet wurde, um an einem Wochenende eine nationale Demonstration zu organisieren, eine Voraussetzung, um die Teilnahme der nichtstreikenden Arbeiter zu ermöglichen, also um direkte Kontakte zwischen Streikenden und Nichtstreikenden zu erlauben...

Genau in der Frage der Ausweitung des Streiks auf den Privatsektor hat die Hauptschwäche der Bewegung – ihre strategische und organisatorische Abhängigkeit von den Gewerkschaften – die meistens Konsequenzen. Denn als die Zugeständnisse der Regierung kamen, hatten die Gewerkschaften keine große Mühe, die Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bringen, denen sehr wohl bewußt war, daß das Kräfteverhältnis es nicht zuließ, an dem Punkt zu gewinnen, der zur einzigen vereinheitlichenden Forderung geworden war: die totale Rücknahme des Juppé-Plans. Die CGT weiß dennoch die Form zu wahren: sie ruft die Eisenbahner auf, »die aktuelle Form der Bewegung zu verändern« – natürlich ohne neue Formen vorzuschlagen... Dagegen wird dort, wo sich lokale Konflikte in die Bewegung integrieren, die Rückkehr zur Arbeit problematischer. Am 15. Dezember, also als die Wiederaufnahme der Arbeit in den Verkehrsbetrieben vorsichtig anfängt, erklärt ein CFDT-Delegierter: »Die Basis wächst. Unsere Gewerkschaftsführer versuchen immer noch die Bewegung aufzuspalten, anstatt zu einem Generalstreik aufzurufen.« Aber die Widerstände dauern insgesamt nicht länger als ein paar Tage, mit Ausnahme einzelner Orte.

Eine voll ausgearbeitete Gesellschaftskritik

Von Anfang an hat die Forderung nach »Rücknahme des Juppé-Plans« als Bindemittel für die gesamte Bewegung gedient. Man braucht sich nicht über den rein defensiven Charakter dieser Forderung zu wundern: In einem Zusammenhang, wo seit dem definitiven Scheitern des »realen Sozialismus« kein Projekt zur Umwandlung der Gesellschaft Zeit oder Gelegenheit hatte, in den Köpfen Gestalt anzunehmen; in einem Zusammenhang, wo die Jugendlichen, durch eine Konkurrenzlogik unter Druck gesetzt, die sich nun seit den ersten Jahren des Gymnasiums aufzwingt, gelähmt von der Angst um eine Zukunft, die immer bedrohlicher zu werden verspricht, es nicht wagen, von einer Zukunft zu träumen, die sie selbst aufbauen wollen. In diesem Zusammenhang wäre es ziemlich unrealistisch, von der ersten großen Streikbewegung seit dem Fall der Mauer zu erwarten, daß sie sich zum Träger einer Idee radikaler Gesellschaftsveränderung machen könnte. Auch wenn übergreifende Forderungen wie die massive Arbeitszeitverkürzung oder Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln während der Streiks sich ein bißchen den Weg gebahnt haben, so ist es Tatsache, daß die Einheit auf einer

defensiven und minimalen Basis entstanden ist.

Aber wir hätten Unrecht, wenn wir die Breite des Weges, den die kollektive Kritik, die im Laufe der Tage in den Vollversammlungen oder den branchenübergreifenden Treffen entwickelt worden ist, durchlaufen hat, unterschätzen würden. Das Zusammentreffen der besonderen Unzufriedenheiten, aber auch die stillschweigende Unterstützung eines guten Teils der Nichtstreikenden haben diejenigen, die sich in erster Linie im Kampf engagiert haben, dazu gebracht, sich als Wortführer eines kollektiven »Schnauze-Voll« zu fühlen, das sich an die gesamte herrschende Klasse richtet. So hat auch die Macht des »Einheitsdenkens«¹⁷ ein Ende gefunden – das seit mehr als zehn Jahren mit Arroganz beanspruchte, die einzige mögliche und wünschenswerte gesellschaftliche Entwicklung zu fördern, indem es die Belange der Ökonomie, der Leistung, der Konkurrenz und des Marktes verteidigte.

Sicher haben wir vor allem in den Gewerkschaftsreden das Wiedererscheinen der alten rohen Äußerung des Klassengefühls erlebt: »Es sind immer die Kleinen, die es ausbaden müssen.« Aber innerhalb des langen Rückschritts der gesellschaftlichen Errungenschaften hatte selbst diese reduzierende Form des Klassengefühls (denn es ist ohne jeglichen emanzipatorischen Gedanken) einen Charakter des Bruchs mit der passiven Haltung – die einige für Zustimmung gehalten haben – die für Jahre vorgeherrscht hat: »Wir haben die Opfer satt, die immer von denen am unteren Ende der Rangordnung bezahlt werden.« Gewiß wurden oft vereinfachende Lösungen wie »Man muß die Finanzeinkommen versteuern«, die modernisierte Version von »Man muß die Reichen bezahlen lassen«, von den Gewerkschaftsaktivisten als Patentrezept vorgebracht und so die Probleme der Wahl einer Gesellschaft aufgeschoben¹⁸.

Aber davon abgesehen gab es zahlreiche Gelegenheiten freien Meinungsaustauschs, wo man auch andere Dinge hat äußern hören. Vor allem ein starkes Gefühl der Ungerechtigkeit, das sich nach Jahren der Unterwerfung unter den herrschenden Diskurs ausdrückte; es war stark, weil bei vielen genährt vom Gefühl, durch die Politiker reingelegt worden zu sein, die die Ansprüche des Volkes benutzt haben, um an die Macht zu kommen und sie danach verhöhnen; es war stark, weil es von einem kollektiven Bewußtwerden über die wirkliche Bedeutung der Worte der Macht begleitet war: es wird für alle offensichtlich, daß Rentabilität, Liberalisierung, Privatisierung nur Entlassungen, Arbeitsintensivierung, Erhöhung der Preise bedeuten; daß »Kampf gegen die Arbeitslosigkeit« Prekarität und niedrige Löhne bedeutet, die massiv in allen Bereichen der Lohnabhängigen eingeführt werden.

Nach und nach wurde so die Logik derjenigen wieder in Frage gestellt, die alle Entscheidungen der politischen Klasse seit 15 Jahren geleitet haben, und dies im Namen von Werten, die durch soviele Jahre »Einheitsdenken« schon fast ausgelöscht geglaubt schienen: Solidarität, Verteidigung des öffentlichen Wohls.

Solidarität

Diese Bewegung hat schonungslos offen gelegt, daß die Arbeitslosigkeit und die große Armut zur Angelegenheit aller geworden sind, und nicht nur derjenigen, die von der Macht und den Medien als Ausgeschlossene bezeichnet werden; und nicht nur zur Angelegenheit der Bewahrer des sozialen Konsenses. Mit anderen Worten, daß die Schwelle des Erträglichen überschritten worden ist. Dies bezieht sich nicht nur auf eine quantitative Realität (alle haben inzwischen einen Arbeitslosen unter ihren Verwandten, alle fühlen sich mehr oder weniger bedroht), sondern zweifellos auch auf das Wiedererwachen des alten Gleichheitsgefühls, das in den Kämpfen der letzten zwei Jahrhunderte entstanden war und das man kaum noch lebendig glaubte.

Infolgedessen ist es nicht mehr das wachsende Elend, was man als Skandal anprangert, sondern die wachsenden sozialen Ungleichheiten: Reichtum auf der einen Seite, Elend auf der anderen. So haben die Beschäftigten der Krankenhäuser die wachsende Ungleichheit im Zugang zu den Diensten angeprangert, die von der Steuerbehörde die wachsende Ungleichheit in den Steuererhebungen.

Verteidigung des öffentlichen Wohls

Die Zerschlagung des Öffentlichen Dienstes war zweifellos das am meisten kritisierte Element in den Streiks. Gewiß liegen die Gründe in den unmittelbaren Problemen der meisten streikenden Branchen des Öffentlichen Dienstes: Drohungen von Streckenstilllegungen bei der SNCF, von teilweisen oder vollständigen Schließungen von Krankenhäusern, Entlassungsdrohungen in Verbindung mit zukünftigen Privatisierungen bei der Post, bei France Télécom, bei EDF-GDF ... Gewiß war es gestützt auf die Identifikation der Beamten mit dem Staat, auf ihren Stolz, einer großen Verwaltung zu dienen, die wegen ihrer Effizienz bekannt ist. Und in dieser Richtung hat die Unzufriedenheit die Branchenfragen hinter sich gelassen. Denn das, was sich in den Streiks massiv äußerte, war eine Reaktion der Revolte gegen den Bruch des Vertrags, der unausgesprochen den Staat mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes verband, und weiter gefaßt, den Staat und die französische bürgerliche Gesellschaft.

Zwei Elemente bekräftigen diesen Standpunkt:

- Die Streikbeteiligung eines nicht zu vernachlässigenden Teils der höheren Angestellten und der Meister in der Frage der Verteidigung des Öffentlichen Dienstes, der durch die Politik der Rentabilität der Führungen in Frage gestellt ist;
- die Breite der Demonstrationen und die relative Radikalität der Aktionen in der Provinz, wo die Ablehnung einer Zerschlagung des Öffentlichen Dienstes begründet ist in der Ablehnung eines Kahlschlages auf dem Lande (fortschreitendes Verschwinden der Schulen, der Postämter, der Eisenbahnliniен...) und der massiven Arbeitslosigkeit (der Staat ist in vielen Städten der letzte große Arbeitgeber).

Es war zweifellos dieser Eindruck des Vertragsbruchs, der so viele Streikende dazu gebracht hat, die Kritik auf eine Ebene zu heben, die bisher nur der linke Rand der Arbeiterbewegung formuliert hat: »Schluß mit der herrschenden Wirtschaftsideologie, die die Menschen ignoriert! Schluß mit der liberalen Logik, die sie vernichtet!« Infolgedessen äußert sich nach und nach der Bruch zwischen »ihnen« und »uns«. Sie, das sind die Politiker, die Technokraten, die, welche in Buchhalterbegriffen denken. »Wir«, das sind alle Menschen ohne Macht, die »Bürger«, Träger von Werten menschlicher Solidarität. Eine Erneuerung des Klassengeföhls also, dieses Mal als Anleihe bei den humanistischen Werten – Werte, denen die klassischen Theoretiker des Klassenkampfs jede Wichtigkeit absprachen...

Es ist in diesem Zusammenhang nicht erstaunlich, daß der Gedanke einer Lösung durch einen Wechsel des politischen Personals nicht auf der Tagesordnung stand – auch wenn es gefallen hätte, sich vorzustellen, Juppé mitsamt seinem Plan zu stürzen; auch wenn der Stimmengewinn der Sozialisten bei den Teilwahlen am 3. und 10. Dezember beweist, daß das Schaukelspiel auf der politischen Bühne noch seine Funktion erfüllt (aber für wen? Für die, die auf der Straße sind oder für die, die Angst vor der Straße haben, die sich äußert?).

In den Streiks, auf der Straße fühlte man sehr wohl, daß die Gesamtheit der ökonomischen, technischen und menschlichen Entscheidungen, die von der gesamten politischen Klasse seit 15 Jahren getroffen worden sind, in Frage gestellt wurde. Warum über Regierungswechsel reden, wenn die dort oben sich alle einig sind, den Rückzug des Staates voranzutreiben, um Privatisierungen durchzuführen, um die Kosten der Defizite denen am Ende der Rangordnung aufzubürden? Alle, und nicht nur die Rechte und nicht nur die französischen Politiker; alle, die ganze internationale herrschende Klasse trifft überall dieselben Entscheidungen.

In der politischen Klasse übrigens wollte scheinbar niemand die heiße Kartoffel, die die Handhabung dieses sozialen Konfliktes war. Jospin hat darauf hingewiesen, daß er erst in ferner Zukunft an die Macht zurückkehren wird und seine Truppen aufgefordert, sich darauf vorzubereiten. Die KP hat sich bedeckt gehalten. Nur der populistische Flügel der Regierungsrechten zappelte und hoffte, bald an die Reihe zu kommen.

Es ist auch nicht erstaunlich, daß die Medien als das begriffen wurden, was sie sind: Werkzeuge im Dienste der Macht. Ihre so offensichtlich partielle Behandlung der Ereignisse konnte nur zu dem Gefühl beitragen, daß die Regierung die Streikenden als Feinde und die Medien als Kriegswaffe behandelt.

Schließlich ist es nicht erstaunlich, daß die sogenannte Intellektuellenwelt sich durch diese plötzliche Wortmeldung einer Welt gestört fühlt, die 20 Jahre geschwiegen hat, scheinbar ohne Ideen und Stimme.

Einige haben sich daran gemacht, das zu diagnostizieren – »Legitimitätsverlust der Eliten«, die zu technokratisch, zu sehr vom Volk abge-

schnitten seien; »Kommunikationsdefizit« von Seiten einer Macht, die nicht verstanden habe, daß das Volk heute intelligent genug ist, die Dinge erklärt zu bekommen, bevor man sie ihm aufzwingt...

Im Lager der Linken gibt es einerseits die, die sich auf die Seite der »notwendigen Reform« gestellt haben und sich ereifern, in dieser Bewegung nicht mehr zu sehen als Branchenforderungen, während sie die Äußerung dieser Bewegung auf gewerkschaftliche Forderungen reduzieren. Andererseits die, die das Lager der Streikenden gewählt haben, nicht ohne die Bewegung mit Werten zu beladen, die vor allem die ihrigen sind: Verteidigung der »republikanischen Werte«, des »typisch französischen« Öffentlichen Dienstes... Schließlich gab es subtilere Verleumder wie Wieviorka, für den diese soziale Pseudo-Bewegung sich im Vergleich zu 68 unfähig gezeigt hat, sich der Gesamtheit der Probleme anzunehmen, die sich der Gesellschaft stellt ...

In all diesen Positionen war weder die Rede vom Wiederauftauchen eines Klassengefühls, das der herrschenden Logik feindlich gegenübersteht, noch von der schwierigen Ausarbeitung einer Gesellschaftskritik, die das Streben nach einer anderen Gesellschaft ausdrückt. Und dennoch ging es um all das in den Köpfen und manchmal auch in den Wörtern. Und genau das müssen wir in den Kämpfen von morgen lebendig werden lassen.

Öffnen sich die Perspektiven?

Die Bewegung vom Dezember 1995 kann sehr wohl als letzte Version eines typisch französischen Schemas begriffen werden: eine Zentralmacht, die den zwischen sich und der bürgerlichen Gesellschaft vermittelnden Mächten keinen Platz läßt; Probleme, die durch Explosion geregelt werden; Gewerkschaften, die zu schwach sind, um in normalen Zeiten zu verhandeln, die unter dem Druck der sozialen Mobilisierung an den Verhandlungstisch gelangen; schließlich ein neuer Kompromiß bis zur nächsten Krise.

Nur daß es diesmal gar keinen Kompromiß gab. Daß nicht einmal Verhandlungen gab. Übrigens scheint es, daß keine Verhandlung mehr möglich ist. In einem Zusammenhang, wo das Wachstum nicht mehr an der Tagesordnung ist; wo die Belange der europäischen Einigung und allgemeiner die Globalisierung der Wirtschaft dem Zentralstaat jegliche Entscheidungsmöglichkeit im Rahmen allgemeiner ökonomischer Optionen nehmen; wo der transnationale und darüberhinaus verborgene Charakter des Finanzkapitalismus die Finanzierung der Sozialausgaben durch einen bedeutenden Einschnitt in die Profite verbietet – in einem solchen Zusammenhang sieht man nicht, wie sich ein Kompromiß entwickeln könnte.

Und dennoch ist nichts geregelt. Die Umgestaltung der Vorruststandsregelungen, der Planvertrag Staat-SNCF, die Privatisierung von France Télécom sind nur aufgeschoben. Allgemeiner gesagt werden die Probleme der Defizite der Verkehrsbetriebe, des öffentlichen Defizits, der

kommenden Privatisierungen Quellen zukünftiger Spannungen sein. Die Lohnfrage droht übrigens mit den ersten zusätzlichen Abstrichen wieder aufzuflackern.

Keine Perspektive für politischen Wechsel mehr. Die Politiker können wechseln, sie behandeln dieselben Probleme mit derselben Logik. Nur die Methoden ändern sich. Die Methode der Handhabung der Konflikte: Spaltung, Tiefschlag oder eiserne Hand.

Es ist gut möglich, daß diese Bewegung die Eröffnung einer Zeit der Erneuerung der Kampfbereitschaft markiert. Für viele Jugendliche sind diese drei Dezemberwochen die erste große Kampferfahrung. Für alle ist dies der erste große branchenübergreifende Streik und die erste große Bewegung seit zwanzig Jahren. Die Lust am kollektiven Kampf, an der öffentlichen Äußerung der Revolte, das wiedergefundene Zusammenleben sind Motivationen, deren Kraft man nicht unterschätzen darf. Und die branchenübergreifenden Kontakte haben autonome Netze entstehen lassen, die nur danach verlangen, wieder aufgespannt zu werden.

Es bleibt die Frage, ob die Abwesenheit des Privatsektors im Kampf, die ihn von der Ansteckung durch den Protest abgehalten hat, nicht den Bruch zwischen privatem und öffentlichem Sektor in Bezug auf die Kampfkraft verstärken wird, ein Bruch, der bereits seit mehreren Jahren sichtbar war.

Es bleibt die Frage, ob es den kritischen Fähigkeiten, die diese Bewegung geäußert hat, gelingen wird, die nationalistischen, »Identitätssuchenden«, sogar rassistischen Abwege, die einige wiederbeleben wollen¹⁹, in Schach zu halten.

Es bleibt schließlich die Frage, wie die Entwicklung der Kämpfe in Europa sein wird. Denn heute mehr denn je kann sich keine dauerhafte Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen auf nationaler Ebene abspielen.

Paris, Ende Dezember 1995

1. Während die Studentenzahlen wegen einer Politik, welche die Verlängerung des Studiums fördert, ständig steigen, wurde das Hochschulbudget seit 1993 nicht mehr erhöht. Bestimmte Universitäten, besonders die jüngsten, wie Rouen, sind so mittellos, daß sie nicht mehr funktionieren. 2. *Le Monde*, 21. Dezember 1995. 3. In den Öffentlichen Dienst einzutreten, heißt, zu akzeptieren, daß man sich in den Dienst des »öffentlichen Wohles« stellt, für einen Lohn, der oft niedriger ist als entsprechend im privaten Bereich, aber mit einem geschützten Statut zum Ausgleich: Beschäftigungsgarantie und besondere Vorteile je nach Beruf, darunter für einige die Möglichkeit zur Frühverrentung. Es stimmt, daß seit zehn Jahren die massive Arbeitslosigkeit und die Senkung der Löhne im privaten Sektor dazu beigetragen haben, den Öffentlichen Dienst extrem attraktiv zu machen, aber es ist nicht sicher, daß die älteren Lohnabhängigen des Öffentlichen Dienstes das Ausmaß dieses

Phänomens kennen. Dagegen ist der massive Rückgriff auf prekäre Beschäftigungen von Seiten der Verwaltungen in den letzten Jahren – und dies an der Grenze der Legalität – eine unbestrittene Quelle der Unzufriedenheit geworden. 4. Siehe dazu den Artikel »Syndicalisme français: quel genre de crise?«, in *Cahiers du Cercle Berneri* Nr. 3 (deutsch: »Die französischen Gewerkschaften: welche Krise?«, im Wildcat-Wandlitz-Reader Nr.1/1991. 5. Die Verwaltungen hatten ziemlich oft die Tendenz, zu verhindern, daß die Zahl der Streikenden registriert wurde. Deshalb sind alle veröffentlichten Zahlen mit Vorsicht zu genießen. Übrigens merken wir an, daß es immer nur Prozentzahlen gibt, niemals absolute Zahlen der Streikenden. 6. In Paris hat das Rathaus tatsächlich die Initiative ergriffen und die Strafmandate ausgesetzt, um die Verschlimmerung der Situation angesichts des Auto-Chaos zu verhindern. 7. Gewerkschaftsangaben. 8. Nur der traditionell konservative äußerste Osten und der äußerste Norden (»durch soviele verlorene soziale Kämpfe gebrochen?«) sind von dieser Flutwelle verschont geblieben. 9. Nachdem Juppé nach den ersten Protesten angekündigt hatte, daß er erst zurücktreten würde, wenn zwei Millionen Menschen auf die Straße gingen, hat man angefangen von »Juppéthon« zu sprechen: nach dem Bild von »Téléthon«, einer Fernsehsendung, wo das Überbieten von Spenden zugunsten der medizinischen Forschung organisiert wird, bestand das Spiel darin, die Anzahl der Demonstranten von Demo zu Demo zu steigern. 10. Marseille, die Stadt, wo die Demonstrationen am beeindruckendsten waren, hat 20% Arbeitslose. »Die Ausgeschlossenen demonstrieren mit den Geschützten in einer Art protesthaften und momentanen Verkleinerung der berühmten sozialen Spaltung«. *Le Monde*, 14.12.95). 11. Am Freitag, dem 1. Dezember, gelingt es den kommunistischen, trotzkistischen, anarchistischen und autonomen Aktivisten, die an die Techniken von Abstimmungen und Gegenabstimmungen gewöhnt sind, inmitten der stürmischen und unendlichen Debatten, die nach und nach die Delegierten aus der Provinz entmutigten, den Kern der Delegation zu bilden, die die Verhandlungen auf nationaler Ebene führen soll. 12. Am Abend des 30. November muß die nationale Koordination, die sich nach der einheitlichen Demo in Jussieu versammelt hat, fliehen, um Zusammenstöße mit der Polizei aus dem Weg zu gehen, auf die eine Plünderung der Cafeteria und der Buchhandlung folgen. Diese Zusammenstöße wurden provoziert von einer Gruppe von Studenten und Gleichgesinnten, die sich, nachdem sie einige Tage vorher vom Ordnungsdienst aus der vorhergehenden Versammlung der Koordination rausgeworfen worden waren, nach der Demo versammelt hatten und in einem Demozug nach Jussieu marschiert waren unter der Parole: »Die einzige Lösung ist die Revolution«. Es endet damit, daß sich mitten in den Zusammenstößen eine andere Versammlung zusammenfindet, die von CARGO (Collectif d'agitation pour un revenu garanti optimal; Gruppe, die sich für ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle einsetzt) organisiert wurde, und wo Eisenbahner und Arbeitslose teilnahmen. Daher, so scheint es, ein freier und

glücklicher Meinungsaustausch. 13. An diesem Abend beginnen alle Fernseh- und Radionachrichten mit zehnminütigen Glückwünschen wegen der Freilassung der französischen Piloten, die in Bosnien gefangen waren. Die Demonstrationen werden danach in zwei Minuten abgehandelt. Das ist die offenkundigste Veranschaulichung der totalitären Haltung der Medien, die während der ganzen Bewegung das Spiel der Regierung gespielt haben: die Aufmerksamkeit von der sozialen Bewegung ablenken, volles Licht auf den Appell von Cotonou beim Gipfel der Frankophonien, auf die Unterzeichnung des Friedensabkommens in Jugoslawien... Nicht erstaunlich also, daß die Streikenden und Demonstranten die Medien als Gegner begriffen haben (mehrere Male wurden Kameraleute des Fernsehens angegriffen). 14. In allen großen Pariser Demos führten die Eisenbahner spektakulär den Demozug an und erhielten unterwegs viel Beifall. 15. Es war vor allem in der Provinz, wo man Formen offensiver direkter Aktion erwähnen kann, über die von der nationalen Presse nur sehr spärlich berichtet wurde. Hier ist das, was ich berichten kann: die Elektriker der EDF haben an verschiedenen Orten für alle Verbraucher automatisch den Nachttarif eingestellt und hier und da den Strom wieder angestellt, der zahlungsunfähigen Familien gesperrt worden war. Eingänge von Rathäusern oder Häusern von Deputierten wurden zugemauert, Landebahnen blockiert; Stadtzentren wurden mittels Autobussen blockiert, besonders auf dem Höhepunkt der Streiks (6.-7. Dezember), aber an bestimmten Orten auch, als die Wiederaufnahme der Arbeit begann. 16. Zur Veranschaulichung hier die Äußerungen eines Delegierten der FO am Bahnhof St.-Lazare, wiedergegeben von einem Journalisten von *Le Monde* (18.12.95): »Ich bin davon überzeugt, daß die Gewerkschaftsführungen von CGT und FO niemals bis zum Generalstreik gehen wollten. Viannet und Blondel scheßen sich in die Hose beim Gedanken daran. Die Bewegung ist zu spontan, zu autonom. Wir haben dies ja vor Ort gesehen. Sie haben wie verrückt gebremst, um zu verhindern, daß wir Streikkomitees in jedem Viertel organisieren.« 17. Ein Begriff, der von *Le Monde diplomatique* verbreitet wurde und in der Bewegung einen außerordentlichen Erfolg hatte. 18. Um praktikabel zu sein, setzt die Besteuerung der Finanzeinkommen angesichts der Internationalisierung des Finanzmarktes und des verborgenen Charakters der finanziellen Transaktionen mindestens eine Kontrolle von Seiten der Arbeiter der Banken voraus – eine Frage, die sich die Gewerkschaften wohl hüten, aufzuwerfen. 19. Die Front National fühlte sich von dieser Streikbewegung stark in Verlegenheit gebracht, die, wie ihre eigene Wochenzeitschrift schreibt, »die politische Debatte von der nationalen Ebene, wo die Front National unschlagbar war, auf eine sogenannte soziale Ebene verlagert hat«. Als Anhängerin der Zerschlagung des Systems sozialer Sicherheit und der Renten zugunsten von Systemen individueller Versicherung hat sie sich dennoch gegen den Juppé-Plan, aber... gegen die Gewerkschaften und gegen die Streiks ausgesprochen.

Gegen die Schmerzsimulanten – Gedanken zu Rassismus und Revolution

Serien haben durchaus etwas für sich – so lange es sich um *Lindenstraße* oder die *Bravo-Foto-Love-Story* handelt. Beim vierten Teil der Bremer »Thesen und Vorschläge zu Faschismus/Antifaschismus« (Zirkular 22) konnte sich allerdings ein erleichtertes Aufatmen, daß es sich um den letzten Teil handelt, nicht unterdrücken lassen.

Und doch ist es gut, daß der Text geschrieben wurde, denn der Bremer Vorschlag, »aus der Erfahrung der Antifa-Bewegung Schlüsse (zu) ziehen, die die ganze Ausbeutung und Unterdrückung ins Visier nimmt«, ist symptomatisch dafür, daß in der Diskussion um »Rassismus/(Anti)Faschismus-/Klassenkampf« nicht nur das Ende der Fahnenstange erreicht wurde, sondern nur noch Bodenlosigkeit in Sicht ist.

Ich habe mich nach den wütenden und verletzten/verletzenden Reaktionen auf mein thesenhaftes Papier zu Rassismus (Zirkular Nr.12) nicht mehr zu dem Thema geäußert. Das »Problem des Rassismus« besteht allerdings weiterhin, und einige DiskutantInnen und Zirkular-GenossInnen waren anscheinend nur fähig, auf Versuche, sich diesem Problem zu nähern, mit der hysterischen Geste von »Kopfweh und Migräne« (Vorwort Zirkular 14) zu antworten. Wer sich derart Schmerz simulierend am Boden wälzt, will in Ruhe gelassen werden und sich weiterhin »im Namen eines Klassenkampfes als Prinzip« (M.Rheinlaender) eine notwendige Diskussion vom Leib halten.

Da konnten meine tastenden Versuche, sich dem Phänomen »Rassismus & Klasse« zu nähern, nur als »Unverschämtheiten und Beleidigungen« interpretiert werden; die »möglicherweise wertvolle(n) Gedanken« Martin Rheinlaenders zur Rassismusfalle werden auch nicht dahingehend diskutiert, ob sie es denn tatsächlich sind, sondern die scheinbar alles erklärende Etikettierung »intellektualistisches Geschwätz« ist Argument genug.

Ein solches Vorgehen, solche »Unverschämtheiten und Beleidigungen«, bekommen meines Erachtens in den Ausführungen des ehemaligen Antifas aus Bremen ihre verdiente, wenn auch unfreiwillig ausgestellte, Quittung. Die »Vorschläge für eine militante Praxis« mit den ganzen großen Gesten vom Schreibtisch aus, die eine »soziale Verankerung aufbauen« wollen und die »rassistischen Spaltungen in sozialen Kämpfen aufheben« wollen, sind so floskelhaft wie nichtssagend. Denn sie bringen uns in der aktuellen Krise um keinen Zentimeter weiter.

Der Verweis auf die Erfahrungen und praktischen Verknüpfungsversuche von Flüchtlingsgruppen und Initiativen wie die Aktionen gegen städtische Vertreibungspolitik, die Kölner SozRevKonf, den »Club der Verdrängten« oder Bremer ARAB-Initiativen und ähnliches ist richtig, das sind sehr wichtige

Initiativen. Doch teilweise liegen auch schon Fragmente einer Selbstkritik vor; so berichtete die Berliner Donnerstagsgruppe auf dem Autonomen Kongreß, sie hätten mit ihrem Versuch, mit einem »Club der Verdrängten« sich der »soziale Frage« zu nähern, eine »Romantisierung der Ausgrenzungssituation« betrieben und hätten die Spaltungen innerhalb der »Ausgegrenzten« dann schmerhaft wahrnehmen müssen.

Genau mit diesen Initiativen und entlang dieser Erfahrungen sollte diskutiert werden über eine antikapitalistische Gegenmacht, die mehr sein muß, als eine Randgruppenstrategie. Nur sehr wenig ist leider im Zirkular über oben genannte Initiativen zu erfahren. Doch über den Antifaschismus oder noch schlimmer: die real existierenden Antifa-Zusammenhänge und deren Praxis zum »Ganzen« – nennen wir das Kind beim Namen, auch wenn er fast schon veraltet klingt: zur Revolution – kommen zu wollen, ist unhistorisch, töricht und unmöglich.

Ich möchte im folgenden erneut die Zirkular-Gemeinde mit Überlegungen zu Rassismus & Klassenkampf belästigen (gegen Kopfweh und Migräne hilft: nicht lesen oder Aspirin). Bezug nehmen möchte ich auf Martin Rheinlaenders Warnung vor der »Rassismusfalle« (Zirkular Nr. 14), und ich möchte Rassismus und Antisemitismus im Zusammenhang mit proletarischen Such-Findungsprozessen diskutieren.

I. Arbeiterklasse und Kapital

Zwischen Arbeiterklasse und Kapital existiert nicht zwangsläufig ein Antagonismus. »In der Allgemeinheit, wie der Klassenkampf zunächst begriffen werden muß, entwickelt er aus sich heraus nicht zwangsläufig oder historisch-notwendig eine Perspektive, die über das Grundverständnis von Arbeiterklasse und Kapital hinausweist.« Rheinlaender sieht – in Radikalisierung E.P.Thompson – eine gesellschaftliche Krise und die Möglichkeit der Revolution dann gegeben, wenn in sozialen Auseinandersetzungen Wertvorstellungen und bisherige Orientierungspunkte (*moral economy?*) sich radikalisieren, verschwinden oder verschoben werden. Nicht der angebliche Antagonismus von Kapital und Arbeit führt notwendig zur Revolution, sondern die Selbstwahrnehmung im »Kampf um gesellschaftliche Anerkennung« und die neuen Erfahrungen, die sich aus dem Zusammenprall neuer Bedingungen mit bereits vorhanden Vorstellungen ergeben.

Der Klassenkampf – der, von der »Klassen-Linken« zum Prinzip erhoben, etwas farblos den »AntirassistInnen« entgegengehalten wird – ist jedoch bloß »allgemeines Grundverhältnis von Arbeiterklasse und Kapitalismus« – und deshalb noch nicht notwendig kapitalistische Ausbeutung transzendorrend. Zugespitzt gesagt ist der historische Sinn der Arbeiterklasse einzig und alleine der, sich als Arbeiterklasse ausbeuten zu lassen, und nicht der, der von sämtlichen marxistischen Theoretikern fast schon naturgesetzlich hineingemoppt ist.

gelt wurde: Revolution zu machen und den Kommunismus aufzubauen. Erst in dem handfest auszumachenden Willen, nicht mehr Arbeiter sein zu wollen, ist Kommunismus als reale Bewegung vorhanden. Mit der Auflösung der Arbeiterklasse wäre dann auch der Kapitalismus an seinem wohlverdienten Ende. (»Auflösung« hört sich zugegebenermaßen zu harmlos an. Es geht nicht – wie bei Robert Kurz – darum, daß Kapital und Arbeit »aufgehoben« gehören, wie der Kritiker der Warengesellschaft es ausdrückt. Sondern es geht um einen gewaltsamen Prozeß, der nur von der Klasse selbst, nicht von Managern und Bankern, ausgehen kann.)

Doch genau dieser Wille, auszubrechen aus der Verwertungslogik, ist als reale Bewegung kaum noch vorhanden.

Eben dies ist der Kern der Krise der Arbeiterklasse, die zur Krise der antikapitalistischen Linken wurde, welche sich immerhin einig ist, »daß Emanzipation als soziale Befreiung letztlich nur durch die Klassenkämpfe hindurch erreicht werden kann...«(1)

Denn der Klassenkampf ist nicht tot, er existiert so lang es kapitalistische Ausbeutung gibt, doch er ist – teuflischerweise – nicht nur oft genug das modernisierende Lebenselixier des Kapitals, sondern er ist ihm immanent. Das Kapital erstickt erst dann an ihm, wenn die Tendenzen des Kampfes der Klasse gegen sich selbst (als Klasse) auftreten, und damit die Voraussetzungen einer gesellschaftlichen Krise produziert werden.(2)

So abstrus ein proklamiertes »Recht auf Faulheit« mittlerweile in den meisten proletarischen Ohren klingen mag, so unvorstellbar ist der Bruch mit der Verwertungslogik des Kapitals geworden. Im Gegenteil, die Akzeptanz der Verwertungslogik, deren Teil man als Träger der Ware Arbeitskraft ist, hat die Vorstellungen zu einem leidenschaftlichen »Produktivismus« sogar noch radikaliert. Je mehr antikapitalistische Vorstellungen (sei es die Überzeugung, ein Existenzrecht zu haben, das abgekoppelt von der Arbeit ist, sei es die konkrete Negierung kapitalistischer Eigentumsformen) verdrängt werden, desto brutaler setzt sich das Diktum »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« in allen erdenklichen Varianten durch. Eine davon ist der Rassismus.

II. Rassismus als konformistische Rebellion - über Produktivismus und Rassismus

Ich halte die Etikettierung des Klassen-Rassismus als »konformistische Revolte« (K.H.Roth) für durchaus brauchbar. Ich möchte auch zeigen, daß in einem gewissen Sinne die Wildcat-Bemerkung »riots von rechts« völlig richtig ist.

In der rassistischen Jugendrevolte in Rostock und Hoyerswerda – an der in der Tat viele Prolos beteiligt waren – kommt zum Ausdruck, daß die bisherige Wahrnehmung der Gesellschaft und die Orientierungspunkte sich aufgelöst haben. Gesellschaftliche Umbrüche, Krisenerscheinungen und Deregulierungsfolgen dürfen genauso wenig ausgeblendet werden, wie zu Heitmeyer-

schen Konzepten der nationalen Pazifizierung »unserer Jungs« oder zur Versozialarbeiterung sozialrevolutionärer oder operaistischer Initiativen verkommen: die Faschos seien »mit ihrer ungeheuerlichen Deprivationserfahrung von allen, auch und gerade den Linken, alleingelassen...«(3)

Was uns in der Gestalt von »Rostock« begegnete, war die (un)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Medium der Krise.(4) Die Subjektivität, die in diesen rassistischen Angriffen zum Ausdruck kommt, ist entschieden von Werten und Erwartungen des Fordismus geprägt. Proletarische Männlichkeitssymbole (der Skinhead-Look) und Gewalt gegen AusländerInnen und andere Gruppen, die beschuldigt werden, Arbeit wegzunehmen oder sich vor Arbeit zu drücken, prägen diesen Rechtsradikalismus; entscheidend ist die Hypostasierung »der Arbeit«. Seine Angriffe gegen Vertreter der Staatsmacht sind »militanter Reformismus«, man weiß sich im Grunde mit dem Souverän einig: spätestens beim staatlich organisierten & geschützten Abtransport der Flüchtlinge erfolgt das honorierende Beklatschen der Staatsmacht. Die rassistischen Angriffe könnten also durchaus mit der verdutzten Wildcat-Frage »riots von rechts?« umschrieben werden – es handelt sich um einen Aufstand für den Fordismus. Er klagt die männliche Rolle im patriarchalen Neufindungsprozeß ein, ebenso die nationale Identität des »deutschen Staatsbürgers« gegen den Bedeutungsverlust des Nationalstaats und die sozialstaatliche Einbindung gegen die Deregulierung.

Es ist eine hoffnungsloser Findungsprozeß – außer der Brutalisierung der Gesellschaft und der Installierung eines Gewaltlevels, auf den verweisend sich der Sicherheitsstaat ausweitet, gewinnt der Klassenrassismus keinen Blumentopf. »Daß das Multikulti der neuen Mittelschichten den gesellschaftlichen Garantien und der Verfassung der keynesianischen Arbeiterklasse den Todesstoß versetzen wird, haben die absteigenden Schichten wohl begriffen« (5).

Trotzdem sollte nicht allzu euphorisch darauf gesetzt werden, daß der Rassismus noch die letzte Verbindung zum politischen System ist, und daß nach der Zurückdrängung der proletarischen, rassistisch artikulierten Ansprüche einige Militante für den sozialrevolutionären Kampf gewonnen werden könnten.

»In (...) alltäglichen wie gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist der Rassismus eine von mehreren Identitätsbildungen, und in seinem mobilisierten Stadium ist er eine der Arten, wie reaktionäre Normen und Werte radikaliert werden, um die eigene Stellung innerhalb der sozialen Auseinandersetzung zu definieren.« (6) Wenn ich diesen Prozeß mit dem Begriff der repressiven Subjektkonstitution umschreibe, so ist hiermit keinesfalls eine dem Individuum keinen Spielraum und keine Entscheidungen zulassende Struktur gemeint, aus der nur das richtige Parteibuch, mit dem man sich gleichzeitig das richtige Bewußtsein eingekauft hat, herauszuführen vermag. Sondern diese repressive Subjektkonstitution ist die freiwillige Unterwerfung unter die Imperative von Staat und Kapital.

Zu behaupten, innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung gäbe es keine »freiwilligen« Schritte, keine Autonomie, negiert die Möglichkeit der

Revolution: Es ist mittlerweile Mode geworden, den Kapitalismus nur noch als Verblendungszusammenhang zu bezeichnen und nicht als Ausbeutungsordnung zu begreifen. Dieser Mode folgend würde die reale Verdrehtheit der Warengesellschaft unmittelbar »notwendig falsches Bewußtsein« nach sich ziehen. Nach dieser Lesart (der ersten Seiten des Marx'schen Kapitals), die von der Freiburger ISF oder auch der neuen Bahamas vertreten wird, hat man es tatsächlich nur noch mit »bürgerlichen Subjekten« und »Charaktermasken« zu tun, die alle dem Fetischcharakter der Ware erlegen sind. Die Revolution ist somit eine vergnügliche Ausflugsfahrt für den erlesenen Kreis der aufgeklärten wertkritischen Intelligenz.

Das Problem ist, daß die Klassen-Linke diesen Analysen und Theorien recht hilflos gegenübersteht. Das ist kein Wunder, denn gerade der Operaismus war ja nie eine Theorie im eigentlichen Sinn, sondern er konnte einfach adäquat Kämpfe und vorhandene Stimmungen beschreiben. Jetzt bläst ihm allerdings (schon länger) ein kalter Wind ins Gesicht.

Wenn der Wind schon kalt bläst, müssen wir nicht auch noch Trübsal blasen: Denn wir wissen ja nicht, was sich beispielsweise unter der Oberfläche der Dezember-Streiks in Frankreich getan hat. Sicher, die soziale Bewegung in Frankreich war ein Aufstand für den Wohlfahrtsstaat. Doch dessen Interventionsmöglichkeiten sind über die Globalisierung und das Maastricht-Projekt erschöpft. Das auf der einen Seite. Auf der anderen sind die kollektiven Momente, auf der Straße zu sein, nicht zur Maloche zu gehen und auch mal vehement bis militant seine Interessen zu artikulieren, nicht zu unterschätzen. Da waren keine »bürgerlichen Subjekte« oder »Charaktermasken« auf der Straße – ganz im Gegenteil !

Dies gilt es erst einmal wahrzunehmen.

Der Untergang oder die Wiederauferstehung einer antikapitalistischen revolutionären Linken wird davon abhängen, ob erstens solche Bewegungen entstehen und sich Kämpfe entwickeln und ob zweitens jenseits der Arbeit und ihrer wohlfahrtsstaatlichen Garantierung Perspektiven sichtbar gemacht werden.

Doch mit einem sollten wir uns gegenseitig verschonen: mit der ewig gleichen Leier, die zu antifaschistischen Selbstverständlichkeiten etwas sozialarbeiterisches »Sich-um-die-da-unten-kümmern« dazupackt und meint, das wäre der Weg zur Revolution. Wir können noch so sehr »uns sozial verorten«, »Präsenz in der Fabrik, im Stadtteil« und weiß-der-Teufel-wo zeigen (bei der häufig anzutreffenden Rolle des produktivistischen Linken im Betrieb wäre es oft besser, das wäre nicht der Fall), doch dieses Einmaleins der gewendeten AntirassistInnen, die die »soziale Frage« entdeckt haben, leugnet einfach, daß »die 'soziale Frage', in dieser abstrakten Weise gestellt, (...) nichts anderes als die Frage nach den Bedingungen kapitalistischer Wohlfahrt des Proletariats (ist). Und auf der Suche nach Antworten auf diese Fragestellung ist jede Linke – ob revolutionär oder reformistisch – dem Rassismus und Rechtsradikalismus hoffnungslos unterlegen.«(7)

h.

Anmerkungen:

- 1.) Martin Rheinlaender – Die Rassismusfalle, Zirkular Nr. 14
- 2.) Daher die Bedeutung, die die Beschäftigung mit der Geschichte der Maschinenstürmer, der linken Sozialrevolutionäre in Rußland, der Klassenkämpfe in Italien usw.usf. hat. Hier leuchtete Kommunismus als Kampf gegen die Arbeit auf. Auch in der Forderung »mehr Lohn, weniger Arbeit« sehen wir, daß das Reich der Freiheit fernab des Fabriktores liegt.
- 3.) Karl Heinz Roth – Die Wiederkehr der Proletarität, S.232
- 4.) vgl. George Steinmetz – Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus, Argument 203
- 5.) Eberhard Jungfer – Flüchtlingsbewegungen und Rassismus, in: Beiträge zur NS Gesundheits- und Sozialpolitik Nr.11
- 6.) Martin Rheinlaender – Die Rassismusfalle, Zirkular Nr. 14
- 7.) s.o.

»Die Hoffnung ist jene Aufsässigkeit,
die Konformismus und Niederlagen ablehnt.«

Aufruf der EZLN für eine Internationale der Hoffnung

Erste Deklaration von La Realidad

Gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit.

*»Ich bin schon gekommen,
ich bin hier schon anwesend,
ich, der Sänger.
Genießt die gute Stunde,
kommt alle hierher Euch vorzustellen,
die Ihr betrübten Herzens seid.
Ich erhebe mein Lied.«*

(Nahuatl-Gedicht)

An die Völker der Welt:

Brüder und Schwestern:

In den letzten Jahren hat sich die Macht des Geldes eine neue Maske über ihr kriminelles Gesicht gezogen. Über Grenzen hinweg, ohne Rücksicht auf Rassen und Hautfarben erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt sie die Ehrlichkeit und ermordet sie die Hoffnung. In »Neoliberalismus« hat sich das historische Verbrechen der Privilegien, Reichtümer und Straffreihei-

ten umbenannt, es demokratisiert jetzt das Elend und die Hoffnungslosigkeit.

Ein neuer Weltkrieg wird ausgetragen, aber jetzt gegen die gesamte Menschheit. Wie in allen Weltkriegen geht es um eine Neuverteilung der Welt.

Unter dem Namen der »Globalisierung« rufen sie zu diesem modernen Krieg, der mordet und vergißt. Die Neuverteilung der Welt besteht darin, die Macht in der Macht zu konzentrieren und das Elend im Elend.

Die Neuverteilung der Welt schließt die »Minderheiten« aus. Indígenas, Jugendliche, Frauen, Homosexuelle, Lesben, Farbige, ImmigrantInnen, ArbeiterInnen, Campesinos; die Mehrheiten, welche die weltweiten Keller bilden, stellen für die Macht entbehrliche Minderheiten dar. Die Neuverteilung der Welt schließt die Mehrheiten aus.

Das moderne Heer des Finanzkapitals und der korrupten Regierungen schreitet voran und erobert in der einzigen Art und Weise, in der es zu erobern weiß: durch Zerstörung. Die Neuverteilung der Welt zerstört die Menschheit.

Die Neuverteilung der Welt hat nur Platz für das Geld und seine Diener. Männer, Frauen und Maschinen werden gleichgesetzt in ihrer Knechtschaft und ihrer Entbehrlichkeit. Die Lüge herrscht und vervielfältigt sich in Medien und Erscheinungsformen.

Eine neue Lüge wird uns als Geschichte verkauft. Die Lüge der Niederlage der Hoffnung, die Lüge der Niederlage der Würde, die Lüge der Niederlage der Menschheit. Der Spiegel der Macht bietet uns zum Ausgleich: die Lüge des Sieges des Zynismus, die Lüge des Sieges der Unterwürfigkeit, die Lüge des Sieges des Neoliberalismus.

Statt Menschheit bieten sie uns Börsenkurse, statt Würde bieten sie uns die Globalisierung des Elends, statt Hoffnung bieten sie uns die Leere, statt Leben bieten sie uns die Internationale des Schreckens.

Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung erheben. Die Einheit, jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken, all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist.

Die Internationale der Hoffnung. Nicht die Bürokratie der Hoffnung, nicht die Kehrseite, die dadurch dem so ähnlich ist, das uns zerstört. Nicht die Macht mit neuem Zeichen, in neuen Kostümen. Ein Atemzug, ja, ein Atemzug der Würde. Eine Blume, ja, eine Blume der Hoffnung. Ein Lied, ja, ein Lied des Lebens.

Die Würde ist jenes Vaterland ohne Nationalität, jener Regenbogen, der gleichzeitig eine Brücke ist, jenes Murmeln des Herzens, egal, wessen Blut es belebt, jene rebellische Ehrfurchtslosigkeit, die Grenzen, Zölle und Kriege verhöhnt.

Die Hoffnung ist jene Aufässigkeit, die Konformismus und Niederlagen ablehnt.

Das Leben ist das, was sie uns schulden: das Recht, zu regieren und uns zu regieren, zu denken und handeln in einer Freiheit, die nicht über die Sklave-

rei anderer ausgeübt wird, das Recht, zu geben und zu nehmen, was gerecht ist.

Aus all diesen Gründen, und zusammen mit denen, die jenseits von Grenzen, Rassen und Hautfarben mit uns das Lied des Lebens, den Kampf gegen den Tod, die Blume der Hoffnung und den Atemzug der Würde teilen...

richtet sich das Ejército Zapatista de Liberación Nacional

An alle die, die für die menschlichen Werte der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen.

An alle die, die sich darum bemühen, dem weltweiten Verbrechen namens »Neoliberalismus« zu widerstehen, und danach streben, daß die Menschheit und die Hoffnung, besser zu werden, zu Synonymen der Zukunft werden.

An alle Individuen, Gruppen, Kollektive, Bewegungen, soziale, politische und Bürgerrechts-Organisationen, an alle Gewerkschaften, Nachbarschaftsorganisationen, Kooperativen, an alle vergangenen und zukünftigen Linken, Nicht-Regierungsorganisationen und Gruppen der Solidarität mit den Kämpfern der Völker der Welt, Banden, Stämme, Intellektuelle, Indígenas, Studierende, MusikerInnen, ArbeiterInnen, KünstlerInnen, LehrerInnen, Campesinos, Kulturinitiativen, Jugendbewegungen, alternative Medien, Umweltbewegte, Slumsiedler, Lesben, Homosexuelle, Feministinnen, PazifistenInnen.

An alle Menschen ohne Haus, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Gesundheit, ohne Bildung, ohne Freiheit, ohne Gerechtigkeit, ohne Unabhängigkeit, ohne Demokratie, ohne Frieden, ohne Vaterland, ohne Morgen.

An alle die, die gleich welcher Hautfarben, Rassen oder Grenzen die Hoffnung zu ihrer Waffe und ihrem Schild machen.

Und lädt sie ein zum

Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, das zwischen den Monaten April und August 1996 in den fünf Kontinenten nach folgendem Veranstaltungsprogramm stattfindet:

Erstens:

Kontinentale Vorbereitungsversammlungen im Monat April 1996 an folgenden Orten:

- 1.- Europäischer Kontinent: in Berlin, Deutschland.
- 2.- Amerikanischer Kontinent: in La Realidad, Mexico.
- 3.- Asiatischer Kontinent: in Tokio, Japan.
- 4.- Afrikanischer Kontinent: Ort steht noch nicht fest.
- 5.- Ozeanischer Kontinent: in Sidney, Australien.

Anmerkung: Die kontinentalen Veranstaltungsorte können geändert werden, wenn die organisierenden Gruppen es so beschließen.

Zweitens:

Interkontinentales Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in den zapatistischen »Aguascalientes« in Chiapas, Mexico mit den folgenden Grundsätzen:

Themen:

Arbeitsgruppe 1: Wirtschaftliche Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Arbeitsgruppe 2: Politische Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Arbeitsgruppe 3: Soziale Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Arbeitsgruppe 4: Kulturelle Aspekte dazu, wie unter dem Neoliberalismus gelebt wird, wie ihm widerstanden wird, wie gekämpft wird, sowie Vorschläge dafür, wie gegen ihn und für die Menschheit zu kämpfen ist.

Organisation:

Die Vorbereitungsversammlungen in Europa, Asien, Afrika und Ozeanien werden von den Komitees der Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand, ihnen nahestehenden Organisationen und Gruppen von BürgerInnen organisiert, die am Kampf gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit interessiert sind. Wir rufen die Gruppen aller Länder dazu auf, gemeinsam an der Organisierung und Durchführung der Vorbereitungsversammlungen mitzuwirken.

Das Interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus, das vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in Chiapas, Mexico, stattfindet, wird vom EZLN sowie von mexikanischen BürgerInnen und Nicht-Regierungsorganisationen organisiert, die rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Allgemeine und interkontinentale Anmerkung: Alle nicht in diesem Aufruf vorgesehenen Details werden von den entsprechenden Organisationskomitees – was die kontinentalen Vorbereitungstreffen angeht – und – bezüglich des Treffens in Chiapas, Mexico – vom interkontinentalen Organisationskomitee entschieden.

Brüder und Schwestern:

Die Menschheit lebt in unserer aller Brust, und sie bevorzugt, wie unser Herz, die linke Seite. Wir müssen sie finden, wir müssen uns finden.

Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute.

Demokratie! Freiheit! Gerechtigkeit!

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens
Für das Comité Clandestino Revolucionario Indígena -
Comandancia General del Ejército Zapatista de Liberación Nacional, Sub-
comandante Insurgente Marcos
Mexico, im Januar 1996

An die TeilnehmerInnen des 5. Europäischen Treffens der Solidarität mit dem Zapatistischen Aufstand. Paris, Frankreich

»Dies kam Alice albern vor; daher sagte sie nichts, sondern beilte sich, um zur Roten Königin zu gelangen. Zu ihrer Überraschung verlor sie sie sofort aus den Augen und fand sich selber wieder, wie sie erneut vor der Tür umherging. Ein wenig verärgert, legte sie dieselbe Strecke erneut zurück und dachte, nachdem sie die Königin überall gesucht hatte (und schließlich nur von weitem sah), daß sie in dieser Situation den Plan ausprobieren sollte, in entgegengesetzter Richtung zu gehen.

Besser konnte es ihr gar nicht ergehen. Sie war nicht einmal eine Minute lang gegangen, und schon fand sie die Rote Königin direkt vor sich, und außerdem sogar gegenüber des Hügels, den sie so gerne hatte besteigen wollen.

– Woher kommst Du? – fragte die Rote Königin. – Und wohin gehst Du? Schau, sprich deutlich und beweg nicht ständig die Finger.

Alice befolgte alles, was ihr gesagt wurde, und erklärte so deutlich sie konnte, daß sie von ihrem Weg abgekommen war und sich verlaufen hätte.

– Ich verstehe nicht, was Du mit Deinem Weg meinst – sagte die Königin. – Denn alle Wege hier sind meine.«

Aus: Lewis Carroll, *Alice hinter den Spiegeln*,
Kapitel 11: *Der Garten der lebendigen Blumen*

Brüder und Schwestern:

Im Namen meiner Compañeros, der Männer, Frauen, Kinder und Alten, die das Ejército Zapatista de Liberación Nacional bilden, schreibe ich Euch, um Euch zu grüßen und die Ausrichtung dieses 5. Europäischen Treffens der Solidarität mit dem Zapatistischen Aufstand zu begrüßen.

Ihr müßt wissen, daß wir keinen unserer zapatistischen Compañeros haben schicken können, und daß daher niemand auf diesem 5. Treffen das EZLN vertritt. Zur Zeit befinden wir uns in dem internen Prozeß der Beratung innerhalb der zapatistischen Indígena-Gemeinden, um auf die Vorschläge für das Abkommen zu antworten, die bei den Verhandlungen in San Andrés Sacamch'en de los Pobres erzielt worden sind. Daher war es uns unmöglich, an Eurem 5. Treffen teilzunehmen. Auch haben wir niemand anderen darum bitten können (und werden dies auch zukünftig nicht tun), für uns vor Euch zu sprechen. Deshalb müssen wir erneut zum Mittel des Briefes greifen, damit Ihr uns hört.

Als Anhang zu diesem Brief findet Ihr die sogenannte »Erste Deklaration von La Realidad«, die zur Durchführung des Ersten Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus aufruft. Wir bitten Euch, diesen Aufruf zu lesen und, wenn Ihr damit einverstanden seid, ihn zusammen mit dem EZLN zu unterschreiben, damit wir gemeinsam die Menschheit zu diesem Treffen einladen, um sie zu finden und uns zu finden. Wir wissen, daß Ihr auf Eurem Treffen viele Anliegen zu behandeln habt,

doch wir bitten Euch, Euch für diese – in Duritos Worten »intergalaktische« – Angelegenheit ein wenig Zeit zu nehmen.

Dazu möchten wir folgendes sagen:

Wir schlagen Euch vor, daß für den europäischen Kontinent die Vorbereitungsversammlung für das Interkontinentale Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus in der ersten Aprilwoche 1996 in Berlin, Deutschland, stattfindet.

Wir fügen hinzu, daß es sich nur um einen Vorschlag handelt, und selbstverständlich akzeptieren wir es, wenn Ihr einen anderen Ort wählt. Egal ob es in Berlin oder an welchem Ort auch immer stattfindet – wir bitten Euch, die entsprechende örtliche Gruppe zu unterstützen. Wir müssen damit beginnen, eine neue politische Kultur durchzusetzen, in der die Einheit Früchte trägt. Und was könnte diese neue Politik besser verdeutlichen, als daß diese Versammlung (und die der anderen Kontinente) das Ergebnis einer internationalen Arbeit und nicht nur die des ausrichtenden Landes ist. Wäre das nicht ein Versuch, die Internationale der Hoffnung zu gründen? Laßt uns also auch in diesem Sinne die Grenzen überwinden.

Ich möchte gern erklären, warum wir als Ort für die europäische Vorbereitungsversammlung Berlin vorschlagen. Jetzt könnte ich natürlich behaupten, daß ich das CCRI dazu bringen will, mich als Delegierten zu schicken, und daß ich schon immer Deutschland kennelernen wollte, oder daß ich (als Marcos wegen der marcos, der D-Mark) nur meinen Narzißmus pflegen möchte. Dies alles stimmt auch, ist aber nicht der Hauptgrund.

Wie die »Erste Deklaration von La Realidad« besagt, hat uns die Macht eine Lüge als Wahrheit verkauft, die Lüge unserer Niederlage. Ohne sich viel darum zu kümmern, uns tatsächlich zu besiegen, hat die Macht uns einzureden versucht, wir seien besiegt. Wer? Wir, Ihr, alle, die wie wir denken, daß eine Welt möglich und notwendig ist, in der die Demokratie, die Freiheit und die Gerechtigkeit ihren bequemen Platz in Utopien und Bibliotheken verlassen und zu uns kommen, um mit uns zu leben (und zu kämpfen, was eine herrliche Art zu leben ist).

Auf der Lüge unserer Niederlage hat die Macht die Lüge ihres Sieges errichtet. Und die Macht hat den Fall der Berliner Mauer als Symbol ihrer Allmächtigkeit und Ewigkeit gewählt. Auf den Trümmern der Berliner Mauer hat die Macht eine noch größere und stärkere Mauer errichtet: die Mauer der Hoffnungslosigkeit.

Die Mauer steht nach wie vor. Sie ist Teil der Geschichte, aber sie bedeutet nicht die Niederlage der Hoffnung und den Sieg des Zynismus. In Berlin liegt eine Scherbe des zerbrochenen Spiegels, den wir als Geschichte geerbt haben. So wie Alice entdeckt, daß sie, um die Rote Königin zu erreichen, rückwärts gehen muß, müssen wir uns der Vergangenheit zuwenden, um voranzuschreiten und besser zu werden. In der Vergangenheit können wir Wege für die Zukunft entdecken. Und wir, Ihr, streben nach nichts Größerem als nach Zukunft. Daher ist die Vergangenheit wichtig. Wenn etwas Neues geboren

wird, dann nur, weil etwas Altes stirbt. Aber im Neuen kann sich das Alte ausbreiten und die Zukunft verschlingen, wenn wir es nicht umzingeln, es kennenlernen, ihm zusprechen und zuhören, kurzgefaßt, die Angst vor ihm verlieren.

Ein Symbol? Ja, ein Symbol. Warum nicht zu etwas Neuem gerade dort ansetzen, wo das Alte liegengeblieben ist? Was haben wir zu verlieren? Nichts, außer unserer Angst, unserer Scham, unserer Gewissensbisse... und unserer Alpträume.

Warum nicht mit einem Symbol beginnen? Warum nicht wieder dort zu gehen beginnen, mitten in dem Symbol, das die Macht für das Ende der Geschichte und für die Ewigkeit ihrer Herrschaft hält? Warum lesen wir nicht mit unseren Händen jene Scherbe des zerstörten Spiegels auf? Vielleicht verletzen wir uns die Hände, vielleicht aber gelingt es uns, durch eine Spalte ihres Spiegelbildes hindurch den Kristall zu erblicken, den wir erstreben, den wir uns verdienen...

Berlin. In der ersten Aprilwoche des Jahres 96. 7 Jahre danach. 7 mal 7 die 7 gehen. Berlin. Warum nicht?

Gut, ich schicke Euch nochmals unsere Grüße und Wünsche, daß alles gut gelingen möge auf Eurem 5. Europäischen Treffen der Solidarität mit dem Zapatistischen Aufstand.

Gut. Grüße, und auf daß wir gemeinsam die Rote Königin finden.

*Aus den Bergen des mexikanischen Südostens.
Subcomandante Insurgente Marcos
Mexico, im Januar 1996*

Trotz der verkürzten, schlagwortartigen Kritik (gegen »Neoliberalismus und Globalisierung«) denken wir, daß es richtig ist, die beiden Aufruftexte ernstzunehmen. Für die Zapatisten sind sie wohl ein taktisches Manöver, um aus der Misere der innermexikanischen Verhandlungen rauszukommen. Das wichtige daran ist aber der Versuch, aus der »Einbahnstraßen-Solidarität« rauszukommen und durch Berichte über Kämpfe aus allen Kontinenten vielleicht zu einer globalen Diskussion zu kommen.

Probleme habe ich allerdings damit, daß bei einer engen Orientierung an den Aufrufen von vornherein eine *Interpretation* der Kämpfe vorgegeben ist; daß sie, ungeachtet ihres Inhalts, als Kämpfe gegen »Neoliberalismus und Globalisierung« gesehen werden, wie es *Le Monde diplomatique* so schön für die November/Dezember-Bewegung in Frankreich vorgemacht hat. Und gegen »Neoliberalismus« hilft bekanntlich eine sozialstaatlich abgefедerte Krisenverwaltung womit jede radikale Kritik am Kapitalismus beerdigt ist. Ob es soweit kommt, hängt aber von den Diskussionen ab, die sich entwickeln und in die können wir ja eingreifen können.

B.

Das nächste Vorbereitungstreffen in Berlin findet am 6. März um 19.30 h im Mehringhof statt. Weitere Termine usw. wie immer in »Land und Freiheit.

»Warum streiken wir nicht?«

Erfahrungen in einer Fahrstuhlfabrik.

In einen komischen Betrieb bin ich da reingerutscht. Gestern entschuldigt sich der Meister bei mir im Beisein der Kollegen, weil er mir anfangs den Urlaub nicht genehmigen wollte. Danach füllt er mir den Urlaubsantrag aus und ich muß nur noch unterschreiben. Jetzt sitze ich schon seit 20 Minuten im Pausenraum und diskutiere mit Kollegen über mögliche Aktionen gegen Entlassungen. Zwei vorbeigehende Arbeiter werden kurzerhand hereingewunken und um ihre Ideen befragt. Wohlgerne, es ist nicht gerade Pause! Letzte Woche hatte ich das Vergnügen, an einer spontanen Arbeitsniederlegung mit Umzug durch das Fabrikgelände teilnehmen zu dürfen. Ähnliche Erlebnisse und vergleichbare Arbeitsbedingungen hatte ich das letzte Mal in einer Telefonfabrik – vor 15 Jahren!

OTIS ist ein amerikanischer Konzern, der überall auf der Welt Fahrstuhlanlagen und Fahrtreppen produziert. In Berlin gibt es zwei OTIS-Werke. In Pankow werden Fahrkabinen für Aufzugsanlagen hergestellt, in Borsigwalde Leiterkarten und Controller für die Steuerung von Aufzugsanlagen. In Borsigwalde arbeiten 1000 Leute, davon 700 Angestellte in der Verwaltung und Entwicklung, ca. 220 in der Controllerfertigung und der Rest in der Leiterkartenfertigung. Früher haben hier mal wesentlich mehr Leute gearbeitet, aber vor Jahren wurde ein neues OTIS-Werk in Stadthagen im Weserbergland auf die grüne Wiese gebaut, wo jetzt die Fahrtreppenfertigung ist. Nach der Wende wurde noch die Fahrkabinenfertigung nach Pankow verlagert.

Das Durchschnittsalter der ArbeiterInnen in der Controllerfertigung ist mit ca. 40 Jahren ungewöhnlich hoch. Die allermeisten sind FacharbeiterInnen. Controller sind Schaltschränke mit Schützen, Relais etc., die in dieser Abteilung im Akkord montiert, verdrahtet und geprüft werden. Produktions spitzen werden recht häufig mit Leiharbeitern aufgefangen, die schon seit Jahren mit Unterbrechungen immer wieder hier arbeiten. Ein Teil der Controllerfertigung wird auch an die Fremdfirma ELPRO vergeben.

Vor einiger Zeit wurde ein neuer Controllertyp entwickelt, der einfacher aufgebaut, standartisiert und erheblich billiger ist. Das ganze nennt sich OTIS 2000. Vor einem Jahr wurde im Zusammenhang damit die Gruppenarbeit eingeführt. Die VerdrahterInnen und Monteure der OTIS-2000 Controller wurden bei zweijähriger Lohnabsicherung um ein bis zwei Lohngruppen runtergestuft, weil die Produktion erheblich vereinfacht wurde. Die Akkorde wurden bisher recht hoch mit bis zu 180% abgerechnet. Mit der Einführung von Gruppenarbeit für 20 ArbeiterInnen in einer Pilotgruppe wurde dieser Akkord beschränkt auf maximal 145%. Die Lohneinbußen wurden aufgefangen durch eine Vereinbarung, nach der die KollegInnen für mindestens drei Jahre eine Ausgleichszahlung bekommen. Das heißt, die meisten be-

kommen für eine Arbeitsleistung von ca. 130% einen Akkordlohn von 155%. Das gilt natürlich nicht für Neueingestellte wie mich.

Gruppenarbeit – nicht sehr beliebt.

Gruppenarbeit wird sehr skeptisch gesehen. Alle KollegInnen außerhalb der Gruppe sagen immer wieder, daß sie auf keinen Fall in die Gruppe wollen. Das gibt auch immer wieder lange Gesichter, wenn Kollegen der Gruppe befristet zugewiesen werden, weil wegen Krankheit und Urlaub die Gruppe zu klein geworden ist. Auch in der Gruppe selber ist Gruppenarbeit nicht gerne gesehen. Früher konnte man so arbeiten, wie man wollte. Einen Monat hat man mal 160% geschafft. Den anderen Monat hatte man keine Lust, dann hat man eben nur 110% gemacht. Jetzt guckt jeder dem anderen auf die Finger, damit er die Gruppenprämie nicht versaut. Und mehr verdienen als der Gruppendurchschnitt kann man auch nicht. Wobei das Klima in der Gruppe insgesamt noch sehr solidarisch ist. Aber die Tendenz von gegenseitiger Antreiberei und Bespitzelung ist bereits spürbar. Ein großer Vorteil von Gruppenarbeit gegenüber dem Einzelakkord ist, daß jedes Abrechnungsproblem mit dem Meister und der Zeitwirtschaft sofort und unmittelbar ein Problem der ganzen Gruppe wird. Wenn der Meister mit einem Arbeiter über die rausgeschriebenen unproduktiven Zeiten diskutiert, stellen sich in aller Regel sofort mehrer KollegInnen dazu. Für die Firmenleitung ist die Gruppenarbeit ein Balanceakt: Beschränkung der Prämienobergrenze, Bespitzelung und Antreiberei, Platzersparnis (nur ein Materialzwischenlager für 20 ArbeiterInnen) gegen die Gefahr der Solidarisierung gegen die Betriebshierarchie???

Als ich im November in den Betrieb kam, wurde ich gleich in die Gruppe gesteckt. Zu dem Zeitpunkt gab es schon die ersten Konflikte. Die Lohnabrechnungen für Oktober waren fast alle falsch. Gleich am ersten Arbeitstag hatte ich das Vergnügen an einer Gruppensitzung unter Beteiligung des Personalchefs und eines Betriebsrats teilzunehmen. Alle waren ziemlich sauer, nicht nur über die falschen Abrechnungen, sondern vor allem über die Kompliziertheit dieser Abrechnungen. Der Personalchef hat zwar immer wieder behauptet, es wäre eigentlich alles ganz einfach, aber ich habe selber noch nie solch undurchschaubare Abrechnungen gesehen. Ein Arbeiter hat dann das Problem auf den Punkt gebracht. Wenn ich genauso viel wie vorher arbeite, will ich auch genauso viel Geld wie vorher nach Hause tragen. Die Probleme mit der Abrechnung, mit den Akkordberechnungen und Ausgleichszahlungen führten in den nächsten Tagen und auch heute noch zu zahlreichen Diskussionen. Auf der Gruppensitzung wurde auch gesagt, daß es die Ausgleichszahlungen nur gibt, wenn die Gruppe mindestens 126% schafft. Kurze Zeit später gabs lange Gesichter. Angeblich hatte die Gruppe im Vormonat die 126% um 0,4% verpaßt. Für viele wären das dann Lohneinbußen von 2-300 DM gewesen. Dementsprechend gabs natürlich dicke Luft. Ich fühle mich echt demotiviert. Ich weiß nicht, wie wir

unter diesen Umständen die Arbeit schaffen sollen. Nach zahlreichen Diskussionen hieß es auf einmal, alles nur ein Mißverständnis. Selbstverständlich gibt es die Ausgleichszahlung unabhängig von der Produktivität.

Immer wieder ein Erlebnis: die Gruppensitzungen!

Es gibt zwei Arten von Gruppensitzungen. Die einen ohne Meisterbeteiligung nur mit den KollegInnen, und die mit Meister, Betriebsrat und ev. Personalchef. Wenn nur die KollegInnen zusammensetzen wirds manchmal ganz schön haarig. Da geht's dann schon mal mit gegenseitigen Anschuldigungen, wer zu wenig arbeitet und zuviele Fehler macht usw. Bei den hochoffiziellen Sitzungen sind die KollegInnen glücklicherweise noch recht solidarisch und vertreten ihre Positionen mit gesundem Selbstbewußtsein. Da fordert eine Kollegin den Personalchef auf, dafür zu sorgen, daß die Bespitzelung der Gruppe aufhört. Schließlich ist es unsere Sache, ob wir zum Arbeitsbeginn erstmal ein halbe Stunde Zeitung lesen und Kaffee trinken. Bei der anschließenden regen Diskussion räumt der Personalchef ein, daß natürlich niemand von Ihnen verlangen kann, daß sie sofort mit der Arbeit beginnen. Er versuchte nur noch, die halbe Stunde auf 10 Minuten zu drücken.

Kampf gegen Verlagerung?

Im Dezember gab es eine Betriebsversammlung. Schon vorher wußten alle, daß es Pläne gab, die Controllerproduktion nach Italien oder Frankreich zu verlagern. Die KollegInnen sahen das aber nicht so dramatisch, weil es diese Gerüchte wohl schon seit Jahren immer zum Jahresende gab. Auf der Betriebsversammlung wurde es dann aber amtlich. Im Januar sollte es eine Verhandlung in der europäischen Konzernzentrale in Paris geben. Was auf jeden Fall schon klar war, war, daß es eine Verschiebung in der Produktion gibt. Die traditionellen Controller sollten immer mehr durch die neuen OTIS-2000-Controller ersetzt werden. Zum einen sollten die Kollegen aus diesem Bereich in den neuen Bereich versetzt werden, verbunden mit Abgruppierungen. Zum anderen sollten dadurch 30-40 Arbeitsplätze wegklassifiziert werden. Die Umsetzung stößt auf eine sehr zähe Ablehnung nicht nur wegen der Lohnneinbußen. VerdrahterInnen, die vorher eine in ihren Augen hochqualifizierte Arbeit gemacht hatten, wollten sich nicht auf eine simple Anlerntätigkeit einlassen. Es gab wohl viele, die dann lieber mit Abfindung gegangen sind. Eine Zeitlang dachten viele, daß die Beratungen in Paris nur um die traditionellen Controller gingen, weil die OTIS-2000-Controller sehr neu waren und erst seit kurzen im Werk produziert werden. Aber es wurde dann schnell klar, daß es in Paris um die gesamte Controllerfertigung ging. Der Betriebsrat mahnte auf der Betriebsversammlung die Firmenleitung an, unsere Interessen in Paris gut zu vertreten. Dafür würden wir alle bis zur Entscheidung, die im Januar fallen sollte, stillhalten. In der Kantine wurde eine große Stellrafel aufgestellt, auf der alle KollegInnen abgebildet waren,

die im Controllerbau beschäftigt sind. Und in allen OTIS-Werken wurden bundesweit Unterschriften gesammelt – nicht etwa gegen gegen Rationalisierung und Entlassungen, nicht einmal für den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir stehen hinter den Controllern!, stand auf den Listen. Dazu muß angemerkt werden, daß nicht wenige Betriebsräte zu der linken Fraktion in der IGM gehören. Das ist doch Kinderkram mit den Bilderchen und den Unterschriften! Das muß ich doch nicht unterschreiben, daß ich meinen Arbeitsplatz behalten will. Sonst wär ich doch nicht hier. Damit können wir doch niemanden beeindrucken. Wenn wir alle zusammen ne Demo machen würden, das wär vielleicht was ... Es gab die ersten Unmutsäußerungen gegen den Kurs des Betriebsrates.

Die Spannung steigt!

In der letzten Januarwoche warteten alle auf Nachricht aus Paris. Erst hieß es, am Wochenende wäre die Entscheidung schon gefallen. Dann sollte sie am Dienstag fallen und Mittwoch hörten wir immer noch nichts. Donnerstag war bereits der 1. Februar.

Mit der Unsicherheit können wir einfach nicht mehr weiterarbeiten! Wenn wir bis 10:55 Uhr nichts von der Geschäftsleitung hören, gehen wir um 11Uhr hoch und fragen mal nach. Mit diesen Worten wurden die KollegInnen um halb 11 mobilisiert. Um 11 Uhr legte dann die ganze Halle 8, Controllerfertigung, die Arbeit nieder. Ungefähr 150 ArbeiterInnen strömten aus der Halle und zogen über den Hof zum Büro des Produktionsleiters. Vor der Leiterkartenfertigung versammelten wir uns in einer leerstehenden Lagerhalle. Zwei Betriebsräte holten den Produktionsleiter aus seinem Büro. Das war ziemlich ärgerlich, weil es natürlich viel besser gewesen wäre, wenn wir alle gemeinsam durch die Leiterkartenabteilung gezogen wären. So guckten einige Frauen aus der Abteilung neugierig durch die Luftschieleuse dem Treiben zu. Man sollte sich bei solchen Aktionen möglichst weit an die Spitze begeben, um Einfluß nehmen zu können. Der Produktionsleiter wußte nicht, wie der Stand der Dinge in Paris war und wollte auch nicht dort anrufen. Er meint dauernd, daß solche Aktionen unserer Sache äußerst undienlich seien, vor allem, wenn die europäische Konzernzentrale davon Wind bekäme. Einige KollegInnen versuchten Stimmung zu machen, aber nach 20 Minuten zogen wir zurück in die Halle 8. Auf dem Rückweg wurden erste Stimmen laut, die vorschlugen, ab heute jeden Tag um 11 wiederzukommen und jedesmal 10 Minuten länger zu bleiben.

Am Freitag klappte das leider nicht. Die Stimmung war eher so, daß wir es denen jetzt mal gezeigt haben. Jetzt haben die ein paar Tage Zeit, darauf zu reagieren. Am Montag kam uns die Geschäftsleitung zuvor. Ausgerechnet um 11 Uhr setzte sie eine Abteilungsversammlung an, auf der sie uns über die Ergebnisse der Pariser Beratung informierte. Die europäische Konzernzentrale hatte entschieden, die Hälfte der Controllerfertigung nach Gien in der Nähe von Paris zu verlagern. Im Endergebnis würde das 30-40 Entlas-

sungen bedeuten. Der Leiter der Geschäftsführung ritt ständig auf der Parole rum, wir hätten jetzt die Chance unsere Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Wir müssen und wir werden uns der Konkurrenz aus Frankreich stellen! Danach herrschte in der Halle ziemlich dicke Luft. Viele befürchteten, daß diese Teilverlagerung nur der Anfang wäre. Einige Betriebsräte liefen wütend durch die Halle und erzählten, daß sie unter diesen Umständen keine Überstunden und Samstagsschichten zustimmen könnten. Der Witz war, daß die Geschäftsleitung am selben Tag Überstunden beim Betriebsrat beantragt hatte. Am nächsten Morgen verteilten die Betriebsräte vor dem Tor ein Flugblatt zur aktuellen Information. Wir haben uns so angestrengt in den letzten Monaten, um die Nichtlieferrate zu senken. Soll das alles umsonst gewesen sein? Für den nächsten Morgen wurde zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung eingeladen.

Warum streiken wir nicht jetzt? Immer wieder wurden Betriebsräte in Diskussionen verwickelt. Überall gab es Überlegungen zu möglichen Aktionen, aber auch enorme Ratlosigkeit. Wenn wir jetzt streiken, ist es hier ganz aus, dann machen sie den Laden ganz dicht. Im Laufe des Tages murmelten immer mehr Betriebsräte kleinlaut, daß sie wohl in den nächsten Tagen dem Antrag auf Überstunden zustimmen werden. Am nächsten Morge verteilt wir ein mit der heißen Nadel gestricktes Flugblatt, daß ausgesprochen positiv aufgenommen wurde. Vor allem der Angriff auf den Betriebsrat, der die Überstunden offensichtlich genehmigen will, sorgte für einige Unruhe. Leider wurde das Flugblatt nicht als Aufruf zum eigenen Handeln verstanden. Es wurde schon als Aktion verstanden, daß ein solches Flugblatt im Betrieb kursierte. Einige KollegInnen beteiligten sich aktiv an der Weiterverbreitung, z.B. wurde ein ganzer Stapel nachkopierter Blätter in den Pausenraum gelegt.

Betriebsversammlung – ohne Pep

Die Betriebsversammlung war dann wider Erwarten sehr lahm. Anfangs redeten nur Betriebsräte und die Geschäftsleitung, fast ohne Zwischenrufe. Der Firmenchef wurde nicht mal ausgebuht. Erst nach zwei Stunden meldeten sich such KollegInnen zu Wort. Tenor war, daß der Geschäftsführung Unfähigkeit vorgeworfen wurde. Wir als ArbeiterInnen hätten gute Arbeit geleistet, aber das mittlere Management hätte durch falsche Entscheidungen alles zunichte gemacht. Und die Geschäftsleitung wäre nicht in der Lage gewesen, uns in Paris vernünftig zu vertreten.

Der Vorsitzende der Geschäftsleitung rief uns wiederholt zum Kampf auf. Aber Kampf im Sinne von Konkurrenzkampf gegen unsere KollegInnen in Frankreich. Außerdem redete er immer wieder davon, daß diese Entscheidung von unseren Kunden gefällt worden sei. Mit Kunden meint er andere OTIS-Werke, in denen die hier gefertigten Kontroller in komplett Anlagen montiert werden.

Und nun? Warum streiken wir nicht?

Seit dieser Betriebsversammlung herrscht bis heute eine eher gedrückte Stimmung im Betrieb. Viele ahnen, daß mit dieser Teilverlagerung die ganze Controllerfertigung in Berlin und damit auch unsere Arbeitsplätze zur Disposition stehen. Viele sagen auch, daß die Fertigung nur so lange an zwei Standorten gemacht wird, bis die Produktion in Gien reibungslos läuft. Wir sollen jetzt sogar für mehrere Wochen mehr arbeiten. Es gibt den Antrag auf Überstunden und Samstagsschichten, Urlaubssperre ist auch schon im Gespräch. Wir sorgen also mit unserer Arbeit mit dafür, daß diese Verlagerung ohne größere Produktionsausfälle über die Bühne geht. Warum gibt es keinen Kampf, keinen Streik? Warum gibt es nicht mal ernsthaften Widerspruch gegen die Überstunden?

Wir haben zu mehren Kollegen in den Pausen und auch während der Arbeitszeit ellenlang gegrübelt und über mögliche Kampfmaßnahmen diskutiert. Ich habe noch nie in einer Fabrik gearbeitet, in der die ArbeiterInnen trotz umfangreicher Kampferfahrung, trotz hohem Organisierungsgrad, und obwohl es um existentielle Fragen geht, so ratlos waren.

Eine entscheidende Rolle spielt sicher die komplizierte und kaum zu durchschauende Konzernstruktur. Die Konzernzentrale sitzt in den USA, die europäische Konzernführung ist in Paris. Das ist alles weit weg. Die einzelnen Fabriken sind betriebswirtschaftlich unabhängig voneinander. Ständig wird auf diesen Kundenmythos rumgeritten. Gegen wen soll man kämpfen? Die Berliner Geschäftsführung tut so, als wäre sie im Grunde auf unserer Seite und würde unsere Interessen vertreten. Es gibt nicht wenige, die auf diesen Quatsch reinfallen. Sicherlich spielt auch die Angst eine große Rolle, daß bei Konflikten in Berlin die Zentrale alles sofort nach Frankreich oder Italien verlagert.

Viele ArbeiterInnen sagen auch, daß das alles gar nicht so dramatisch sei. Seit Jahren gibt es immer wieder Gerüchte über Verlagerung, letztlich sei es dann doch nicht so schlimm gewesen. Diese Hoffnung wird noch dadurch genährt, daß das Gerücht von einem neuen modernen Controllertyp die Runde macht, der dann garantiert in Berlin gefertigt wird.

Außerdem ist das Ziel eines solchen Kampfes unklar. Wenn wir gegen die Verlagerung kämpfen, dann ist dieser Kampf schon in der Logik des angeblichen Konkurrenzverhältnisses zu den französischen ArbeiterInnen gefangen. Wenn wir diesen Kampf gewinnen, dann nur auf Kosten unserer französischen KollegInnen. Es geht bei der Verlagerung in der Hauptsache nicht um die Verschiebung von Arbeitsplätzen. Das würde den Aufwand nicht rechtfertigen. Es geht um Rationalisierung und Arbeitsverdichtung! Schon mit der Einführung der neuen OTIS-2000-Controller wurde der erste Schritt in diese Richtung gemacht. Danach folgte die Gruppenarbeit und neue Zeitaufnahmen. Das Problem für die Konzernleitung war, daß es in Berlin in den zurückliegenden Jahren offensichtlich zwischen der Firmenleitung und den ArbeiterInnen eine blockierte Pattsituation gab. Durchgreifen-

de Veränderungen, Verdichtung der Arbeit, Steigerung der Arbeitshetze war gegen diese ArbeiterInnen nicht durchsetzbar. Oder jedenfalls nicht in dem Maße, wie die Konzernzentrale es gerne hätte.

Gegen diese Rationalisierungspläne in der Controllerfertigung kann der Kampf nur erfolgreich sein, wenn daran alle ArbeiterInnen beteiligt sind, die in der Controllerfertigung beschäftigt sind, also auch die französischen KollegInnen. Diese Tatsache wird in Diskussionen durchaus anerkannt, wie aber setzt man dies um? Es gibt bei OTIS Bemühungen, einen Europabetriebsrat zu bilden. Aber erstens kriegt davon kein Arbeiter wirklich was mit. Und zweitens darf bezweifelt werden, daß ein Europabetriebsrat dem Rationalisierungsangriff der Konzernleitung ernsthaft etwas entgegensetzen kann und will. Unmittelbare Kontakte zwischen ArbeiterInnen bei OTIS Berlin und Gien gibt es bisher nicht.

Die internationalen Dimensionen von Verlagerung und Rationalisierung werden natürlich von den ArbeiterInnen diskutiert. Immerhin ist OTIS ein Weltkonzern. Außerdem ist die Standortdebatte zur Zeit sehr aktuell und die Presse ist voll von Meldungen über Betriebsschließungen und Verlagerungen in andere Regionen der Welt. Daß es angesichts dieser Problematik nicht zu platten nationalistischen und rassistischen Vereinfachungen kommt, ist schon an sich positiv. Aber in der heutigen Zeit eine Möglichkeit zu finden, erfolgreiche Kämpfe zu führen, ist eine verdammt schwierige Sache. Daß das Kapital inzwischen scheinbar sehr flexibel international operiert, birgt auf lange Sicht die Möglichkeit des international viel stärker verschlochtenen Klassenkampfs. Aber bis dahin scheint es doch noch ein langer mühsamer Weg.

ETO hat entschieden?

Jetzt sind wir dran!

Am Montag erklärte Reuning fast wörtlich: "Wir haben die Hälfte der Kontrollerfertigung hier in Berlin behalten. Wir haben bis zum Jahresende die Möglichkeit zu beweisen, daß wir genauso schnell und produktiv sind wie Frankreich und Italien."

Das ist ein unverschämter Versuch, uns gegen unsere Kolleginnen und Kollegen in Frankreich und Italien auszuspielen. Auf diesen Konkurrenzkampf dürfen wir uns auf keinen Fall einlassen! Wir sind schließlich nicht bei den olympischen Spielen!

Dieser Konkurrenzkampf führt nicht nur zu Entlassungen, er wird die Arbeitsbedingungen für die noch verbleibenden Kolleginnen und Kollegen immer unerträglicher machen! Stattdessen müssen wir uns dringend mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Frankreich und Italien verständigen – denn die werden doch mit ähnlichen Sprüchen unter Druck gesetzt wie wir!

Samstagsarbeit? Überstunden???

Am Dienstag beantragte die Firmenleitung Überstunden und Samstagsarbeit in der Kontrollerfertigung. Es zeichnet sich ab, daß der Betriebsrat einknickt! Er wird aller Voraussicht nach diesem Antrag zustimmen!!! Mit der Begründung, wir müßten die "Liefertreue" für die Kontroller gewährleisten, um langfristig den Rest der Produktion zu sichern.

Das ist unglaublich!

1. Damit hat der Betriebsrat den Kampf gegen die Verlagerung schon aufgegeben!
2. Der Betriebsrat läßt sich voll auf den Konkurrenzkampf ein!
3. Der Betriebsrat hat offensichtlich nichts dazugelernt. Obwohl er selber sagt, daß alle unsere Anstrengungen, die Überstunden und die Samstagsarbeit, die Verlagerung nicht verhindern konnten, macht er das gleiche wieder.
4. Damit gibt er das letzte uns verbleibende Druckmittel aus der Hand!

Warum kämpfen wir jetzt nicht offensiv gegen die Verlagerung und den Arbeitsplatzabbau?

Der Betriebsrat und einige Kollegen behaupten, daß sich die Konzernzentrale in Paris die Hände reiben würde, wenn wir z.B. streiken würden.

Wirklich?

Glaubt Ihr wirklich, die Konzern-Zentrale hat kein Interesse daran, daß die anstehenden Aufträge erfüllt werden? Glaubt Ihr wirklich, daß sie sich darüber freuen würden, wenn hier kein Kontroller mehr das Werk verläßt? Das wären Riesenverluste für den ganzen OTIS-Konzern – und nicht nur für BW Berlin.

Gerade jetzt, wo wir sogar mit Überstunden und Samstagsarbeit schon erteilte Aufträge bis Mai abarbeiten sollen, haben wir ein Druckmittel in der Hand. Denen würden auch in Paris ganz schön die Augen tränken, wenn wir uns hier mal richtig querstellen!

Streik jetzt!

Arbeiterbündnis gegen das Bündnis für Arbeit!

Bauarbeiterstreiks in Hong Kong

(zusammengestellt aus: *China Labour Bulletin, October Review u.a.*)

In Hong Kong wird ein neuer Flughafen gebaut. Auf der Riesenbaustelle des »Rosengartenprojekts« (Flughafen, Eisenbahn- und Schnellstraßenbau, Brücken) arbeiten auch mehrere Tausend ausländische Arbeiter, ca. Zweidrittel davon aus China, andere aus Thailand und den Philippinen. Wegen den Löhnen und den Wucherpraktiken der Arbeitskräftevermittlungsagenturen kommt es immer wieder zu Arbeitskämpfen.

Im Oktober 95 streikten 800 thailändische Arbeiter, weil der Subunternehmer, bei dem sie beschäftigt waren, ihre Löhne nicht auszahlte. Nachdem sie gewonnen hatten, veranstalteten chinesische Arbeiter ein Sit-In vor der New China Nachrichtenagentur. So wurde bekannt, daß sie nicht einmal die Hälfte des Lohns erhielten, der ihnen versprochen worden war. Sie mußten zwölf Stunden am Tag arbeiten, ohne Ruhetage.

An der Baustelle der Tsing-Ma-Brücke streikten Ende November Arbeiter aus China. In den vorangegangenen drei Monaten waren 500 Chinesen angeworben worden. Um in Hong Kong arbeiten zu können, mußten sie den Rekrutierungsagenturen daheim astronomische Summen im voraus zahlen. Da sie von ihren Löhnen 25 Prozent an den Chinesischen Staat abführen müssen und außerdem, entgegen aller Versprechen, Reise- und Essenskosten fällig werden, bleibt nach einem zweijährigen Vertrag Nichts übrig. Einige haben dann sogar noch Schulden, weil sie für die Vermittlungsgebühr Kredite mit hohen Zinsen aufnehmen mußten.

Als am 21. November die Löhne ohne Überstunden ausgezahlt werden, ist das Maß voll. Am nächsten Tag treten 300 Arbeiter aus Fujian in den Streik. Der Subunternehmer gibt sofort nach, bezahlt die ausstehenden Gelder und verspricht, daß der Vertrag in Zukunft eingehalten wird.

Am selben Nachmittag taucht der Verbindungsmann der Rekrutierungsgesellschaft auf und bedroht die Arbeiter. Er sagt, daß die »Rädelsführer« entlassen und deren Familien in China Ärger bekommen würden. Am nächsten Morgen ziehen die Arbeiter vor die Xinhua Nachrichtenagentur, das ist de facto die Chinesische Botschaft in Hong Kong. Nach einem Hin und Her wird den Arbeitern und ihren Familien Schutz zugesagt. Gleichzeitig warnt die Regierung Hong Kongs den Subunternehmer davor, die Streikteilnehmer zu entlassen.

Am 23. November streiken 110 Arbeiter des West Kowloon Expressway. Sie protestieren ebenfalls gegen die Unterbezahlung durch die Rekrutierungsfirma.

Am 27. November halten zehn Arbeiter der Gammon Construction Co. Ltd. eine Pressekonferenz ab, auf der sie ankündigen, daß sie die Gebühren an die Vermittlungsfirma nicht mehr zahlen werden. Mehr als 200 Arbeiter schließen sich dem an.

28. November: 100 Arbeiter beim Bau der Bahnlinie zum Flughafen protestieren gegen niedrige Löhne.
Am selben Tag beschweren sich 200 Arbeiter bei Vertretern der Hong Konger Einwanderungsbehörde, als diese die Baustelle inspiziert (mehrere Arbeiter hatten schriftliche Beschwerden eingereicht).
Seit November sind fünf Arbeitskämpfe bekannt geworden, an denen insgesamt 1500 Arbeiter beteiligt waren.

„Billigarbeiter! Willkommen in Chek Lap Kok!“

